

Das Parlament

Berlin, 30. August 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 35-36 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Persönliche Konsequenzen

Annegret Kramp-Karrenbauer Angesichts der chaotischen Lage bei der Evakuierung am Flughafen in Kabul hat die Verteidigungsministerin vergangene Woche Konsequenzen angekündigt: Wenn dieser Einsatz beendet sei, wolle sie Bilanz ziehen - auch für ihre politische Zukunft: „Ich halte den Kopf hin“, sagte die frühere CDU-Vorsitzende in einem Interview. Kramp-Karrenbauer, aber auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Heiko Maas (SPD), werden Fehleinschätzungen zur Lage in Afghanistan vorgeworfen. Die Bundesregierung steht unter anderem in der Kritik, weil sie afghanische Ortskräfte und andere gefährdete Afghanen nicht bereits vor der Machtübernahme der radikalislamischen Taliban ausgeflogen hat (siehe Seite 13). *aha* ■

ZAHL DER WOCHE

5.340

Menschen hat die Bundeswehr bis zum vergangenen Donnerstag aus Afghanistan ausgeflogen. Nach der Machtübernahme der Taliban evakuierte die Bundeswehr deutsche Staatsangehörige, Bürger weiterer Staaten, afghanische Ortskräfte sowie gefährdete Afghanen aus Kabul.

ZITAT DER WOCHE

»Der schwärzeste Punkt in Ihrer Kanzlerschaft.«

Dietmar Bartsch, Fraktionschef der Linken, über Bundeskanzlerin Angela Merkel und den deutschen Afghanistan-Einsatz.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Schriftsprache Der Rechtschreibrat wacht über das Regelwerk **Seite 3**
- Gesellschaft** Debatte über die gendergerechte Sprache **Seite 4**
- Debattenkultur** Hitzige Wortgefechte im Bundestag **Seite 6**
- Verständlichkeit** Bei Gesetzen sind präzise Formulierungen gefragt **Seite 7**
- Medien** Wie Chats und Tweets die Alltagssprache verändern **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Zehnkampf mit Worten

RHETORIK Sprache zählt zu den wichtigsten Werkzeugen der Politik. Viele Register sind zu beherrschen

Politik wird in Sprache gemacht – vor allem dort, wo Demokratie und Meinungsfreiheit herrschen. Sprache und Politik sind unlösbar miteinander verbunden. Nicht immer hat die Verbindung den besten Ruf; beklagt werden Defizite in Stil, Verständlichkeit und Moral. Zu Recht? Der Blick auf Prinzipien und Funktionen des politischen Umgangs mit Sprache lehrt Genaueres. Sprache prägt Denken und Empfinden. Sie betont Gegensätze: gut – böse, positiv – negativ. Schon Demosthenes, prominentester Redner der Antike, begeisterte Athen mit Hassreden gegen den Mazedonienkönig Philipp – daher die Bezeichnung „Philippika“ – und führte seine Stadt in den Niedergang. Häufig genug im Laufe der Jahrhunderte machte sein Beispiel bis in unsere Zeit hinein traurige Schule, wie die Geschichte lehrt. Verantwortungsvolle politische Rhetorik nutzt dagegen Farbenreichtum und Nuancierungspotentiale der Sprache im Wettbewerb um überzeugende Begriffe, Sätze und Texte. Drei Beispiele: Sprachliche Innovationen können Augen öffnen. Mit „Globalisierung“ machte Ende des 20. Jahrhunderts erstmals ein Begriff weltweite Prozesse als zusammenhängendes Phänomen begreifbar. Er wurde zum Schlüsselbegriff vieler Debatten. Mit dem Satz „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“ gelang Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 in der Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, diese Deutung endgültig gegen die konkurrierende Auffassung („Tag der Schmach“) durchzusetzen.

Wörter und Sätze erlangen Gewicht oft durch den Text, in dem sie stehen. Es ist der Verfassungsrang, der den Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ zur Grundnorm politischen Handelns macht. Da ist Sprache Politik und Politik Sprache.

Lockdown, Corona-Pandemie, Verschwörungstheorien

Wörter des Jahres 2020

Sprache markiert Epochenwechsel – so die Revolutionsparole „liberté, égalité, fraternité“. Neues Denken realisiert sich oft in neuer Metaphorik: Seit der Aufklärung wird Politik gern als „Weg“ zu „Zielen“ begriffen – mit „Fortschritt“ als Leitbegriff. Neben gelungener Politiksprache gibt es indes auch wohlfeile Floskeln wie „Wir müssen die Anliegen der Menschen ernst nehmen“.

Kommunikative Ethik Um politische Sprache in ihrer Breite zu verstehen, muss man auf die leitenden Prinzipien schauen. Da sind zunächst die Gebote einer kommunikativen Ethik: Rede wahrhaftig! Rede sachlich und ethisch gut begründet! Rede informativ! Rede zum Wesentlichen! Rede verständlich! Sie gelten universell. Das haben der englische Philosoph Paul Grice und in seinem Gefolge Jürgen Habermas herausgearbeitet. Sie sind wesentlicher Bestandteil der Sozialisation von Kindertagen an. Doch was wahr oder relevant ist, kann umstritten sein – ein Schwungrad demokratischer Auseinandersetzung. Auf Kriegsfuß mit der Ethik steht der Populismus. Da wird versucht, „die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“, indem Holocaust und Weltkrieg als „Vogelschiss“ (Alexander Gauland) zur historischen Lappalie herabgestuft werden. Auch von extrem links wird Menschenwürde angetastet, etwa wenn Polizisten als „Abfall“ bezeichnet werden. Die Gebote der kommunikativen Ethik sind Grundlage rationaler Verständigung. Gleichwohl sind sie eng mit Emotionen verbunden. Wer beim Sündigen gegen die Gebote erwischt wird, muss mit Empörung



Nicht jede Zuhörerschaft ist gleich. Je nach Anlass und Publikum stellen sich andere Anforderungen an die Redekunst, ob bei einer Wahlkampfkundgebung 2009 (oben), im Bundestag 2007 oder vor Parteitagsdelegierten 2021 (unten).

und Vertrauensverlust rechnen. Spitzenpersonal wird auch nach „Charakter“ beurteilt. Verschweigen, Plagieren, Scherzen im falschen Moment können verheerend sein. Emotionales Profil charakterisiert Wahlkampagnen. Der Erfolg hängt davon ab, ob Emotionen, Kandidaten und politische Situation zueinander passen. In Barack Obamas Kampagne 2008 dominierte die Sprache enthusiastischer Gemeinschaftlichkeit („Yes, we can“). Donald Trump schürte 2016 in brutal-ordinärer Sprache Wut und Hass. Einen Kontrast zu beiden bildete die Wohlgefühl-Kampagne von Angela Merkels CDU 2013 mit ausschließlich moderaten Emotionen: Zufriedenheit, Vertrauen, Zuversicht, Kritik am politischen Gegner blieb leise. 41,5 Prozent wählten die Union.

Neben den Prinzipien der kommunikativen Ethik gelten in der Politik die Gebote des Eigennutzes: sich aufwerten, nicht festlegen, Gegner abwerten, Wähler nicht verärgern. Kollidieren Ethik und Eigennutz, siegt oft der Eigennutz. Beliebte wird man so nicht in der Öffentlichkeit; daher versucht, wer sündigt, dies zu kaschieren, etwa durch Beschönigungen, Gemeinplätze, Ausweichmanöver. Davon lebt das Stereotyp vom Politiker, der viel redet, aber wenig sagt.

Sprachwelten Politische Akteure sind sprachlich jedoch breiter herausgefordert, agieren in unterschiedlichen Sprachwelten. Allein die Alltagssprache reicht da nicht: Man muss mit Verwaltungssprache vertraut sein, auch mit dem Fachvokabular der Ressorts, ebenso mit ideologischen Wortbeständen.



Herbert Wehner, langjähriger SPD-Fraktionschef, 1973 im Bundestag. Niemand erhielt mehr Rügen und Zurückweisungen unparlamentarischer Äußerungen.

Zur Kernkompetenz gehört die öffentliche Rede. Um Anhänger zu begeistern, Unentschlossene zu überzeugen und Gegner zu beeindrucken, sind neben Sachkenntnis Anschaulichkeit, Spannung und situationsangemessene Emotionen gefragt. Auch Fingerspitzengefühl für Adressaten gehört dazu, ebenso Wissen über unterschiedliche Anforderungen etwa an Parlamentsreden und Medienauftritte vom Zeitungsinterview über Talkshow bis Twitter. Bedeutsam sind verbale Fähigkeiten jenseits der Öffentlichkeit. In Gremien, beim Verhandeln, im Austausch in kleinem Kreis gilt es, im richtigen Moment zu reden, klug zu fragen, Empathie zu zeigen und vor allem zuzuhören.

Zwei Fähigkeiten sind unabdingbar: Passende Begriffe zu finden und überzeugend zu argumentieren. Sachverhalte zu bezeichnen, bedeutet, sie sachlich, emotional, auch moralisch zuzuordnen – oft in Kontrast zu konkurrierenden Bezeichnungen. Da geht es um Deutungsheftigkeit über Ereignisse und Strukturen.

Wer einen islamistischen Selbstmordattentäter „Terrorist“ nennt, wählt einen kriminalistischen Rahmen, wer von „Martyrer“ spricht, deutet ihn islamistisch-religiös. Begriffe können konkurrierende Bedeutungen haben. „Freiheit“ heißt in sozialdemokratischer Tradition primär, nicht bedrückt zu sein „von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht“, wofür der Staat sorgen soll. Für Liberale dagegen ist „Freiheit“ vor allem, vom Staat im Handeln möglichst nicht eingeschränkt zu werden. „Soziale Marktwirtschaft“ gilt als erfolgreichste Begriffsprägung der Bundesrepu-

blik. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren altliberaler Kapitalismus und kommunistischer Sozialismus diskreditiert. Das von Ökonomen entwickelte Konzept eines sozial gezähmten Kapitalismus „Soziale Marktwirtschaft“ zu nennen versprach, das Soziale mit dem Markt zu versöhnen. Die Union machte „Soziale Marktwirtschaft“ zum Leitbegriff im ersten Bundestagswahlkampf 1949. Er wurde zur Standardbezeichnung des sozio-ökonomischen Systems der Republik und Markenzeichen der Union. Die SPD bekannte sich erst 1998 in Parteiprogrammen und Regierungserklärungen zu dem Begriff, in ihrem Wahlprogramm 2021 fehlt er erstmals wieder. Auffälligster Begriff im aktuellen Wahlkampf ist „Respekt“. Er fungiert als Titelbegriff des SPD-Wahlprogramms („Aus Respekt vor Deiner Zukunft“). Als politischer Programmbegriff ist er neu. Früher sprach man von (meist privilegierten) „Respektpersonen“. Ab den 1990er Jahren waren es Unterprivilegierte, die „Respekt“ einforderten. Als Gegenbegriff zu „Diskriminierung“ wanderte er in das diversitätspolitische Milieu. Die SPD verallgemeinert ihn nun und erhöht ihn zum politischen Leitbegriff. Wird politisches Handeln begründet, dominiert ein Argumentationskern aus Daten, Datenbewertung, Prinzipien und Zielen. Aus ihnen folgt als Konklusion das Ja oder Nein zum Handeln. Auch Schlagwörter gruppieren sich nach diesem Muster, so beim Klimadiskurs in der Abfolge von „menschengemachtem Klimawandel“ (Daten), „Klimakatastrophe“ (Bewertung), „Klimaschutz“ (Prinzip), „1,5-Grad-Ziel“ (Ziel) und „Energiewende“ (Konklusion). Wer anschaulich sein will, verknüpft das Argumentationsmuster mit Erzählungen. Anders als literarische Erzählungen sind politische Narrative argumentativ.

Vielfältig Sprache in der Politik gleicht dem Zehnkampf. Werden die Könige der Leichtathletik in vielen Disziplinen gefordert, hat Politik viele sprachliche Register zu beherrschen. Wer die Sprache der Politik schmalspurig nach Maßstäben literarischer Ästhetik, privater Moral oder simpler Alltagssprache abwertet, wird weder der Politik noch der Sprache gerecht. *Josef Klein* ■

Der Autor ist emeritierter Professor für Germanistische Sprachwissenschaft mit Polilinguistik als einem Schwerpunkt.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



EDITORIAL Maßvoll im Ton

VON ALEXANDER HEINRICH

Es sind einschneidende Bilder: Islamisten, die auf klapprigen Motorrädern und staubigen Pickup-Toyotas durch Kabul streifen, die Stadt im Handstreich einnehmend, als hätte es 20 Jahre Militäreinsatz und massive Aufbauhilfe des Westens in Afghanistan nie gegeben. Auf der anderen Seite: Verzweifelte, die am Flughafen nach einem Schlupfloch suchen, viele auf der Flucht vor den Taliban, von deren neuer, alter Herrschaft sie das Schlimmste zu befürchten haben. Zurecht ist darauf hingewiesen worden, dass sich mit den erschütternden Bildern der vom Himmel stürzenden Menschen ein Kreis schließt: Damals, beim Anschlag des 11. September 2001, dem Ausgangspunkt des Einsatzes gegen die Taliban in Afghanistan, stürzten Verzweifelte aus den brennenden Hochhäusern des World Trade Centers in New York. 20 Jahre später sind es nun Verzweifelte, die sich am Kabuler Flughafen an startende Transportmaschinen des US-Militärs klammern. Die unabwiesbare Frage einer Aufarbeitung dieses Einsatzes am Hindukusch hat vergangene Woche den Bundestag beschäftigt: Afghanistan, Hilfen nach der schweren Flutkatastrophe in Deutschland und die längst nicht ausgestandene Corona-Pandemie standen auf der Tagesordnung dieser Sondersitzung nur wenige Wochen vor der nächsten Wahl (siehe Seiten 12 und 13). Wohl selten in der jüngeren Geschichte ist ein Wahlkampf hierzulande von einer derartigen Dichte von Krisen und Katastrophen überschattet gewesen. Ob Afghanistan, Katastrophenschutz oder Pandemie, ob Energiewende, Zuwanderung, Pflege oder Haushaltsführung: So kontrovers die Parteien all diese Politikfelder beurteilen und so wünschenswert ein gern auch rhetorisch scharf geführter Streit darüber sein mag – ebenso dringend nötig bleibt, dass diese Auseinandersetzung in einem Ton stattfindet, der das Gegenüber weder persönlich angreift noch ausschließt, und der andererseits dieses Gegenüber nicht zum Objekt von Bevormundung und Erziehung macht. Auch dies ist Teil dieser vorliegenden Ausgabe von „Das Parlament“, die sich in einem Schwerpunkt mit dem Thema Sprache und Politik befasst. Es gibt dafür eine althergebrachte Formel, die eben nicht darauf vertraut, dass ein Argument an Kraft und Gewicht gewinnt, nur weil es besonders laut vortragen wird: Fortiter in re, suaviter in modo – hart in der Sache, gemäßigt im Ton.

GASTKOMMENTARE

DEUTSCH INS GRUNDGESETZ?

Sinnvolles Symbol

PRO



Daniel Goffart, »WirtschaftsWoche«, Düsseldorf

Es ist nicht so selbstverständlich wie es klingt: Längst wird in Deutschland nicht mehr überall deutsch gesprochen. Internationale Unternehmen, die hier arbeiten oder auch deutsche Konzerne mit globalen Verflechtungen haben längst Englisch als Firmensprache angeordnet. Auch große Anwaltskanzleien drängen darauf, dass bei Wirtschaftsprozessen auf Englisch verhandelt wird. Nun könnte man sagen: Warum nicht, wenn sich die Beteiligten einig sind? Nur: Wenn Englisch als Gerichtssprache akzeptiert wird, müsste auch jeder deutsche Privatkläger, der gegen Amazon oder Bookingcom vorgeht, auf Englisch klagen. Aber nicht jeder beherrscht diese lingua universalis so gut, dass er ohne teure Dolmetscher prozessieren kann. Folgt man der Argumentation, dass in bestimmten Sprach-Clustern wie etwa in der global verflochtenen Wirtschaft von Deutsch als Verkehrs- und Amtssprache abgewichen werden kann, dann müsste dieses Prinzip auch in Ämtern von Stadtteilen gelten, in denen Deutsch längst nicht mehr die Sprache der dortigen Bevölkerungsmehrheit ist. Damit würde aber nicht nur der Staat überfordert, sondern auch das Verständnis von Integration auf den Kopf gestellt. Wer in Deutschland leben und arbeiten will, muss die Landessprache erlernen. Das bedeutet nicht, dass Behörden Formulare auch in anderen Sprachen anbieten oder Mitarbeiter einstellen können, die Englisch, Türkisch oder Arabisch sprechen. Aber Hilfe im Amtsverkehr oder Englisch in der Privatwirtschaft ist etwas fundamental anderes als ein Verzicht auf Deutsch als Amtssprache. Eine Bekräftigung im Grundgesetz wäre deshalb sinnvoll. Das Erlernen fremder Sprachen ist unverzichtbar – die Verteidigung der Muttersprache aber auch.

Einfach unnötig

CONTRA



Stephan Hebel, freier Journalist

Stellen wir uns vor, im Grundgesetz stünde der Satz „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch“, was den Verein Deutsche Sprache ebenso freuen würde wie die AfD. Was wäre gewonnen? Würden deutsche Behörden oder Gerichte endlich aufhören, ihre Amtsschreiben und Urteile auf Englisch zu verfassen? Würden deutsche Diplomaten und Diplomaten plötzlich so tun, als verstünden sie bei Verhandlungen in englischer Sprache kein Wort? Erste Antwort: Die Verwaltungs- und Gerichtssprache in Deutschland ist auch jetzt schon Deutsch, niemand will das ändern. Zweite Antwort: Sogar die selbsternannten Sprachpfeiler, die so gern das Grundgesetz aufblähen wollen, fordern soweit bekannt nicht, im internationalen Austausch den Gebrauch von Fremdsprachen zu verbieten. Offensichtlich geht es in Wahrheit um identitätspolitische Symbole. Der wachsenden – auch sprachlichen – Vielfalt im Land soll ein donnerndes „Hier wird gefälligst Deutsch gesprochen!“ entgegengerufen werden. Das ist genauso unsinnig wie der verbissene Kampf gegen Lehn- und Fremdwörter, den dieselben Akteure mit Hingabe führen, als würden sich Sprachen nicht seit ewigen Zeiten entwickeln – auch durch Austausch mit anderen. Und diese Art Identitätspolitik trägt den Keim der Diskriminierung von Menschen in sich, die zu uns kommen und das Deutsche vielleicht (noch) nicht so gut beherrschen. Gegen den Einsatz für einen guten Gebrauch der schönen deutschen Sprache ist nichts einzuwenden. Gegen durchsichtige Manöver im Dienste einer nationalen Homogenitäts-Ideologie sehr wohl. Wer da nicht aufpasst, findet sich schnell in unangenehm völkischer Gesellschaft wieder.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 11. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Barrientos, vor Ihrer Zeit im Bundestag haben Sie unter anderem einen Verlag gegründet und als Sängerin gearbeitet: Was bedeutet Sprache für Sie? Ich bin bekennende Sprachfetschistin und habe mich natürlich gerade in der Zeit als Verlegerin intensiv mit Sprache beschäftigt. Sprache war schon als Schülerin für mich etwas ganz Elementares.

Die Sprache innerhalb der Kulturszene, in der Sie lange beruflich aktiv waren, unterscheidet sich sehr von der Sprache der Politik. Haben Sie das Gefühl, der Hintergrund hilft Ihnen, nicht so schnell ins phrasenhafte abzurufen? Total. Und es ist mir auch sehr wichtig, mir das zu bewahren. Je länger man Politik macht und je öfter man zu bestimmten Themen redet, desto öfter verfällt man in diese Phrasen. In meiner Anfangszeit als Abgeordnete hat meine Art zu sprechen schon zu Irritationen geführt, gleichzeitig aber auch dazu, dass man mir zuhörte, im Sinne von aufhorchen. Nach zwei Jahren im Bundestag habe ich gemerkt: Auch ich laufe Gefahr, in Sprechblasen zu verfallen. Ich achte deshalb sehr bewusst darauf, eine Sprache zu benutzen, die verstanden wird, die auch barrierefrei ist und nicht von oben herab, sondern auf Augenhöhe. Das ist mein Anspruch.

Politiker sollten rhetorisch geschult sein, um möglichst viele Menschen von ihren Zielen zu überzeugen. Haben Sie sich vor dem Einzug in den Bundestag beraten? Nein. Aber im Bundestag selber wurde mir am Anfang „geraten“: „Das war ja eine gute Rede, aber mach mal ein bisschen leiser“, zum Beispiel. Das hatte wohl weniger mit mir als mit der Tatsache zu tun, dass ich eine Frau bin. Frauen sollen eben nett sein. Als Ostfrau irritiert mich das. Diese Geschlechterfrage war für mich eigentlich längst geklärt und plötzlich war ich wieder damit konfrontiert.

Es sind nicht viele Abgeordnete, die ihre Reden komplett frei halten. Viele lesen vom Blatt ab, bei den meisten ist es eine Mischung. Was macht für Sie eine gute Rede hier im Plenarsaal aus? Eine wirklich gute Rede habe ich dann gehalten, wenn ich es schaffe – und wir haben oft bei ganz komplexen Themen nur drei Minuten Zeit – eine Rede zu halten, bei der auch die Leute außerhalb sie verstehen und hinterher wissen, worum es mir ging. Wenn sie also draußen ankommt und trotzdem auch im Plenarsaal wahrgenommen und verstanden wird, dann ist es eine gute Rede.

Schreiben Sie Ihre Reden selbst und üben diese gar vorher? Ja, ich schreibe sie und halte sie zuerst vor meinen Mitarbeitern. Da merkt man am besten: Stimmt die Richtung, die Sprache, die Idee? Oft habe ich nur drei Minuten Redezeit für sehr komplexe Themen. Da muss man präzise sein. Zunächst setze ich mich mit meinen Mitarbeitern zusammen und wir brainstormen kurz: Was könnte man grundsätzlich zu dem Thema sagen und was könnte mein eigener Punkt dabei sein? Ich überlege mir einen Aufschlag und einen Abgang. Bei drei Minuten kann man eigentlich nur ein Argument unterbringen, bei vier Minuten sind es zwei. Ich überlege immer, was könnte ein Punkt sein, den alle anderen nicht haben. Gerade im Kulturausschuss gibt es eine relativ große Einigkeit bei vielen Themen. Da kann immer noch einen Punkt zu setzen, den andere nicht setzen, ist die hohe Kunst. Eine wichtige Regel, die ich in meiner Arbeit gelernt habe, ist: Kill your darlings. Wenn es zu lang ist, schmeiße die Formulierungen raus, die du am Schönsten findest und du wirst sie nicht vermissen.

»Man erreicht nie alle«

SIMONE BARRIENTOS Die Kulturpolitikerin der Linken über Phrasen-Gefahr in Bundestagsreden und die Vorzüge von Twitter



© Linksfraktion/Olaf Krostitz

Wie war es vor Ihrer ersten Rede hier? Waren Sie aufgeregt? Ja, klar. Ich habe viel auf Bühnen gestanden, viel geredet. Aber das hier ist etwas völlig anderes, denn normalerweise redet man ja nicht vor Gegnern. Der Bundestag ist das höchste Organ des Landes, man kennt ihn nur aus dem Fernsehen und plötzlich darf man da vorne stehen. Und da steht man natürlich nicht nur vor Freundinnen und Freunden. Also, ich hatte ordentlich Respekt davor und habe an der Rede auch etwas länger gearbeitet.

Ist es schwer, eine Rede gleichzeitig an die Kollegen im Plenum und an die Zuschauer zu richten, also an zwei Adressaten, die auch auf bestimmte Schlagwörter anders reagieren? Ja. Deswegen überlege ich mir vor jeder Rede: Wen will ich erreichen? Wie heißt die Blase, in die das jetzt geht? Man erreicht ja nie alle. Ich vermeide nach Möglichkeit Fremdwörter. Ich spiele auch gern mit Sprache. Im Osten waren wir Meister des Subtextes und bei mir ist eben auch oft so eine Subbotschaft mit dabei. Die versteht

nicht jeder und das ist auch nicht schlimm. Aber die, die sie verstehen, freuen sich darüber.

Apropos Reizthemen: Zu diesen gehört seit geraumer Zeit auch die sogenannte Identitätspolitik, also der Streit um die sprachliche Sichtbarkeit aller. Viele Menschen haben nun den Eindruck, dass Feuilletons ihnen die Sprache vorschreiben wollen. Ich halte die Diskussion, ehrlich gesagt, für vollkommen überflüssig. Denn weder gibt es einen Zwang, noch gibt es eine Vorschrift, zu gendern. Man kann sich übrigens auch einer Sprache befleißigen, die alle mitnimmt, ohne dass man Sternchen nutzt, aber das erfordert mehr Mühe. Die Diskussion wird ja eigentlich nur von den Gegnern geführt und die anderen machen es einfach oder lassen es. Wenn Menschen fordern, dass sie in der Sprache sichtbar werden, kann ich mich entscheiden, ob ich ihnen da entgegenkomme oder nicht.

Auch in Ihrer Partei tobt, ausgelöst durch ein Buch von Sahra Wagenknecht, ein Streit um Begriffe wie „Lifestyle-Linker“. Teilen Sie die Ansicht, dass die Partei sich von ihrer Basis entfernt hat? Ganz klar, nein. Wenn ich mir meinen Landesverband Bayern anschau und meine Arbeit dort, ist das völliger Unsinn. Ich sehe an Fabrikanten und Infoständen niemanden, der etwas mit Lifestyle-Linken zu tun hat. Aber erlauben Sie mir, an dieser Stelle zu schweigen. Auch das ist ein erlaubtes sprachliches Mittel, wenn's der Sache dient.

Abgesehen von diesen Debatten ist zu beobachten, dass sich bestimmte Bevölkerungsteile im öffentlichen Diskurs nicht mehr repräsentiert sehen. Es war immer so und wird immer so sein, dass Menschen sich in „Blasen“ bewegen. Das geht gar nicht anders, denn man kann nicht immer überall sein. Das eigentliche Problem ist, dass viele Bevölkerungsgruppen nur noch klischeehaft vorkommen. Also, dass jemand, der Hartz IV bekommt, nur noch in Trash-Formaten auftaucht. Ich beschäftige mich viel mit Minderheiten. Sie werden lauter und fordern, nicht klischeehaft behandelt zu werden. Also nicht nur als Vorzeige-Roma zu einer Diskussion über Roma eingeladen zu werden, sondern auch als Expertenstimmen zu ganz anderen Themen. Dieser Kampf ist mehr als berechtigt. Manche mögen übers Ziel hinauschießen. Das ist ihr gutes Recht, sie sind lange genug benachteiligt worden. Man kann Sprache bewusst nutzen, aber kein Schriftsteller muss deswegen seinen Roman gendern.

Nicht zuletzt Twitter hat die Kommunikation von Politikern sehr verändert und verkürzt. Warum nutzen Sie ein Medium, in dem Sie nur 280 Zeichen zur Verfügung haben? Weil man die Themen runterbrechen muss, präzise sein muss, konzentriert sein muss. Mir macht das Spaß. Wenn man etwas nur so hinschlingt, fliegt ein Satz ganz schnell um die Ohren. Die Kürze zwingt dazu, sich genau zu überlegen, was man sagt und das finde ich spannend.

Das Gespräch führte Claudia Heine.

Simone Barrientos ist seit 2017 für Die Linke Mitglied des Bundestages und kulturpolitische Sprecherin ihrer Fraktion.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Zielsichere: Christoph Ploß

Auch dieses Jahr fällt der Sommerurlaub aus. Christoph Ploß kommt gerade von einer Podiumsdiskussion, es ist sieben Uhr abends. „Ich war jeweils zwei Tage in Mecklenburg-Vorpommern und in Dresden“, fasst er seine Ruhetage zusammen – in diesem Sommer 2021. Der 36-Jährige wirkt, als sei er im Dauerwahlkampf. Der Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete hatte im Juni in einem „Spiegel“-Interview für Aufsehen gesorgt: Zu Hause solle selbstverständlich jeder, der das möchte, nach Herzenslust gendern können, sagte er. „Aber von Beamten, Lehrkräften und Dozenten erwarte ich, dass sie im Dienst gültige Regeln und Normen nicht einfach willkürlich verändern.“ Was war passiert? In der Hansestadt wird immer öfter in Behörden, Universitäten und Schulen eine geschlechtergerechtere Sprache benutzt – also mit Sternchen oder Doppelpunkt zur Vermeidung des omnipräsenten grammatischen männlichen Geschlechts. Im Kern war der Vorstoß von Ploß so zu verstehen: dass er staatlichen Einrichtungen etwas verbieten will. „Von einem Verbot habe ich nie geredet“, entgegnet er. „Bestehende Regeln und Normen sollen einfach eingehalten werden.“ Ploß berichtet von einem „Konformitätsdruck“ an Bildungseinrichtungen, von drohendem Punktabzug bei Noten, wenn in Haus- oder Abschlussarbeiten nicht die Sternchen gesetzt würden. Aber liefe seine Forderung nicht auf ein Verbot hinaus? „Nein. Es geht darum, dass die deutsche Rechtschreibung in staatlichen Einrichtungen eingehalten wird.“

Bleibt die Frage, warum sich Regeln und Normen nicht ändern können sollten; Sprache ist immer lebendig. „Das ist ja keine natürliche Sprachentwicklung und schon gar keine von unten.“ Ploß sieht eine „kleine Minderheit“ am Werk, die der Mehrheit ihren Willen aufzwingen wolle; dabei läuft die Debatte seit Jahrzehnten. Der Hanseat plädiert dafür, zwischen dem grammatischen und dem biologischen Geschlecht zu unterscheiden. „Bei ‚die Person‘ denkt man ja auch nicht gleich an eine Frau.“



»Von einem Gender-Verbot habe ich nie geredet. Bestehende Regeln und Normen sollten einfach eingehalten werden.«

Er verweist auf die türkische Sprache, die ohne grammatikalische Geschlechter auskomme – „das hat sich in der Türkei jetzt nicht gerade positiv auf die Gleichberechtigung der Frauen ausgewirkt“, ist er überzeugt. Ploß ist im konservativen Flügel der Union zu verorten. Er wuchs in einem Elternhaus auf, in dem die Mutter meist die Grünen wählte und der Vater meist die CDU; der promovierte

Chemiker war in den 1970er-Jahren im Kofferraum eines Autos von der DDR nach West-Berlin geflohen. „Vom realen Sozialismus jedenfalls hatte mein Vater die Nase voll.“ Mit 22 Jahren wurde Ploß Abgeordneter der Bezirksversammlung Nord, studierte Geschichte und wurde dort speziell von den „European Studies“ angezogen. Seine Dissertation verfasste er über die „New Commonwealth Society“. Ploß gilt als forsch und nahbar. Beherzt vertritt er seine Haltungen und steuert zielsicher das Scheinwerferlicht an. Als die CDU 2020 in der Hansestadt bei der Bürgerschaftswahl mit 11,2 Prozent eine historische Niederlage einfuhr, wurde er, der als einziger Christdemokrat seinen Wahlkreis direkt gewonnen hatte, Chef der Landespartei. Politik betreibt er, in den Worten seines Förderers und Ex-CDU-Landeschefs Dirk Fischer, mit hohem idealistischem Engagement. Und auch mit einer gewissen Portion Ungeduld, mit der er erspürt, wie man Debatten setzt – wie bei seinem Vorstoß im „Spiegel“ gegen die Gender-Sprache, von dessen Echo er sich dennoch überrascht zeigt: „Das war in der Form nicht vorherzusehen.“ Im Bundestag sitzt er im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Seine Zukunft sieht er vorerst in Berlin. „Ich sehe mich in den nächsten Jahren auf Bundesebene.“ Es ist nun kurz vor Acht, Ploß nur noch wenige Meter von der Wohnung entfernt. Doch Feierabend ist deshalb noch lange nicht. Es warten weitere Anrufe und Mails auf ihn. Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos **Stephan Roters**

Mit der ständigen Beilage **Aus Politik und Zeitgeschichte**
ISSN 0479-611x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
N. N.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah) v.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brübler (lbr)
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kirstina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtsverletzungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de



Auf der Schreiftafel wird der Korrekturvorschlag des Rats für deutsche Rechtschreibung für den Begriff „Bankrott gehen“ aus dem Jahr 2006 unterstrichen.

© picture-alliance/dpa/Jens Büttner

Kein Monopol des Dudens

SCHREIBEN Der Rat für deutsche Rechtschreibung schaut »dem Volk aufs Maul« und passt das Regelwerk an

Als Konrad Duden sich Ende des 19. Jahrhunderts daran machte, die deutschen Sprachregelungen zu vereinheitlichen, stieß das nicht bei allen Zeitgenossen auf Gegenliebe. Ausgerechnet Reichskanzler Otto von Bismarck stellte sich in den Weg. Er glaubte, die Festlegung auf einheitliche Normen würde zu Verwirrung und Sprachkonfusion führen. Und so erklärte er die Ergebnisse der Ersten Orthografischen Konferenz im Jahr 1876 für ungültig. Bei der Konferenz hatten sich die Anhänger einer phonetischen Schreibung durchgesetzt, bei der möglichst eindeutig

stantivkleinschreibung setzte sich schließlich nicht durch. Aber auch die Eindeutigung von Fremdwörtern und geänderte Regeln für die Groß- und Kleinschreibung sorgten für ausreichend Zündstoff. Einer, der mit dem Gedanken, das Wort „Katastrophe“ zu streichen und durch „Katastrofe“ zu ersetzen, nicht konform ging, war der damalige bayerische Kultusminister Hans Zehetmair. Eine solche Primitivschreibung brauche es nicht, sagte er 1995 in einem „Spiegel“-Interview. Als ihm nach Hinweis der Redakteure auch noch bewusst wurde, dass der Papst den neuen Regeln entsprechend künftig nicht mehr der „Heilige Vater“, sondern nur noch der „heilige Vater“ wäre, war bei dem CSU-Mann Schluss mit lustig. „Meine letzten Zweifel schwinden, dass da finstere Ketzerei am Werke waren“, rief Zehetmair den Journalisten – möglicherweise mit einem Augenzwinkern – entgegen.

1995 beschloss die KMK, eine entschärfte Neuregelung zum 1. August 1998 mit einer Übergangsphase bis 2004/2005 einzuführen. „Katastrophe“ war ebenso korrekt wie „Katastrofe“ und auch der Papst behielt sein großes H.

Dennoch entbrannte ein heißer Streit, an dem sich Medienhäuser wie auch literatur-schaffende beteiligten. Im Handreichverfahren wurde dann 2004 die erst im Jahr 1997 von den KMK eingesetzte und ausschließlich aus Wissenschaftlern bestehende „Zwischenstaatliche Kommission für deutsche Rechtschreibung“ abgeschafft, die eigentlich die Einführung der neuen Regeln begleiten und Zweifelsfälle ausräumen sollte. An ihre Stelle trat der Rat für deutsche Rechtschreibung – ein Zusam-

menschluss sieben deutschsprachiger Länder und Regionen (Deutschland, Österreich, Schweiz, Liechtenstein, Bozen-Südtirol und die deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens sowie – ohne Stimmrecht kooptiert – Luxemburg), der deutlich breiter aufgestellt ist als seine Vorgängerin. Den Vorsitz des Rates übernahm ein alter Bekannter – der inzwischen ehemalige bayerische Kultusminister Zehetmair. Insgesamt zwei Perioden von jeweils sechs Jahren führte er den Rat. Seinen Auftrag, den „Rechtsschreibkrieg“ zu beenden, habe er erfüllt, schätzte rückblickend sein Nachfolger Josef Lange, ehemaliger Staatssekretär im niedersächsischen Kultusministerium ein. „Zehetmair ist es gelungen, einen Ausgleich zu finden“, sagt er.

Mit der Installation des Rates für deutsche Rechtschreibung endete auch das „Monopol“ des Dudens. Laut Statut soll der Rat „die wichtigsten wissenschaftlich und praktisch an der Sprachentwicklung beteiligten Gruppen repräsentieren“. Seine Vorschläge erhalten „durch Beschluss der zuständigen staatlichen Stellen Bindung für Schule und Verwaltung“. Zuständig für die Schulen ist die KMK. Im Bereich der Verwaltung wird die entscheidende Rolle des Rates durch einen Erlass des Bundesinnenministeriums aus dem Jahr 2016 festgelegt.

Schreibbeobachtung Zu den im Statut des Rates aufgeführten Aufgaben zählen die ständige Beobachtung der Schreibentwicklung, die Klärung von Zweifelsfällen und die Erarbeitung und wissenschaftliche Begründung von Vorschlägen zur Anpassung des Regelwerks an den allgemeinen Wandel der Sprache. Eine neue Reform entspricht definitiv nicht dem Auftrag des Gremiums, macht Sabine Krome, seit langen Jahren Geschäftsführerin des Rates, deutlich. Im Statut ist daher von Anpassungen der Sprache nur im „unerlässlichen Umfang“ die Rede.

„Wir wollen wissen, inwieweit die Schreibgemeinschaft die beschlossenen Regeln und Schreibungen annimmt“, sagt Krome. Normen lediglich zu oktroyieren funktionieren nicht. Alle im deutschsprachigen Raum erscheinenden Publikationen querlesen muss sie aber nicht. Der Rat arbeitet auf der Basis großer digitaler Textkorpora. Auf diese Weise werden die Daten überregionaler Zeitungen und Zeitschriften aller im Rat vertretenen Länder zu allen wichtigen Fachgebieten ausgewertet. „So können wir sehen, welche Regeln korrekt umgesetzt werden oder welche der möglichen Varianten mehrheitlich genutzt werden.“ Der derzeitige Ratsvorsitzende Lange bestätigt, „dass manche Dinge aus

der Reform einfach nicht akzeptiert werden.“ Bei der Zeichensetzung etwa habe die Fehlerquote zugenommen. Bei Lehrkräften liege der Anteil der Korrekturfehler bei bis zu 15 Prozent. „Hier muss am Regelwerk nachgebessert werden“, findet er. Wenig akzeptiert werde auch die Eindeutschung fremdsprachlicher Begriffe. Ein Beispiel: „Gendermainstreaming“ sollte zusammen geschrieben werden. „Das ist in den vergangenen zwei Jahren in keiner der beobachteten Publikationen geschehen“ sagt Lange. Hier sei der Rat an einer Änderung dran. „Deutsch ist eine lebendige Sprache“, betont der Vorsitzende.

Mit dem genannten Beispiel schlägt Lange eine Brücke zu dem Thema, das den Rechtschreibrat nun schon seit mehreren Jahren beschäftigt und bei dem immer wieder versucht wird, von Seiten der Politik Einfluss zu nehmen: die gendergerechte Sprache (siehe Seite vier). Nie sei der Versuch sprachpolitischer Einflussnahme so groß gewesen wie bei diesem aufgeheizten Thema, sagt Krome.

Lernbarkeit Aus Sicht des Ratsvorsitzenden handelt es sich um eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, „die sich an der Orthografie aufhängt“. Die Haltung des Rates sei hier klar: Die Lernbarkeit der deutschen Sprache darf nicht beeinträchtigt wer-

den. Das betreffe deutsche Schüler ebenso wie Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten, doch gehe es bei dem Thema auch um die Integrationsmöglichkeit von Zuwanderern über Sprache. „Mit Sternchen und Doppelpunkten erleichtern wir die Integration nicht“, sagt Lange.

In den Bundestagswahlkampf will sich er sich nicht hineinziehen lassen. Die nächste Ratssitzung ist zwei Tage vor der Wahl. „Dieses vorrangig gesellschaftspolitische Thema wird nicht auf der Tagesordnung stehen. Es darf nicht alles andere, an dem wir arbeiten und das für die Einheitlichkeit im deutschen Sprachraum ebenfalls sehr wichtig ist, überlagern“, macht er deutlich. **Götz Hausding** ||

»Wir können alles. Außer Hochdeutsch«

DIALEKTE Auf Landesebene wird versucht, Mundarten am Leben zu erhalten

Wolfgang Niedecken ist ein Rockstar. Der Sänger der Kölner Band BAP hat seine Erfolge weder mit hochdeutschen noch mit englischen Texten gefeiert. Niedecken singt konsequent auf Kölsch. Der Dialekt mache die Band unverwechselbar, sagte der Sänger anlässlich der Veröffentlichung des 20. Studioalbums seiner Band im vergangenen Jahr. Er singe lieber so, wie es seiner Seele entspricht, und träume sogar auf Kölsch. In seiner Mundart zu kommunizieren werde aber immer schwerer. Es gebe immer weniger Menschen, die Kölsch sprechen. Zumindest mit Blick auf die Metropolen ist dem Musiker zuzustimmen. In Städten ist der Bevölkerungswechsel groß – Zugezogene etwa in Berlin „verwässern“ das Sprachbild. Im Stadtteil Prenzlauer Berg wird zuweilen öfter geschwäbelt als berlinert. In München wird ebenfalls immer seltener bayerisch gesprochen. Anderes sieht es in Bezug auf den jeweiligen Dialekt in den Berliner Randregionen oder im ländlichen Oberbayern aus.

Mundartpflege Stichwort Bayern: Die Landesregierung des Freistaates tut etwas zur Mundartpflege. Mit dem „Dialektpreis Bayern“ werden Jahr für Jahr besondere Verdienste um die Dialektpflege und die Dialektologie gewürdigt. Im Jahr 2018 war die mit breiter Erdinger Mundart arbeitende Kabarettistin Monika Gruber eine der Preisträgerinnen. Sehr selbstbewusst geht das Land Baden-Württemberg mit seinen Dialekten um: Wem hat der Marketing-Slogan „Wir können alles. Außer Hochdeutsch“ nicht schon zumindest ein Lächeln hervorgelockt? In

Baden-Württemberg werden rund ein Dutzend regionaler Mundarten gesprochen. Doch die Vielfalt trägt, denn Dialekte teilen auch dort dasselbe Schicksal: das des Verschwindens. Daher hat das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz das Modellprojekt „Kultureller Wandel im Ländlichen Raum“ in Auftrag gegeben. Hierbei erstellt das Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft aus Tonbandaufnahmen des Arno-Ruoff-Archivs der Tübinger Arbeitsstelle Sprache in Südwestdeutschland ein Hörbuch mit zusätzlich begleitender Print-Publikation. Mit dem Dialektatlas für Baden-Württemberg kann man schon jetzt die Vielfalt der Dialekte entdecken.

Dialekte gibt es auch im Bundestag. Dass der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach unweit von Aachen aufgewachsen ist, ist bei seinen Wortbeiträgen nicht zu über-

hören. Abgeordnete aus Baden-Württemberg wie etwa Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) und der Grünen-Abgeordnete Cem Özdemir können und wollen ihren Dialekt auch nicht verbergen. Wenn der AfD-Abgeordnete Stephan Protschka vor dem Plenum des Bundestages auf Bayerisch loslegt, wird er schon mal von der Sitzungsleitung darauf hingewiesen, dass er nicht zu verstehen sei. Bei Gregor Gysi von der Linksfraktion ist leicht zu erkennen, dass er sein Leben in Berlin verbracht hat. Torsten Herbst (FDP) stammt aus Dresden, was sprachlich nicht zu überhören ist.

Minderheitensprachen Unter den zu fördernden Regional- und Minderheitensprachen finden sich die aufgeführten Dialekte jedoch nicht. Geschützt sind in Deutschland die Minderheitensprachen Dänisch, Ober- und Niedersorbisch, Nord- und Saterfriesisch, das Romanes der deutschen Sinti und Roma sowie die Regionalsprache Niederdeutsch, wie in der Unterrichtung durch die Bundesregierung (19/31420) ausgeführt wird. Danach soll mit dem umfassenden Regelwerk der in der Bundesrepublik seit 1999 in Kraft befindlichen „Sprachencharta“ die Bewahrung dieser Sprachen gesichert und ihre Verwendung im privaten und öffentlichen Bereich unterstützt werden. **hau** ||

**Rollerchaos
Respektrente
Fridays for Future**

Wörter des Jahres 2019

und logisch sein sollte, welcher Buchstabe welchen Laut bezeichnet. Doch den Weg zu einer einheitlichen Rechtschreibung auf Basis des Orthografischen Wörterbuchs von Konrad Duden aus dem Jahr 1880 konnte Bismarck nicht aufhalten.

Nach seinem Tode (1898) wurde auf der Zweiten „Orthographischen Konferenz“ in Berlin 1901 amtlich beschlossen, was Gymnasiallehrer Duden seit Jahren entwickelt hatte. In der Folge entschied der deutsche Bundesrat, Dudens Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis für alle Bundesstaaten des Deutschen Reiches als verbindlich anzusehen – Österreich-Ungarn und die Schweiz schlossen sich an.

Fortan galt der Duden als Standard der deutschen Rechtschreibung. Zur Wahrung einer einheitlichen deutschen Rechtschreibung erklärte die Kultusministerkonferenz (KMK) der Bundesrepublik im Jahr 1950 in Zweifelsfällen die im Duden gebrauchten Schreibweisen und Regeln für „vorläufig“ verbindlich.

„Heiliger Vater“ Noch vor der Wiedervereinigung gab es im Westteil Deutschlands Bemühungen, dem „vorläufig“ ein Ende zu setzen. 1987 erteilte die KMK dem Institut für Deutsche Sprache in Mannheim den Auftrag, in Abstimmung mit der Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden ein neues Regelwerk zu entwerfen. Die ursprünglich verfolgte Idee der Sub-



Ein Schulkind übt korrektes Schreiben.

© picture-alliance / ZB / Thomas Eisenhuth



Wolfgang Niedecken rockt auf Kölsch.

© picture-alliance / Javelpress / Hoenrich

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



In den Tiefen der 1980er Jahre tauchte es plötzlich an Schulen auf und trieb so manchen Deutschlehrer in den Harnisch: Das Binnen-I. In den Bundestag waren gerade erstmals die Grünen eingezogen und deren Abgeordnete wie etwa Waltraud Schoppe waren sich sicher: „Neue Männer braucht das Land!“ Und eine nicht sexistische Sprache.

Feministische Sprachkritik war in den 1980ern angesagt. Pünktlich zum Auftakt des neuen Jahrzehnts hatten die Sprachwissenschaftlerinnen Senta Trömel-Plötz, Marlis Hellinger, Ingrid Guentherodt und Luise F. Pusch in einer Fachzeitschrift ihre „Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs“ veröffentlicht und „geschlechtergerechte Alternativen“ präsentiert. „Sprache ist sexistisch, wenn sie Frauen und ihre Leistungen ignoriert, wenn sie Frauen nur in Abhängigkeit von und Unterordnung zu Männern beschreibt, wenn sie Frauen nur in stereotypen Rollen zeigt und ihnen so über das Stereotyp hinausgeht.“

**Funklochrepublik
Heißezeit
Ankerzentren**

Wörter des Jahres 2018

hende Interessen und Fähigkeiten abspricht und wenn sie Frauen durch herablassende Sprache demütigt und lächerlich macht“, schrieben die vier Wissenschaftlerinnen. Diese Definition hat bis heute Gültigkeit.

Im Visier der feministischen Sprachforschung war von Anfang an das generische Maskulinum, an dem sich bis heute die Vorkämpferinnen und Vorkämpfer einer geschlechter- beziehungsweise gendergerechten, -sensiblen oder -inklusive Sprache stören. Gemeint ist die überwiegende Verwendung des grammatisch männlichen Geschlechts bei personenbezogenen Substantiven und Pronomen. Durch die Verwendung des generischen Maskulinums würden „Frauen unsichtbar gemacht“, lautet die Kritik. Die herkömmliche sprachwissenschaftliche Lehre, dass das grammatische Geschlecht (Genus) nicht zwangsläufig eine Aussage über das biologische Geschlecht (Sexus) einer Person treffe, sollte keine Gültigkeit mehr besitzen. Die vier Sprachforscherinnen setzten sich denn auch für den konsequenten Gebrauch der Doppelnennung von Männern und Frauen ein.

Binnen-I Als Erfinder des Binnen-I gilt hingegen der Journalist Christoph Busch, der die Binnenmajuskel erstmals 1981 verwendet haben soll. Sprachwissenschaftlerin Luise F. Pusch griff den Vorschlag auf und forcierte ihn. Der Vorteil: Die auf Dauer ermüdenden Doppelnennungen wie „Sprachwissenschaftler und Sprachwissenschaftlerinnen“ lassen sich schlicht ersetzen durch „SprachwissenschaftlerInnen“. Auch wenn sich das Binnen-I nie durchsetzen sollte, hinterließ die feministische Sprachkritik trotzdem ihre Spuren. Auch ein konservativer Bundeskanzler wie Helmut Kohl (CDU) kam nicht umhin, sich in seiner jährlichen Neujahrsansprache stets an seine „lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen“ zu wenden.

Im November 2017 war es dann das Bundesverfassungsgericht, das das Fenster für die Weiterentwicklung einer geschlechtergerechten Sprache noch einmal weit aufstieß und damit zugleich aber für ein weiteres Problem sorgte. Die Karlsruher Richter entschieden, dass die Eintragung eines

Das Sternchenenthema

GESELLSCHAFT Die Auseinandersetzung um die gendergerechte Sprache



Unterschiedliche geschlechtliche und sexuelle Identitäten: Sie alle wollen gesellschaftlich und sprachlich anerkannt werden.

© picture-alliance/ZB/Sascha Steinhard

dritten Geschlechts neben „männlich“ und „weiblich“ in das Geburtsregister ermöglicht werden muss. Zur Begründung verwies sie auf das im Grundgesetz geschützte Persönlichkeitsrecht.

Nach der höchstgerichtlichen Entscheidung, dass es eben auch Menschen gibt, die sich aus unterschiedlichsten Gründen nicht in das Mann-Frau-Schema einordnen lassen oder nicht einordnen lassen wollen, war aus der Logik „Wer A sagt, muss auch B sagen“ klar, dass dies in der Sprache abgebildet werden sollte. Die Diskussion über eine Sprachform, die intersexuelle und transsexuelle, nichtbinäre oder genderfluide Menschen ist aber etliche Jahre älter. Während viele Menschen erst einmal googeln mussten, was unter Bezeichnungen wie „trans“,

„queer“ oder „divers“ zu verstehen ist, und sich wunderten, wie viele unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten es denn geben soll, setzte sich recht schnell das sogenannte Gendersternchen als Zeichen für all diese Identitäten durch und verdrängte zunehmend den sogenannten „Gendergap“, ein Unterstrich zwischen dem Wortstamm und den geschlechtsanzeigenden Suffixen „-er“ und „-in“. Aktuell setzt sich zudem in Print- und Online-Medien der Doppelpunkt anstelle des Gendersternchens durch. In der gesprochenen Sprache werden Gendersternchen, Gap und Doppelpunkt durch eine kurze Sprechpause (Glottisschlag) angezeigt. In der „Tagesschau“ oder den „heute“-Nachrichten ist dies inzwischen immer öfter zu vernehmen.

Bereits 2020 verkündete der Dudenverlag in seinem „Handbuch zur geschlechtergerechten Sprache“, dass Binnen-I, Genderstern, Gendergap und Doppelpunkt „zwar noch nicht Bestandteil der amtlichen Rechtschreibung“ seien, „doch sind die drei zuerst genannten als weitverbreitete und legitime Mittel des Strebens nach geschlechtergerechtem schriftlichen Ausdruck durchaus anerkannt und werden auch in den Sitzungen des Rats für deutsche Rechtschreibung zumindest diskutiert.“ Empfohlen hat der Rechtschreibrat sie bislang aber nicht.

Sprachwandel Was sich auf den ersten Blick wie die Geschichte eines natürlichen Sprachwandels liest, hat sich zu einer

hochemotionalen Auseinandersetzung in der Gesellschaft entwickelt. Bewusste Eingriffe in die Sprache stoßen meist auf Widerspruch, vor allem wenn sie „von oben“ verordnet erscheinen. Die Rechtschreibreform von 1996 war ein warnendes Beispiel. Von „Sprachdiktatur“ sprechen denn auch Kritiker und ziehen Vergleiche zum ideologisch umgeformten „Neusprech“ in George Orwells dystopischem Roman „1984“. Andere empfinden das „Genderdeutsch“ sprachästhetisch schlichtweg als „grässlich“.

Für die Befürworter der geschlechtergerechten Sprache zählen vor allem zwei Argumente. Alle Menschen jedweder geschlechtlichen Identität haben das Recht, respektvoll und angemessen in der Sprache

benannt zu werden. Und: Der Gebrauch der Sprachform leiste einen Beitrag, die Gleichstellung voranzutreiben. Zum Beispiel, weil junge Frauen sich eher ermutigt fühlen, auch klassische Männerberufe zu ergreifen, wenn nicht immer nur von „Ingenieuren“ und „Soldaten“ die Rede sei, sondern auch von Ingenieurinnen oder Soldat*innen. Die geschlechtergerechte Sprache spreche alle Menschen gleichermaßen an.

»Elitenprojekt« An diesem Punkt sind allerdings Zweifel berechtigt. Angesprochen fühlen sich viele Menschen durch die geschlechtergerechte Sprache eben nicht. Kritiker wenden ein, dass es sich um ein „Elitenprojekt“ handle, das vornehmlich an Universitäten, in den Medien oder der Politik betrieben werde. Umfragen scheinen das zu belegen. Laut einer aktuellen Umfrage von „infratest dimap“ lehnen 65 Prozent der Deutschen die Verwendung dieser Sprachform in den Medien und in der Öffentlichkeit ab. Dies seien sogar neun Prozent mehr als im vergangenen Jahr, so die Demoskopie. Am ehesten werde die geschlechtergerechte Sprache noch bei jungen und höher gebildeten Menschen akzeptiert. Auch bei Frauen kommt sie etwas besser an.

Nicht so ganz glücklich mit dem Gendersternchen sind auch Feministinnen der Binnen-I-Generation wie Luise F. Pusch. Intersexuelle und Diverse hätten zwar „ein Recht auf sprachliche Sichtbarkeit“, schrieb sie unlängst in der „Emma“, aber es ginge nicht, dass der Genderstern „das Femininum in drei Teile zerlegt: männlicher Wortstamm, Genderstern, weibliche Endung. Dass wir Frauen in solchen Gebilden mit der Endung abgespeist werden sollen, ist unakzeptabel.“

Einwände kommen auch vom Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband. Dieser weist darauf, dass gegenerechte Formen mit Stern, Unterstrich oder Doppelpunkt von Screenreadern, mit deren Hilfe Computer Onlinetexte vorlesen, nur sehr schwer und je nach Software sehr unterschiedlich verarbeitet werden. Dies geht zu Lasten der Verständlichkeit. Auch in der sogenannten Leichten Sprache, die sich an Menschen mit kognitiven Einschränkungen, Lern- und Leseschwierigkeiten richtet, sind Genderformen mit Stern, Unterstrich, Doppelpunkt oder Binnen-I nicht geeignet. Im Sinne der Barrierefreiheit werden von Behindertenverbänden deshalb entweder die Doppelnennung von Frauen und Männern oder geschlechtsneutrale Formulierungen über substantivierte Partizipien und Adjektive bevorzugt.

Verbale Fettnäpfe Geschlechtsneutrale Formulierungen wiederum stoßen nicht bei allen Feministinnen auf Gegenliebe, die einst angetreten waren, um Frauen mehr Sichtbarkeit in der Sprache zu verleihen. Als sich die bekannte „Harry-Potter“-Autorin Joanne K. Rowling auf Twitter die Formulierung „Menschen, die menstruieren“ mit der sarkastischen Bemerkung „Ich bin mir sicher, es gab mal ein Wort für solche Leute“ kommentierte, ging einer der berühmtesten digitalen Shitstorms nieder: Rowling sei „transfeindlich“, hieß es. Auf dem Feld der gendergerechten Sprache kann Mann, Frau oder Trans-Person schnell in einen verbalen Fettnapf treten. Und das redliche Bemühen, immer allen gerecht zu werden, führt mitunter zu wahrer Sprachakrobatik: So sprach die Linksfraktion im Bundestag eingedenk solcher Debatten in einem Antrag zur Reform der Paragraphen 218 und 219 von „Menschen, die schwanger werden können, in der überwiegenden Mehrzahl Frauen“. Gerechtigkeit war seit jeher ein mühevolleres Geschäft. Und nicht immer wird sie erreicht. *Alexander Weinlein*

Ordnungsruf für »Frau Präsident« statt »Frau Präsidentin«

BARLAMENRTARISMUS Seit den 1980 Jahren ist eine geschlechtergerechtere Sprache im Bundestag auf dem Vormarsch. Lediglich die AfD lehnt dies kategorisch ab

„Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren...“ Weiter kommt Jürgen Braun (AfD) am 25. März dieses Jahres zum Auftakt seiner Rede im Plenum des Bundestages nicht, da unterbricht ihn Claudia Roth (Grüne), die die Sitzung als Präsidentin leitet, zum ersten Mal: „Frau Präsidentin! Auch für Sie gilt das!“, ermahnt sie Braun. Doch statt sich zu korrigieren oder gar zu entschuldigen, verweist der AfD-Mann auf den Gebrauch des generischen Maskulinum, dies sei die „deutsche, richtige Anrede“. Roth unterbricht Braun erneut und erteilt ihm einen Ordnungsruf mit der Begründung, dass es einen Beschluss gebe, nach dem die Präsidentinnen auch als Präsidentinnen anzusprechen sind.

Man könnte das Verhalten des Parlamentariers schlicht als Unhöflichkeit abtun. Oder ihm einen Blick in eine deutsche Grammatik empfehlen: Denn selbstredend ist die Anrede „Frau Präsidentin“ ebenso korrektes Deutsch wie die Anrede „Frau Präsi-

dent“. Doch es geht um mehr: Bei der AfD firmiert das Bemühen um eine geschlechtergerechtere Sprache prinzipiell wahlweise unter den Kategorien „Genderwahnsinn“ oder „Gender-Gaga“. Und ihre Abgeordneten lassen selten eine Gelegenheit aus, dies kenntlich zu machen.

Insgesamt ist die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache im Bundestag seit den 1980er Jahren auf dem Vormarsch. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Studie „Evolution geschlechterinklusive Sprache im Deutschen Bundestag“ der Politikwissenschaftler Christian Stecker (TU Darmstadt), Jochen Müller (HU Berlin) sowie Andreas Blätte und Christoph Leonhardt (beide Uni Duisburg-Essen). Sie untersuchten alle im Bundestag zwischen 1949 und 2021 gehaltenen Reden auf die Frage, wie oft die männliche und weibliche Form der 1.600 häufigsten personenbezogenen Substantive wie beispielsweise Minister und Ministerin benutzt werden.

Einzig der Grünen Die Befunde der Forscher sind recht eindeutig: Während die Abgeordneten der Grünen, der Linken und der SPD in ihren Reden am häufigsten die weiblichen Formen benutzen (zwischen 25 und 28 Prozent), liegt der Anteil weiblicher personenbezogener Substantive in



Angespannte Stimmung Claudia Roth (Mitte) erteilt als sitzungsleitende Präsidentin Jürgen Braun (vorne) einen Ordnungsruf für die „falsche“ Anrede.

© picture-alliance/dpa

den Reden von AfD-Abgeordneten mit drei Prozent ungefähr auf dem Niveau der 1960er bis 1980er Jahre. Bei der CDU/CSU liegt der Anteil bei 15 Prozent und bei der FDP bei 13 Prozent.

Mit dem Einzug der Grünen 1983 in den Bundestag stieg der Anteil weiblicher Formen mit zeitlicher Verzögerung auch in den Reden aus den Reihen der Sozialdemokraten, der Union und der Liberalen. Zurückzuführen lässt sich dies aber nicht

nur auf den Einzug der Grünen und verbunden damit verstärkt feministischer Standpunkte in das deutsche Parlament, sondern auch mit dem steigenden Frauenanteil unter den Parlamentariern seit diesem Zeitpunkt.

Auch die Wahl von Angela Merkel (CDU) zur ersten Kanzlerin der Bundesrepublik hatte offenbar Auswirkungen auf die Sprachsensibilität in den Reihen von CDU und CSU. Seit 2005 stieg der Anteil der be-

nutzten weiblichen Formen bei den personenbezogenen Substantiven in den Reden von Unionsabgeordneten deutlich an. Nicht auswerten konnten die Forschergruppe in ihrer Studie jedoch den Gebrauch von Gendersternchen oder Doppelpunkten, mit denen in der gendergerechten Sprache die Existenz all jener Menschen markiert werden soll, die sich nicht in die binäre Geschlechterordnung Mann/Frau einordnen lassen wollen, und die in der gesprochenen Sprache mit einer kurzen Sprechpause angezeigt wird. Die Stenographen erfassen diese Form in den Plenarprotokollen nicht.

Drucksachen Ansonsten hat sich aber auch die Bundestagsverwaltung ein Stück weit dem ausdrücklichen Wunsch vor allem der Fraktionen links der Mitte nach mehr Geschlechtergerechtigkeit angepasst: So sind inzwischen das Gendersternchen, der Doppelpunkt und weitere geschlechtergerechte Formen in Anträgen, Entschließungsanträgen und Begründungen zu Gesetzesentwürfen der Fraktionen erlaubt. In vergangenen Zeiten waren diese Formen stets von der für die Veröffentlichung der parlamentarischen Drucksachen zuständigen Stelle korrigiert worden. Ausgenommen von der Übereinkunft sind

im Gegensatz zur Begründung eines Gesetzesentwurfes der vorgeschlagene Gesetzestext selbst, Kleine Anfragen der Fraktionen an die Bundesregierung und deren Antworten sowie die Tagesordnung des Bundestages. Dies klingt alles ein wenig verwirrend, hat aber handfeste Hintergründe. So haben beispielsweise Beamte und Angestellte des Bundes und der Länder im amtlichen Schriftverkehr das Regelwerk „Deutsche Rechtschreibung, Regeln und Wörterverzeichnis“ des Rats für deutsche Rechtschreibung zu beachten. Für Gesetzestexte gilt dies allemal. Und dieses Regelwerk sieht die Verwendung von Gendersternchen, Doppelpunkten oder dem Binnen-I nicht vor.

Doch selbst die neue hausinterne Regelung im Bundestag zum Gebrauch geschlechtergerechter Sprache geht der AfD deutlich zu weit. Noch kurz vor der parlamentarischen Sommerpause brachte sie zwei Anträge (19/30964, 19/30965) ein, mit denen sie sowohl die Bundesregierung als auch den Bundestag dazu verpflichten wollte, in allen Dokumenten und Vorlagen auf die „Gendersprache“ zu verzichten, weil diese „zu einer unnatürlichen Verunstaltung der deutschen Sprache, durch welche ihre Verständlichkeit erheblich eingeschränkt wird“. Abgelehnt wurde sie beide. *aw*



Grenzen des Sagbaren

RASSISMUS Die Debatte über diskriminierende Sprache hat sich deutlich verschärft. Verstehen und Verständnis bleiben dabei nicht selten auf der Strecke

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“ Das bekannte Sprichwort ist zwar falsch aus Friedrich Schillers Drama „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“ abgeleitet worden – dort heißt es „Arbeit“ statt „Schuldigkeit“ –, seiner ungewollt aktuellen Aussage tut dies aber keinen Abbruch. Denn für Menschen, die für eine aus ihrer Sicht diskriminierungsfreie Sprache eintreten, hat der „Mohr“ ebenso aus dem Vokabular zu verschwinden wie der „Neger“ und andere als rassistisch und abwertend empfundene Begriffe. Die Rede sein soll allenfalls noch vom „M-Wort“ und vom „N-Wort“. Ganz so, als ließe sich mit dieser Tabuisierung der Rassismus aus den Köpfen verbannen.

Fakt ist, dass viele Schwarze beide Begriffe als diskriminierend ablehnen. Dies kann eine demokratisch verfasste Gesellschaft nicht ignorieren. Umgekehrt gilt, dass in der verbalen Kommunikation beim Empfänger nicht unbedingt das ankommen muss, was ein Sender ausdrücken will. Dieses grundlegende Problem ist in den klassischen Kommunikationsmodellen hinreichend beschrieben und jeder kennt es aus dem Alltagsleben. Trotzdem hat die Schärfe in der Diskussion über eine respektvolle oder „politisch korrekte“ Sprache deutlich zugenommen. Das gegenseitige Verstehen und Verständnis bleiben dabei nicht selten

außen vor. Der Umstand, dass laut einer aktuellen Allensbach-Umfrage nur noch 45 Prozent der Befragten in Deutschland das Gefühl haben, sie könnten frei ihre politische Meinung kundtun, hat auch etwas mit Sprach-Tabus zu tun. Als Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) den Schlagersänger Roberto Blanco 2015 während der Talkshow „Hart aber fair“ als „wunderbaren Neger“ bezeichnete, blieb dies für Herrmann noch folgenlos. Blanco selbst fühlte sich nicht beleidigt, bescheinigte allerdings, es wäre „schlauer“ gewesen, wenn Herrmann den Begriff „Farbiger“ gewählt hätte. Der Minister entschuldigte sich denn auch ausdrücklich für seine „völlig inakzeptable“ Äußerung. Als Ex-Nationaltorhüter Jens Lehmann im Mai dieses Jahres den früheren Nationalspieler Dennis Aogo in einer obendrein versehentlich an Aogo gesendeten WhatsApp-Nachricht als „Quoten-schwarzen“ bezeichnete, führte dies bereits zur Entlassung Lehmanns aus dem Aufsichtsrat bei Hertha BSC. Da nützten alle Entschuldigungen und Erklärungen nichts.

Streit um Straßen und Apotheken Bereits seit den 1980er Jahren verschwanden „Mohrenköpfe“ und „Negerküsse“ aus den Süßwaren-Regalen und wurden durch „Schoko- oder Schaumküsse“ ersetzt. Auch der „Sarotti-Mohr“ ist dem „Sarotti-Magier“ gewichen und in Neuübersetzung von Astrid Lindgrens Kinderbuchklassiker „Pip-

pi Langstrumpf“ wurde aus dem „Negerkönig“ ein „Südseekönig“. Erneut beflügelt wurde die Debatte im Zuge der Aufarbeitung der Kolonialgeschichte und der „Black Lives Matter“-Bewegung. In Berlin etwa soll die „Mohrenstraße“ nach jahrelangem Streit nach dem ersten deutschen Philosophen und Rechtsgelehrten afrikanischer Herkunft in „Anton-Wilhelm-Amo-Straße“ umbenannt werden. „Jedes Mal, wenn die Haltestelle in der U-Bahn aufgerufen wird, werden Betroffene rassistisch diskriminiert“, ist sich etwa Tahir Della, Vorstandsmitglied des Vereins „Decolonize Berlin“, der sich für die Umbenennung einsetzt, sicher. Der Historiker Götz Aly wiederum hält dagegen, dass der Straßename „niemals einen herabsetzenden Beiklang gehabt“ habe. Mit der Straßenumbenennung Anfang des 18. Jahrhunderts seien „diese Fremden, die sich damals in Berlin aufhielten, in den Rang eines freundlich begrüßten neuen Standes“ erhoben wurde, schrieb Aly im Sommer 2020 in einer Kolumne für die „Berliner Zeitung“. Ein Einzelfall ist der Berliner „Mohrenstraßen“-Streit nicht. Republikweit sehen sich die Inhaber von „Mohren-Apotheken“ und Gasthäusern „Zum Mohren“ mit lautstarken Forderungen nach Namensänderung konfrontiert. Betroffen von der Debatte sind auch Gemeinden wie das fränkische Coburg, das einen Mohren im Stadtwappen führt. Die in diesen Auseinandersetzungen vorgetragenen Argumente reichen

von der politisch-moralischen Kategorie, jede Form von Rassismus aus der Sprache zu tilgen, bis hin zu Abhandlungen über den sprachlichen Ursprung des Wortes „Mohr“ und dessen veränderte Bedeutung und Lesart im Lauf der Jahrhunderte. Für den einen ist die „Mohren-Apotheke“ oder der „Coburger Mohr“ eine positiv besetzte Huldigung an den Heiligen Mauritius, für



den anderen ist es ein Überbleibsel aus der Kolonialzeit und den Tagen der Sklaverei. Verhandelt werden in solchen Debatten nicht nur der Umgang mit Sprache, sondern auch kulturelle Traditionen und historische Erfahrungen. Zusammen ergibt dies eine explosive Mischung, die vor allem in den sozialen Medien schnell eskaliert – zwischen „rassistischen alten weißen Männern“ und „linken Sprachpolizisten“. Seit dem Einzug der AfD in den Bundestag und die Länderparlamente in den vergangenen vier Jahren hat sich der Ton in der Auseinandersetzung zusätzlich verschärft.



Nichts sagen, hören oder sehen: Die berühmten drei Affen gelten vielen als Symbol für Tabus – oder für Ignoranz.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Christoph Hart

Die Partei inszeniert sich gerne als Anwalt der „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“-Fraktion und will „die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“, wie es der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland ausdrückte. Die „Kopftuchmädchen und alimentierten Messer Männer“ von Gaulands Kollegin Alice Weidel zeugen davon, was das konkret bedeutet. Ende November 2019 erhielt im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern der AfD-Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer einen Ordnungsruf, weil er während einer migrationspolitischen Debatte wiederholt das Wort „Neger“ gebraucht hatte – erst in Zwischenrufen, dann in seiner Rede, in der er ausführte, für ihn sei der Begriff kein Schimpfwort. Das Verfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern, vor dem Kramer gegen den Ordnungsruf klagte, befand zwar, dass der Begriff „in der Regel als abwertend verstanden“ werde. Den Ordnungsruf stufte es trotzdem als Verstoß gegen das in der Landesverfassung garantierte freie Mandat der Abgeordneten und ihr Rederecht im Landtag ein. Die Richter bemängelten, dass der Ordnungsruf sich unterschiedslos auf alle Verwendungen des Begriffs durch Kramer bezogen habe. Ein Abgeordneter könne aber beispielsweise „im Rahmen einer Diskussion über ‚politische Korrektheit‘, über ‚Sprache, Diskriminierung und Rassismus‘“ das Wort benutzen, „anstatt es zu umschreiben“, heißt es in dem Urteil.

Von einem kontextabhängigen Gebrauch des N-Wortes will man bei den strikten Verfechtern einer rassistisfreien Sprache hingegen nichts wissen. So entschuldigte sich erst unlängst die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock öffentlich auf Twitter, weil sie während der Sendung „Tachles Arena“ des Zentralrats der Juden in Deutschland das Wort „Neger“ benutzte. Baerbock hatte von einem Schüler berichtet, der sich im Unterricht weigerte, eine Bildergeschichte zu einem Arbeitsblatt zu schreiben, auf dem das Wort stand. „Leider habe ich in der Aufzeichnung des Interviews in der emotionalen Beschreibung dieses unsäglichen Vorfalls das Wort zitiert und damit selbst reproduziert.“ Solche Tabus nahm 1979 schon die britische Komikertruppe Monty Python in ihrem Film „Das Leben des Brian“ ins Visier. In der Bibel-Komödie soll ein Mann gesteinigt werden, weil er den Namen Gottes ausgesprochen hat – im Judentum ein Frevel. Doch am Ende der Szene wird der anklagende Hohepriester selbst gesteinigt: „Er hat Jehova gesagt.“ Das Zitat fand nicht ohne Grund Einzug in das popkulturelle Erbe.

Alexander Weinlein



Widersprüche wo keine sind

DEUTSCHE UND JUDEN Das Begriffspaar beschreibt Identitäten und macht sie zugleich unsichtbar

Deutsche und Juden – dieses Begriffspaar löst hierzulande noch immer Unbehagen aus. Es führt immer in das dunkelste Kapitel der deutschen und der jüdischen Geschichte. Dieses Begriffspaar weist immer darauf hin, welche Verbrechen Deutsche an Millionen von Juden verübt haben. Es wird immer mit der Shoah, mit dem Holocaust verbunden bleiben. Nicht ausschließlich, aber eben immer.

Die Gründe für diesen Unzustand sind auch sprachlicher Natur. Denn das Begriffspaar konstruiert einen Gegensatz, der nicht zwangsläufig vorhanden ist, vor allem nicht innerhalb Deutschlands. Es existiert schließlich auch kein Gegensatz zwischen Deutschen und Katholiken, zwischen Protestanten und Deutschen oder zwischen Deutschen und Muslimen oder Atheisten. Jüdische Identität ist zwar durch viel mehr gekennzeichnet als eine Religion, sie verweist auch auf die Zugehörigkeit zum jüdischen Volk, zu einer kulturellen Gemeinschaft. Doch jüdische Identität ist eben kein Widerspruch zu einer deutschen Identität. Das Begriffspaar Deutsche und Juden macht aber genau diesen Widerspruch auf. In

»Ich stehe als stolze Deutsche vor Ihnen.«

Charlotte Knobloch in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

letzter Konsequenz erklärt es Juden zu Nichtdeutschen und Deutsche zu Nichtjuden. Das Begriffspaar setzt in gewisser Weise – in den meisten Fällen unbeabsichtigt – bis heute fort, was tief in der Geschichte verankert ist und von den Nationalsozialisten in der brutalsten Form auf die Spitze getrieben wurde. Die Nationalsozialisten trachteten nicht nur danach, das jüdische Leben in Deutschland und ganz Europa auszulöschen. Vor dieser angestrebten „Endlösung“ versuchten die Nationalsozialisten mit den Nürnberger Gesetzen den Juden in Deutschland ihre deutsche Identität zu nehmen, erklärten sie zu „rassistisch Minderwertigen“, machten sie „undeutsch“. So, wie sie alles als „undeutsch“ deklarierten, was ihrer bestialischen Ideologie zuwiderlief. Und sie verschleierte damit zugleich, dass Deutsche entrechteten und ermordeten. Der aktuell wieder zunehmende Antisemitismus verfährt nach dem gleichen Muster. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, betonte in ihrer Rede am 27. Januar dieses Jahres in der Gedenkstun-

de des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus ihre deutsche Identität ausdrücklich: „Ich stehe als stolze Deutsche vor Ihnen.“ Sie wiederholte diesen Satz, der angesichts ihrer Lebensgeschichte als einer 1932 in Deutschland geborenen Jüdin einem Wunder gleichkommt, bewusst mehrfach und erzählte „aus meinem Leben – einem deutschen Leben“.

»Schubladen« Dass Knoblochs Bekenntnis alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist, auch nicht für junge Juden in Deutschland, die Jahrzehnte nach der Shoah geboren wurden, zeigt die Kolumne „Mein deutsch-jüdisches Leben“ der Journalistin Linda Rachel Sabiers im Magazin der „Süddeutschen Zeitung“. Anlässlich des Tags der deutschen Einheit 2019 schreibt sie: „Als ich vor einigen Monaten vor der Herausforderung stand, dieser Kolumne Namen zu geben, wollte ich auf Biegen und Brechen mein Deutschtum und mein Judentum miteinander verschmelzen lassen und etwas kreieren, das beides zu gleichen Teilen vereint. Doch es ging nicht.“ Deshalb heiße ihre Kolumne eben nicht „mein deutsch-jüdisches“, sondern „mein deutsches-jüdisches Leben“. Immer wenn sie glaube, „als moderne Jüdin“ einen festen Platz in der Gesellschaft gefunden zu haben, belehre sie die Gesellschaft „ungefragt eines Besseren“, schreibt

Sabiers und fügt an: „Diesem Land fällt es nach wie vor schwer, Menschen in mehr als zwei Schubladen zu stecken, ganz zu schweigen davon, sie einfach wegzulassen.“

Die Publizistin Marina Weisband griff als zweite Rednerin in der Gedenkstunde des Bundestages diesen Gedanken auf: „Ich höre sehr oft von Menschen, dass wir die Einteilung in Schubladen lassen sollen – schwarz und weiß, jüdisch oder nichtjüdisch, homo oder hetero. Dass wir einfach nur Menschen sein sollen. Und das ist eine wirklich schöne Vision. Ich will dahin. Aber ‚einfach nur Mensch sein‘ ist ein Privileg derer, die nichts zu befürchten haben aufgrund ihrer Geburt.“ Jede Form der Unterdrückung lebe davon, dass sie für die Nichtbetroffenen unsichtbar ist. Und deshalb „müssen wir benennen, wer allein aufgrund seiner Geburt um einen Platz in der Welt kämpfen muss und wer nicht“, fügte Weisband an. Die Frage nach der jüdischen Identität in Deutschland spiegelte sich auch in der Diskussion im Zentralrat der Juden in Deutschland über eine mögliche Umbenennung in „Zentralrat der deutschen Juden“ im Jahr 2009. Der Zentralrat entschied sich im 50. Jahr seines Bestehens mit Verweis auf die Zuwanderung von Juden aus Osteuropa dagegen. Abschließend beendet ist diese Debatte aber nicht. aw

Anzeige

Die Corona-Veränderungen, die bleiben werden



Das Corona-Brennglas
Demokratie und Ökonomie nach der Pandemie
Herausgegeben von Dr. Edmund Stoiber und Prof. Bodo Hombach
2021, 310 S., brosch., 25,- €
ISBN 978-3-8288-4610-4
ePDF 978-3-8288-7675-0
ePub 978-3-8288-7676-7

Die Corona-Pandemie hat unseren Alltag für unbestimmte Zeit auf den Kopf gestellt, doch welche Krisenauswirkungen werden langfristig bestehen bleiben? Dieser Sammelband blickt auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen und wagt Prognosen für Ökonomie, Debatte und Demokratie nach der Pandemie.

Tectum eLibrary tectum-eLibrary.de

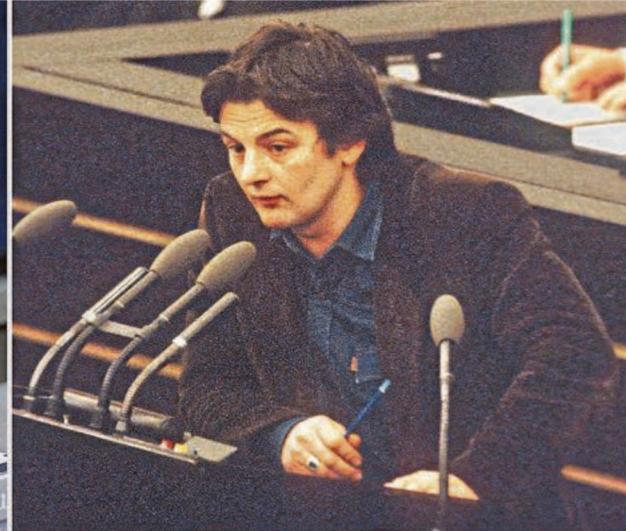
Portofreie Buch-Bestellungen unter tectum-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Meinungsfreiheit schützen, Zensur verhindern — Debattekultur bewahren“, so lautete am 7. Mai 2021 das Thema einer Aktuellen Stunde zur Woche der Meinungsfreiheit. Initiiert wurde die Auseinandersetzung von der AfD-Fraktion. In einer Umfrage, erklärte die AfD-Abgeordnete Joana Cotar, hätten 78 Prozent der Befragten die Ansicht vertreten, in Deutschland könne man „seine Meinung nicht oder nur mit Vorsicht frei äußern“. Dieser „Meinungstotalitarismus“ zeige sich unter anderem in der Cancel Culture eines „linken Mobs“ und in der regierungsunkritischen Berichterstattung der „Mainstream-Medien“. Cotar plädierte für die Schaffung „offener Debattenräume“. Sie sagte das in einem Raum, in dem gerade eine offene Debatte stattfand, im Bundestag. Die Sprecher der anderen Parteien hatten kein Problem damit, die Meinung Cotars auszuhalten, ließen es sich aber nicht nehmen, Paroli zu bieten. Konstatin Kühle von der FDP erinnerte an die Sympathien der AfD für den unga-

Hitzige Wortgefechte

DEBATTEN Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag geht es oft hart zur Sache. Das muss nicht schlecht sein. Anfeindungen sind aber problematisch



Kluge Argumente, scharfe Attacken und freche Sprüche prägen die Parlamentsdebatten. Das war früher auch nicht anders. Im Bild: Alice Weidel (AfD/links oben), Joschka Fischer (Grüne/rechts oben), Franz Josef Strauß (CSU/links unten) und Annalena Baerbock (Grüne/rechts unten).

Brexit
postfaktisch
Silvesternacht

Wörter des Jahres 2016

rischen Regierungschef Victor Orbán, in dessen Amtszeit Ungarn im Ranking der weltweiten Pressefreiheit von Platz 10 auf Platz 92 abgestürzt sei, Tabea Rößner (Grüne) berichtete von „Diffamierungen, Hass und Hetze“, die von AfD-Abgeordneten verbreitet würden. Auch „gezielte Tabubrüche“ seien seit dem Einzug der AfD in den Bundestag 2017 gang und gäbe. Zudem beklagten 64 weibliche Bundestagsabgeordnete laut einer „Spiegel“-Umfrage eine frauenfeindliche Atmosphäre im Parlament, die durch die AfD-Fraktion geschürt werde. Sitzungsleiterinnen würden nicht begrüßt, Zurufe wie „Geh doch zurück an den Herd!“ sowie Anfeindungen unter der Gürtellinie seien an der Tagesordnung.

Rhetorische Schärfe In der Tat hat sich in den vergangenen vier Jahren der Ton in den Bundestagsdebatten zugespitzt. Was zunächst nicht schlecht sein muss. Denn nichts fördert Politikverdrossenheit mehr, als Debatten mit dem Unterhaltungswert eines Betriebswirtschafts-Seminars. Streit, Zwischenrufe, hitzige Wortgefechte und rhetorische Schärfe gehören zur parlamentarischen Debattenkultur wie der Wein zum Abendmahl. Die Grünen lebten nach ihrem Einzug in den Bundestag 1983 die Sitzungen auch nicht nur durch Strickmuster, sondern durch außergewöhnliche Auftritte. Legendar wurde der Ausruf Joschka Fischers, nachdem er wegen persönlicher Beleidigungen des Plenarsaals verwiesen wurde: „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch!“ Aus der vergangenen Legislaturperiode wird wohl der bockige Stampfer von AfD-Fraktionschefin Alice Weidel in Erinnerung bleiben, mit dem sie am 12. September 2018 den Sitzungssaal verließ, weil ihr und ihren Parteifreunden die Worte des SPD-Abgeordneten

Johannes Kahrs nicht passten, der ihnen entgegenrief: „Schauen Sie in den Spiegel, dann sehen Sie, was diese Republik in den 20ern und 30ern ins Elend geführt hat.“ Zwischenrufe, Beleidigungen und Aufreger gab es freilich schon zu früheren Zeiten, manchmal sexistisch, bisweilen diffamierend und ziemlich oft amüsant. So bekannte der Autor und Herausgeber einer Hörbuch-Sammlung mit „genialen Reden“ aus „60 Jahren BRD“, Jürgen Roth, bei dem „Gekeife, Geburme und Gemoser der Genossen Brandt und Schmidt“ als Kind vor Lachen aus dem Wohnzimmeressel gepurzelt zu sein. Auch der Journalist und ehemalige leitende Redakteur dieser Wochenzeitung,

Günter Pursch, hat mit großer Akribie Wutausbrüche, Verbalattacken und Komisches im Bundestag notiert. In seinen „parlamentarischen Schimpfbüchern“ sammelte er seit Mitte der 1970er Jahre „Stillblüten, Spott und Geistesblitze“ der Volksvertreter. Seine erste Sammlung galt den „Worten des Abgeordneten Wehner“. Herbert Wehner, erklärte Pursch, „war ja sehr lange im Bundestag, von 1949 bis 1982, und hat in diesen 33 Jahren 57 Ordnungsrufe einheimen können. Es gab den Ausspruch, sogar aus eigenen Parteikreisen heraus, wenn Wehner am Fernsehschirm erscheint, sollten die Eltern die Kinder wegbringen, weil er ebenso losdonnerte.“ Legendar sind die Wehnerschen Wortduelle, die er sich mit Franz Josef Strauß (CSU) lieferte. Aber

auch kleinere Verbalgefechte hat der „Schimpfchronist des Bundestages“ dokumentiert: „Es redete der CDU-Abgeordnete Olaf von Wrangel, ein Schöngeist und guter Formulierer. Wehner dazwischen: „Sie hätten Theaterrezensent werden sollen.“ Von Wrangel: „Herr Kollege Wehner, Theaterrezensent ist ein ehrenwerter Beruf.“ Daraufhin Wehner: „Deshalb sind Sie es auch nicht geworden.“

Gefürchteter Rhetoriker Helmut Schmidt (SPD) war ebenfalls ein glänzender und gefürchteter Rhetoriker. Den Spitznamen „Schmidt Schnauze“ trug er, weil er überzeugungsstark und schlagfertig Dinge auf den Punkt zu bringen vermochte. Während der Bun-

destagswahl 1980 sagte er über Strauß, seinen Konkurrenten im Kampf um die Kanzlerschaft: „Der Mann hat keine Kontrolle über sich. Und deshalb darf er auch keine Kontrolle über unseren Staat bekommen.“ Doch sollte man nicht den Fehler begehen, mit nostalgieverklärtem Blick von den guten alten Zeiten zu schwärmen. Auch damals war nicht jeder erfolgreiche Politiker zugleich ein mitreißender Redner. So wunderte sich die Publizistin und taz-Redakteurin Ulrike Herrmann in ihrer Kindheit, dass ihre Eltern Willy Brandt (SPD) verehrten. „Ich fand als Zehnjährige, dass der nicht reden kann. Endlose Pausen, jeder Satz dauerte Minuten, so kam es mir vor. Da dachte ich: Das ist ja ko-

misch, dass jemand, der nicht reden kann, so beliebt ist.“ Gerhard und Oliver Reichel vom Institut für Rhetorik in Forchheim kommen hingegen zu dem Schluss, Brandt habe über eine „eindringliche und äußerst modulationsfähige“ Stimme verfügt, die es Zuhörern leicht gemacht habe, „ihm auch bei schwierigen Textpassagen zu folgen“.

Wenig mitreißend In der Tradition der weniger mitreißenden Verbalakteure steht auch SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Wegen seiner oft einsilbigen Ausführungen, die er wie ein Sprechautomat vorzutragen pflegt, wurde von Journalisten der für ihn wenig schmeichelhafte Beiname „Scholzomat“ eingeführt. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) arbeitet ihre Reden meist Punkt für Punkt ab. Ihr Vortragstil gilt als geradezu einschläfernd. Dennoch schätzt Pursch ihre Beiträge. „Es gibt wenige Frauen in der deutschen Politik, die so klar, so präzise formulieren wie Frau Merkel. Sie ist nie als Polemikerin aufgefallen. Sie kann zwar Polemik aufgreifen, antwortet aber nicht polemisch, sondern versucht auf sachlicher Ebene zu bleiben.“

Eine ihrer besten Reden hielt Merkel in einer Haushaltsdebatte 2018. Mit Humor und Gelassenheit entgegnete sie ihrer Vorrednerin Weidel (AfD), die versuchte hatte, eine Verteidigung in eigener Sache (Spendenaffäre) in einen Angriff auf die etablierten Parteien umzumünzen: „Das Schöne an freihetlichen Debatten ist, dass jeder über das spricht, was er für das Land für wichtig hält.“

Engagiert verteidigte Merkel hernach den UN-Migrationspakt. Diejenigen, so Merkel, die glaubten, alles immer alleine lösen zu können, verwechselten Patriotismus mit Nationalismus. Patriotismus sei, „wenn man im deutschen Interesse immer auch die anderen mitdenkt“.

Laut einer Umfrage, des „Tagesspiegels“ unter „15 Fachmenschen aus Hauptstadt-Journalismus und Politik“ fielen in der aktuellen Legislaturperiode eine ganze Reihe von Rednerinnen und Rednern durch originelle, beherzte und überraschende Wortbeiträge auf. Auf Platz eins landete FDP-Fraktionschef Christian Lindner, weil er „oft komisch“ und „nicht auszurechnen“ sei. Der Zweitplatzierte Annalena Baerbock (Grüne) wurde „die Kombination von gedanklicher Schärfe und Gefühl“ attestiert.

An Philip Amthor (CDU) auf Platz drei schätzten die Beobachter den Witz, mit dem er „lustvoll“ die AfD angreife, was er auch in eingangs erwähnter Debatte zur Meinungsfreiheit tat. „Die Meinungsfreiheit gibt Ihnen das Recht“, sagte er darin mit Blick in die Stuhlreihen rechter Hand, „Unvernünftiges zu behaupten, aber sie gibt uns auch das Recht, diesem Unsinn zu widersprechen. Und das ist nicht Zensur, sondern Ausdruck einer vernünftigen Debattenkultur, wenn sich am Ende Argumente und Fakten durchsetzen und nicht Ihr Populismus.“ Die freie Rede scheint von einer jüngeren Generation von Parlamentariern wieder mehr geschätzt zu werden. Offenbar haben sie verstanden, dass es nicht nur darauf ankommt, was man sagt, sondern zudem, wie man es sagt (siehe Beitrag unten). Es gibt also Grund zur Hoffnung auf spannende Debatten auch in der kommenden Wahlperiode. **Ralph Gerstenberg** ■

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Reden ist Silber, Schreiben ist Gold

REDENSCHREIBER Abseits der großen Bühne feilen Fachleute an Redemanuskripten für Spitzenpolitiker, aber nicht jeder Redner hat auch Talent

Wenn Spitzenpolitiker eine Rede halten, ob im Plenarsaal des Bundestages, auf Wahlkampfour oder bei Gedenkveranstaltungen an historischen Orten, haben Fachleute oft schon Tage oder sogar Wochen vorher akribisch am Manuskript gefeilt. Je länger die Rede und je bedeutender das Ereignis, umso gewissenhafter fällt die Vorbereitung aus. Professionelle Redenschreiber, ob im Bundestag, im Kanzleramt oder im Amtssitz des Bundespräsidenten, agieren abseits der Öffentlichkeit, es sind Namen, die in der Regel nur Insidern etwas sagen, denen jedoch eine enorme Verantwortung zukommt, denn mit guten und gut gehaltenen Reden können Politiker ihre Karriere entscheidend voranbringen, mit einer schlechten Rede unter Umständen jedoch brutal abstürzen.

Christian Gasche ist ein alter Hase in dem Geschäft und beschreibt seinen Werdegang als eine Mischung aus Berufung und Zufall. Als Stadtverordneter in Frankfurt am Main hielt er selbst Reden, zugleich wurde

ihm klar, dass es ihm liegt, Reden zu schreiben. Heute entwirft Gasche Reden für Politiker und Wirtschaftsgrößen und ist im Verband der Redenschreiber deutscher Sprache (VdRS) im Präsidium aktiv. Für die oft selbstständigen Redenschreiber oder Ghostwriter gibt es keine klassische Laufbahn, der Beruf hat etwas mit Neigung zu tun, viele Profis kommen aus der Kommunikationsbranche und haben Erfahrungen im Journalismus oder in der Werbung gesammelt. Beim Redenschreiben ist Technik gefragt, aber auch Kreativität. Gasche sagt: „Ein Redetext braucht einen gewissen Rhythmus, eine bestimmte Form, einen Aufbau und eine Inszenierung.“

Hohe Honorare Redenschreiber verstehen sich als Dienstleister und stehen damit im Schatten ihrer prominenten Auftraggeber. Gasche macht das nichts aus: „Wenn die Rede überzeugt, dann ist das höchstes Lob.“ Freilich, fügt er hinzu, würden manche bedeutende Redenschreiber in den USA mit auf die Bühne geholt und öffentlich gewürdigt. „In Deutschland ist der Redenschreiber der Ghost, der steht zurück.“ Dafür werden mitunter hohe Honorare gezahlt. Eine Rede kann gut geschrieben, aber schlecht vorgetragen sein, dann ist alle Mü-



Rede-Rekordhalter Volker Ullrich (CSU)

he dahin. Talent lässt sich nicht herbeschreiben und manche Redner haben keins. Der Redetext allein entscheidet nicht über den Erfolg, auch der Redner selbst muss vor dem Publikum überzeugen: mit Mimik, Gestik, Haltung und Stimme. Hinzu kommen im besten Fall Eloquenz, Witz, geistige Frische, Spontaneität und Schlagfertigkeit, die allesamt auch unter die Rubrik Talent fallen und sich schlecht antrai-

nieren lassen. Manche Redner ohne Talent begehen den Fehler, vom Manuskript abzuweichen und sich im Netz rhetorischer Fallstricke zu verfangen. Gasche wirft noch immer aufgebracht, als er von einem Vorstand erzählt, der bei einer Hauptversammlung ein aus seiner Sicht sehr gutes Manuskript miserabel vorgetragen habe, wichtige Inhalte habe der Manager schlicht weggelassen oder vergessen.

Wähler überzeugen An Anlässen mangelt es nicht. Reden gehalten werden bei allen möglichen Gelegenheiten. Besonders gefordert sind Redenschreiber und Redner aber in der Politik, geht es doch darum, Wähler und die politische Konkurrenz von der eigenen Meinung zu überzeugen und so die politische Richtung vorzugeben. „Die Drei-Minuten-Rede im Bundestag ist die Königsdisziplin“, findet Gasche, denn: „Drei Minuten sind ganz schnell rum, wenn man da nicht auf den Punkt kommt, kann man nicht überzeugen.“ Aus Sicht des Redenschreibers ist der Aufwand für eine solche Kurzrede im Verhältnis am größten. Und wie viele Könige beherbergt der Bundestag? „Wenige. Bei den Reden im Parlament fehlt häufig der Spirit, also mal eine gute Geschichte.“ Ganz hingegen ist der Redenschreiber allerdings

von Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU), der im Oktober 2020 in einer frei gehaltenen Rede zur Corona-Lage „mit emotionaler Vehemenz bei gleichzeitig druckreifen Formulierungen“ für eine „Stemstunde“ im Bundestag gesorgt habe. „So etwas bräuchten wir öfter.“

Bemerkenswert ist auch eine andere Leistung: Der CSU-Abgeordnete Volker Ullrich ist Spitzenreiter bei der Gesamtzahl der Reden im Parlament. Ullrich kommt laut Parlamentsdokumentation in dieser Legislaturperiode auf nicht weniger als 165 Einsätze am Rednerpult und liegt damit klar vor der Konkurrenz: Helge Lindt (SPD) hatte bis Anfang Juni 109 Einsätze, Friedrich Straetmanns (Linke) 87.

Rekordhalter Ullrich wertet seine häufigen Redebeiträge als Bestätigung für seine Parlamentsarbeit, will das aber auch nicht überbewerten. Bisweilen werde er von Kollegen als Redner vorgeschlagen, wenn es um knifflige Fragen gehe. Die Reden schreibt Ullrich selbst, wie er sagt. Reden, die sein Fachgebiet Inneres oder Recht betreffen, bereiten ihm keine besondere Mühe. „Da bin ich eh im Thema drin, da mache ich mir nur ein paar Notizen, worauf es uns ankommt.“ Mehr Aufwand ist mit Reden verbunden, die andere Themen betreffen. In solchen Fällen bereite er sich ge-

zielt vor, sagt Ullrich. „Da setze ich mich hin und überlege, was kann ich sagen, wie kann ich das strukturieren, wen kann ich zitieren, wo ist der rote Faden.“ Bisweilen liefern Mitarbeiter Zuarbeiten, wenn es um Zitate oder Zahlen geht. „Aber dass jemand mir eine Rede vorfertigt und ich die nur ablese, das kommt nicht vor.“

Reden im Parlament sind speziell, weil die Redner auf ihre Vorredner oder auch auf Zwischenrufe oder Zwischenfragen eingehen sollten. Das bietet Chancen und Risiken. Manche Redner punkten gekonnt mit schlagfertigen Erweiterungen, andere geraten völlig aus dem Konzept. Ullrich schätzt, dass 60 bis 70 Prozent der Reden im Bundestag abgelesen werden und räumt ein, dies stehe in einem gewissen Widerspruch zur Geschäftsordnung des Hauses. Dort heißt es in Paragraph 33: „Die Redner sprechen grundsätzlich in freiem Vortrag. Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen.“ Er selbst nutze Stichwortzettel, rede manchmal aber auch frei.

Falls jemand im Wahlkampf professionelle Unterstützung bräuchte, hätte Redenschreiber Gasche sofort Ideen parat. „Ich könnte für jeden Kandidaten aus dem demokratischen Spektrum eine Wahlkampfreden schreiben“, sagt er und fügt hinzu, falls nötig, „auch eine Ruck-Rede.“ **pk** ■



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



So klar und verständlich ist nicht jeder Gesetzestext abgefasst: Artikel 1 des Grundgesetzes, hier an einer Glaswand beim Jakob-Kaiser-Hauses des Bundestages.

© picture-alliance/Bildagentur-online/Schoeningh

Die Crux mit der Klarheit

GESETZE Bei allem Mühen um Verständlichkeit hat die fachlich und juristisch präzise Formulierung Vorrang

Allumfassend zu sein, kann dieser Gesetzesüberschrift nun wirklich nicht abgesprochen werden: „Rindfleischetikettierungsüberwachungsaufgabenübertragungsgesetz“, knapp zitierbar auch unter dem üppigen Buchstabensalat „RfLEtÜÄÜG“. Der Name des in Mecklenburg-Vorpommern in Kraft gesetzten Paragrafenwerks, das 2013 wieder aufgehoben wurde, umfasst 63 Buchstaben. Gar auf 67 Buchstaben kommt die „GrundVZÜV“, die „Grundstücksverkehrsgenehmigungszuständigkeitsübertragungsverordnung“, die von 2003 bis 2007 Gültigkeit hatte.

hernach aber von Giffey dazulernt zu haben: 2019 wurde aus dem „Zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ das „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“. Mit Zusätzen wie „gut“ oder „stark“ lieferten die Minister die von ihnen gewünschte Bewertung ihrer Arbeit gleich mit, machte Ludwig klar und schuf den Begriff „Schönes-Image-Gesetz“. So erklärte denn auch Marco Bertolaso vom Deutschlandfunk warum in den Nachrichten die Bezeichnung „Gute-Kita-Gesetz“ nicht vorkommt: „Diesen PR-Begriff kann sich eine Nachrichtenredaktion nicht zu eigen machen.“ Sein Kollege Udo Stiehl nannte Giffey die „Schöne-Worte-Ministerin“.

Das mit dem eigentlich so wünschenswerten Durchblick für jedermann bei Gesetzestexten kann freilich eine knifflige Sache sein. „Das Wichtigste bei allen Mühen um sprachliche Verständlichkeit ist immer die juristische und fachliche Präzision. Für den Adressaten muss klar erkennbar sein, welche Rechte und Pflichten sich für ihn aus dem Gesetz ergeben.“ Dies gibt die Gesetzesredaktion des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zu bedenken. Diese Arbeitseinheit stellt alle Gesetzesentwürfe der Ministerien, die dem Bundeskabinett vorgelegt werden sollen, auf den Sprach-Prüfstand. Im Bundestag gibt es seit 1966 einen ähnlichen Redaktionsstab zur Unterstützung der Abgeordneten (siehe Seite 14).

Angemahnt wird eine redliche Ausdrucksweise. Beschönigend könnten „Anleihen bei der Sprache der Politik oder der Werbesprache“ sein. Werde etwa eine Änderung von Leistungen als „Dynamisierung“ bezeichnet, so überwiege die Vorstellung der Leistungssteigerung. Entsprechend dürfe dieses Wort ebenso wenig wie die Vokabel

„Anpassung“ verwendet werden, um etwa eine Leistungskürzung zu verschleiern.

Zwickmühle Der Diskussion um eine geschlechtsneutrale Sprache (siehe Seite 4) kann sich auch das Handbuch nicht entziehen. Es rät hier zu Personenbezeichnungen wie „die Lehrkraft“, „die Vertrauensperson“ oder „das Mitglied“. Kreative Umschreibungen wie „Wer den Vorsitz führt...“ oder „als Vertretung ist bestellt...“ könnten ermöglichen, auf Personenbezeichnungen zu verzichten. Auch Paarformen seien geeignet, um Männer und Frauen gleich zu behandeln – etwa: Beamtinnen und Beamte. Doch die Sparschreibung von Paarformen etwa mit einem Binnen-I sei nicht erlaubt. In der „Neuen Juristischen Wochenschrift“ beschrieb Nathalie Oberthür die Zwick-

mühle: Einerseits spreche die Verständlichkeit für das generische Maskulinum, also die Verwendung der männlichen grammatischen Form unabhängig vom Geschlecht der erwähnten Person. Andererseits sei es aber zumindest geeignet, das weibliche und jedes andere Geschlecht gedanklich auszulöschen. Es liege in der Freiheit des Gesetzgebers, sich für und wider eine bestimmte Form geschlechtsneutraler Sprache zu entscheiden. Doch sei dabei besondere Sorgfalt vonnöten. So werde in der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung zunehmend die Paarbezeichnung „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ verwendet, „der Arbeitgeber“ aber durchgängig alleine mit der männlichen Bezeichnung belegt. Franz Ludwig Averdunk II

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Je suis Charlie
Flüchtlinge
Grexit

Wörter des Jahres 2015

Neben bisweilen heillos verknotteten Satzgebilden reichen schon umständliche Überschriften aus, um totales Desinteresse an einem Gesetz heraufzubeschwören. Was keineswegs im Interesse der Erfinder sein muss. Das zeigt ein Blick auf das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, einprägsam abgekürzt als BMFSFJ. Ein dort angegangenes Vorhaben erhielt den Namen verpasst: „Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung“.

Die seinerzeitige Ministerin Franziska Giffey (SPD) fand dies so wenig einprägsam, dass sie in Klammern hinzufügen ließ: „Gute-Kita-Gesetz“. Es gilt seit Anfang 2019. Das ein halbes Jahr später in Kraft getretene „Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe“ bekam den Titel-Zusatz „Starke-Familien-Gesetz“.

Nicht jede Kurzform kann indes als glücklich gelten: Autoren im Bundesinnenministerium verfassten 2019 das „Zweite Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu Aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken“, das dann mit eingedampfter Bezeichnung unter „Zweites Datenaustauschverbesserungsgesetz“ firmierte. Der Name könnte eigentlich nur ironisch gemeint sein, befand Kristiana Ludwig in der „Süddeutschen Zeitung“. Und bescheinigte den Innenministerialen,



Schwere Lektüre: Sammlung deutscher Gesetze an einem Landgericht

Handbuch Als Beispiel dafür, wie sie Texte übersichtlicher und damit verständlicher formulieren, verweisen die Sprachexperten im Ministerium auf die „Marktordnungswarenen-Meldevorordnung“. Darin stand etwa ursprünglich: „Der Verkaufspreis eines meldepflichtigen Erzeugnisses ist der Preis ab Werk ohne die auf der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer, ohne Kosten für Transport, Verladen, Handhabung, Lagerung, Paletten, Versicherung und gegebenenfalls weitere Warenbezugskosten, sofern diese auf der Rechnung gesondert ausgewiesen sind, und gemindert um Preisnachlässe, die in Bezug auf das Erzeugnis auf der Rechnung ausgewiesen sind. Der durchschnittliche Verkaufspreis wird ermittelt, indem der so ermittelte Rechnungsbetrag durch die auf der Rechnung ausgewiesene Liefermenge dividiert wird.“

Daraus wurde: „Verkaufspreis: Preis ab Werk; a) ohne die auf der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer; b) ohne Kosten für Transport, Verladen, Handhabung, Lagerung, Paletten, Versicherung; c) ohne weitere Warenbezugskosten, sofern diese auf der Rechnung gesondert ausgewiesen sind; und d) gemindert um Preisnachlässe, sofern diese in Bezug auf das Erzeugnis auf der Rechnung ausgewiesen sind.“ Für die Autoren von Gesetzen und Verordnungen hat das BMJV das „Handbuch der Rechtsförmlichkeit“ herausgegeben. Es weist etwa darauf, dass sich zwar in der deutschen Sprache Hauptwörter beliebig lang verbinden ließen. Gleichwohl seien Wortungetüme wie Schönheitsreparatur-

Laotisch beherrschte nur ein Fachmann

SPRACHENDIENST Die Übersetzer des Parlaments stehen bisweilen vor kniffligen Aufgaben

Frank Gräf musste passen: Der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sprach von „Wiedergänger“ – und der Dolmetscher sollte es übersetzen, ohne auf die richtige Vokabel zu kommen. Er habe das Wort halt umschrieben, erinnert sich Gräf: „Ich glaube, alle haben es verstanden, aber Professor Lammert war mächtig zufrieden.“ Nicht eben zum alltäglichen Wortschatz gehören auch Ausdrücke aus dem Parlamentsbetrieb wie Hammelsprung oder Überhangsmandat.

Gräf leitet den Sprachendienst des Bundestags: 20 Mitarbeiter, von denen einige mit Übersetzungen befasst, andere als Dolmetscher tätig sind; wenige stehen für beide Bereiche zur Verfügung. Englisch, Französisch und Arabisch sind die Sprachen, die das Team selbst übernimmt. Ansonsten leistet etwa das Auswärtige Amt Amtshilfe. Oder es werden freiberufliche Mitarbeiter engagiert. Für eine Sprache keinen Dolmetscher gefunden zu haben, sei noch nicht vorgekommen, versichert Gräf – ob Dari

oder Paschtu bei Afghanistan-Besuchen, ob Kisuaheli, das bei einem Gast aus Kenia gefragt war. Für Laotisch wurde einmal der einzige Fachmann, der in Deutschland lebte, aufgespürt. Doch wenn sich ausländische Besucher stark in einem Dialekt ausdrücken, stoßen auch die professionellen Sprachmittler an ihre Grenzen. Die Dolmetscher des Sprachendienstes sind häufiger im Ausland unterwegs – etwa, wenn sie Parlamentsdelegationen zu internationalen Kongressen begleiten. Käme es dabei zu sprachlichen Rüpeleien, dann würde er sie wohl nur kommentiert herüberbringen, glaubt Gräf. Erlebt habe er solche Situationen aber noch nicht. Diplomatisches Feingefühl gehört schon zu den Tugenden, die auch die Dolmetscher bei ihrer Arbeit bisweilen auf sehr hohen politischen Ebenen beherrschen müssen.

Die Unterstützung durch Dolmetscher steht für alle Gremien des Bundestags wie den Ausschüssen zur Verfügung. Geht es um Übersetzungen, kann sich auch der einzelne Abgeordnete an den Sprachendienst wenden. Außen vor bleiben die Fraktionen, die über eigene Mittel verfügen. fla II



Dolmetscher übersetzen in ihren Kabinen bei einer Podiumsdiskussion im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Beim Framing aktiviert eine bestimmte Wortwahl Assoziationen in unserem Gehirn – für Politiker Chance und Herausforderung zugleich.

© picture-alliance/Zoonar/Robert Kneschke/Collage: Stephan Roters

Bilder in unseren Köpfen

FRAMING Metaphern werden in der politischen Kommunikation inzwischen gezielt eingesetzt

Flüchtlingsbewegung oder Flüchtlingsstrom? Asylbewerber oder Asyltourist? Achse des Bösen oder Koalition der Willigen? Jedes Sprachbild ruft bei uns andere Assoziationen hervor. In der Kognitionsforschung werden solche Metaphern „Frames“ genannt, was so viel bedeutet wie: „Rahmen setzen“. Fakten werden Deutungen zugewiesen, Aspekte hervorgehoben oder ausgeblendet. Erkenntnissen von Neurowissenschaftlern zufolge werden durch diese Deutungsrahmen tief in unserem Gehirn verankerte Wert- und Sinnzusammenhänge aktiviert – und so unser Denken und Handeln beeinflusst. Ein Grund, warum Frames in der politischen Kommunikation immer mehr Verbreitung finden.

„Sprache ist Politik“, stellt die Neurolinguistin Elisabeth Wehling in ihrem 2016 erschienenen Buch über Politisches Framing fest. Darin erläutert sie, wie Frames im Gehirn wirken und wie sie unsere Wahrnehmung der Wirklichkeit prägen. Politikern rät sie dazu, Sprachbilder mit Bedacht auszuwählen. Denn es sei ein Widerspruch, wenn ein Politiker etwa für mehr Steuern plädiere, aber den sehr negativen Begriff „Steuerlast“ verwende. Kandidaten im Wahlkampf sollten ihre Sprache außerdem so gestalten, dass die ideologischen Unterschiede zu anderen Parteien deutlich werden.

Wie mit Sprache Politik gemacht wird, ist häufig zu beobachten. So wurde das auf Betreiben der CSU eingeführte Betreuungsgeld von Gegnern häufig als „Herdprämie“ diffamiert. Und während die AfD bei Debatten um den Klimaschutz gerne von „Klimahysterie“ spricht, benutzen Anhänger der Friday for Future-Bewegung lieber das Wort „Klimakatastrophe“.

Der richtige Umgang mit Frames ist – gerade in Zeiten von Social Media – für Politiker, Parteien und Gruppierungen Herausforderung und Chance zugleich.

Das bestätigen auch Bundestagsabgeordnete: „Zur Verdeutlichung und Untermauerung meiner Position nutze ich natürlich auch sprachliche Bilder und Frames“, stellt der Obmann der SPD im Ausschuss für Kultur und Medien im Bundestag, Martin Rabanus, klar. Die Auswahl und Verwendung bestimmter Wörter begleite zudem die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion.

**schwarze Null
Lichtgrenze
Gotzseidank**

Wörter des Jahres 2014

forderung und Chance zugleich. Das bestätigen auch Bundestagsabgeordnete: „Zur Verdeutlichung und Untermauerung meiner Position nutze ich natürlich auch sprachliche Bilder und Frames“, stellt der Obmann der SPD im Ausschuss für Kultur und Medien im Bundestag, Martin Rabanus, klar. Die Auswahl und Verwendung bestimmter Wörter begleite zudem die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion.

Denn: „Mit bestimmten Wörtern soll bei der Zielgruppe ein bestimmter Effekt erzielt werden.“

Auch der Fraktionsvorsitzende der Linken, Dietmar Bartsch, hat die Bedeutung von Frames erkannt: „Politisches Framing ist sehr wichtig in politischen Auseinandersetzungen“, sagt er. Auch seine Fraktion überlege, wie sie ihre Themen „effektiv und medial treffsicher“ platzieren könne. Allerdings falle es ihr nicht immer leicht, politisches Framing zu betreiben, „weil die Grenze zur Manipulation fließend ist“.

Differenzierte Studienergebnisse Dass Framing wirkt, ist inzwischen vielfach belegt. Umstritten ist jedoch, wie stark der Effekt ist und wann er auftritt. Anders als Elisabeth Wehling oder der Begründer der kognitiven Linguistik, George Lakoff, urteilt etwa die US-amerikanische Psychologin Steven Pinker in seinem 2007 erschienenen Buch „The Stuff of Thought“, nichts spreche dafür, dass Menschen Metaphern immer auch als solche wahrnehmen und verarbeiten. Eine internationale Forschergruppe um Marc Helbling vom Wissenschaftszentrum Berlin fand heraus, dass Schweizer Wähler auf Framing in der Regel so reagieren, dass sie ihre eigene politische Position nur noch stärker vertreten als zuvor – unabhängig davon, ob das Framing ihre eigene Position unterstützt hat oder nicht. Eine weitere, britische Studie aus dem Jahr 2006

ergab, dass Probanden im Hirnscanner verschieden stark durch das Framing beeinflusst wurden, je nachdem, wie stark ihr so genannter präfrontaler Kortex im Gehirn arbeitete, der unter anderem für die Handlungsplanung zuständig ist. Daraus folgerten die Wissenschaftler, dass die Menschen dem Effekt nicht schutzlos ausgeliefert sind, sofern sie über das Gehörte oder Gesehene nachdenken.

Eine Einschätzung, die die CDU-Bundestagsabgeordnete Melanie Bernstein teilt: „Wer glaubt, dass Menschen unabhängig vom Inhalt allein durch die Wortwahl zur Wahlentscheidung zu bringen sind, irrt.“ Als Norddeutsche sei sie geprägt von einer

Region, in der viele blumige Worte eher Misstrauen als Begeisterung auslösten. Der Politik-Berater Johannes Hillje hält Frames dennoch für wichtige „Vermittler“ zwischen Politikern und Bürgern. Er rät Parteien wie Medien aber stets zum kritischen „Framing-Check“: Beschreibt das Framing das Problem adäquat? Welche politische Motivation steckt dahinter? Außerdem gibt Hillje zu bedenken: „Wenn ich ein Framing wiederhole, selbst wenn ich es negiere, stärke ich es im öffentlichen Diskurs.“

Almut Lüder/Johanna Metz

Almut Lüder arbeitet als freie Journalistin in Berlin.

> STICHWORT

Was sind Frames?

> **Definition** Frames sind der Kognitionswissenschaftlerin Elisabeth Wehling (Foto) zufolge „Deutungsrahmen im Gehirn, die über Sprache aufgerufen und zugleich gefestigt werden, und zwar ohne, dass wir es bewusst wahrnehmen. So greift Sprache in unser politisches Gehirn ein und formt es.“

> **Forschung** Zahlreiche Studien haben sich mit menschlicher Sprachverarbeitung und dem Zusammenhang zwischen sprachlichen Frames und Wahrnehmung beschäftigt. Die Effekte des Framings wurden darin belegt, umstritten ist aber, wie stark sie sind und wo ihre Grenzen liegen.



© picture-alliance / Gerdner-Fotopress

Zwischen Kalkül und Inspiration

POLITISCHE RHETORIK Anders als die antiken Redner haben Obama, Churchill oder Luther King bei ihren denkwürdigen Auftritten (fast) nichts dem Zufall überlassen

Die Rhetorik ist ein Produkt der antiken Gesellschaften. Ihren ersten Höhepunkt hatte sie in der athenischen Demokratie des 5. Jahrhunderts vor Christus. Rhetorik und Demokratie waren im athenischen Gemeinwesen, der Polis, aufs Engste miteinander verbunden. Die Bürger Athens selbst bestimmten in öffentlicher Verhandlung – also durch Rede und Gegenrede – über ihre politische Zukunft. Der Bürger war in dieser direkten Demokratie immer auch Redner. Allerdings war die Möglichkeit, als Redner in Erscheinung treten zu können, auf die männlichen Vollbürger Athens beschränkt. Frauen und Sklaven waren ausgeschlossen. Damit hatten nur etwa 20 bis 25 Prozent der Einwohner die Möglichkeit, sich als Bürger politisch zu artikulieren.

Rhetorik war im Ursprung männlich und elitär. Der Zugang zur Rolle des Redners schloss zahlenmäßig gewichtige Gruppen aus, und daran sollte sich bis ins 19. Jahrhundert hinein wenig ändern. Frauen tauchen in der Rhetorikgeschichte allenfalls am Rand auf, Ähnliches gilt für andere soziale Gruppen jenseits herrschender Eliten, also etwa Sklaven, Arbeiter oder auch Schwarze. Erst die seit dem 19. Jahrhundert entstehenden sozialen Bewegungen

– die Arbeiterbewegung, die Frauenbewegung oder das amerikanische Civil Rights Movement des 20. Jahrhunderts – veränderten diese Mechanismen der Exklusion. Im Deutschen Reich lässt sich ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beobachten, wie sich Frauen langsam die öffentliche Rede erobern – zuerst im Kontext von Frauenvereinen, schließlich im Rahmen von Parteien und spät erst als gewählte Mitglieder des Parlaments. Clara Zetkin, Bertha von Suttner und vor allen anderen Rosa Luxemburg sind Namen von bekannten Rednerinnen einer Zeit, in der Frauen von der Teilhabe an den politischen Institutionen des Staates weitgehend ausgeschlossen waren. Erst Marie Juchacz schließlich hielt als Abgeordnete der SPD in der Weimarer Nationalversammlung am 19. Februar 1919 die erste Parlamentsrede einer Frau.

Auch in einer zweiten Hinsicht ist das Ideal des Redners, wie es sich in der klassischen Antike herausgebildet hat, zu relativieren. Die Meisterredner Demosthenes und Cicero schrieben ihre Reden alleine, ohne politische Berater, Redenschreiberteams und Spin Doctors. Das hat sich im 20. Jahrhundert radikal verändert. Das Modell des heroischen Redners, der ein genialischer Autor ist, gilt selbst für Figuren wie den britischen Premierminister Winston Churchill nicht, dem 1953 immerhin der Nobelpreis für Literatur zuerkannt worden war. Churchill verfasste zwar seine Reden weitgehend selbst, ließ sie aber vor seinem Auftritt in der Regierungsbürokratie zirkulieren, holte

sich also das, was man heute als „Feedback“ bezeichnet.

Der US-Regierungsapparat war im 20. Jahrhundert Vorreiter dieser Professionalisierung. Warren Harding, der 1920 gewählte 29. US-Präsident war der erste, der einen Redenschreiber in Vollzeit anstellte. Präsident Franklin D. Roosevelt beschäftigte wenige Jahre danach gleich mehrere solcher „Ghosts“ – Geister, die öffentlich nie in Erscheinung treten, ja deren Mitwirkung beim Verfassen der Reden systematisch verschleiert wurde. Unter Roosevelt war das Redenschreiben ein kollaborativer Akt, der oft vor Ort im Oval Office des Weißen

Hauses stattfand, nach Ende der offiziellen Bürozeiten und in einer informellen Atmosphäre: Roosevelt mixte die Getränke, während seine Redenschreiber die Texte schrieben. In der Folgezeit entkoppelte sich der Redenschreiber von der persönlichen Bekanntheit mit dem Präsidenten. Redenschreiben wird zu einer reinen Auftragsarbeit und zu einer Profession.

Redenschreiber arbeiten im Hintergrund, nur von wenigen kennen wir den Namen. Am besten bekannt ist das Team von Barack Obama, der mit Jon Favreau, Jon Lovett und Ben Rhodes eine Gruppe politikbegeisterter Wilder in ihren Dreißigern

versammelte, die fast zu Redenschreiber-Stars geworden sind. Die Erinnerungen von Daxid Axelrod, Obamas Wahlkampfmanager, zeigen, wie das Redenschreiben heute zu einer hochgradig arbeitsteiligen und schnell auf die rasch wechselnden politischen Lagen reagierenden Geschäft geworden ist, in dem das Internet, Geräte wie Smartphones und Laptops den schnellen Austausch von Textfassungen erst möglich machen. Als im Zuge des Wahlkampfes um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten 2008 kontroverse Äußerungen von Obamas Pastor Jeremiah Wright publik gemacht wurden, entschied sich Obama überraschend dazu, eine Rede zum Thema Rassismus zu halten. Wenige Tage Vorbereitung blieben dem Team. Die Rede wurde von Jon Favreau mitten in der Wahlkampftour in einem Café der amerikanischen Starbucks-Kette konzipiert. Obama arbeitete den Text dann spätmittags aus und sendete ihn um drei Uhr morgens an Axelrod, der sie Minuten später auf seinem Mobiltelefon liest. Von der ersten Idee bis zu Obamas Auftritt im National Constitution Center in Philadelphia am 18. März 2008 vergingen nur vier Tage. Die Rede rettete Obamas Kandidatur 2008.

Die wohl berühmteste Rede der Weltgeschichte stammt von dem Bürgerrechtler Martin Luther King, Jr. und wurde am 28. August 1963 vor dem Lincoln Memorial vor einer Menge von Hunderttausenden von Zuhörern und Zuhörerinnen gehalten. Sie ist unter ihrem refrainartigen Motto be-

Letzte Worte unter dem Galgen

GROSSBRITANNIEN Seit Beginn der Corona-Pandemie macht die Speakers' Corner erneut Schlagzeilen. Der Grund: Englands Anti-Lockdown-Gegner haben den historischen Ort in der nordöstlichen Ecke des Londoner Hyde Park ausgesucht, um von dort immer wieder Richtung Downing Street zu marschieren.

Als Sammlungsplatz von Kritikern macht die Speakers' Corner ihrem historischen Ruf alle Ehre. Seit mehr als 150 Jahren ist der breite Spazierweg im Schatten des Marble Arch per Gesetz öffentlicher Platz der freien Rede. Traditionell am Sonntag nach Mittag finden sich Debattenhungrige, Schaulustige und Touristen ein, um jedes Thema zu diskutieren. Dutzende Redner, manche in Kostümen, postieren sich auf Trittleitern, Kisten oder am Wegesrand, um ihrem Ärger über das Weltgeschehen Ausdruck zu geben. An einem Julisonntag hat sich einer von ihnen in eine Toga gewickelt, um auf seinen Protest gegen das „tyrannische Regime“ in Teheran aufmerksam zu machen. „So wie du angezogen bist, würden sie dir im Iran den Kopf abhacken“, ruft er einem Mädchen im Minirock hinterher.

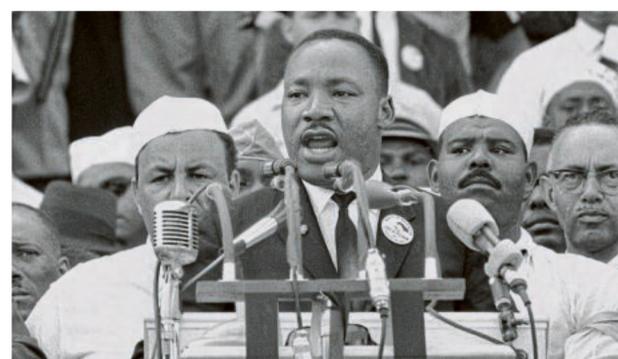
Ein paar Meter weiter stehen acht junge Männer. Sie haben zwei sich gegenüberstehende Halbkreise gebildet, die Stimmung ist angespannt. „Was heißt Ehre? Wer definiert, was Ehre ist?“, fordert einer der Männer die andere Gruppe heraus. „Und wer definiert, wie Gott zu ehren ist?“, gibt einer der Angesprochenen zurück. Die anderen tippen derweil hektisch in ihre Smartphones, um ihre Argumente mit schnell gegogelten Fakten zu untermauern.

Symbolischer Ort Religion, Geschichte, Politik, Krieg – alles darf an der Speakers' Corner auf der Agenda stehen. Was nicht heißt, dass Redner Immunität besitzen, bisweilen gibt es Anzeigen wegen Diffamierung. Als Forum der freien Rede ist der Platz im Zeitalter der sozialen Medien allerdings ein symbolischer Ort geworden. Die Reform League, angeführt von Mitgliedern der International Workmen's Association, lieferte sich hier 1866 für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts Schlachten mit der Polizei. 1872 erließ das Parlament ein Gesetz, das dort fortan die freie Rede ausübt werden dürfe.

Die Geschichte der Speakers' Corner reicht aber weiter zurück. Am Marble Arch fanden seit Ende des 12. Jahrhunderts öffentliche Hinrichtungen statt. 1571 wurde hier der „Tyburn Tree“ errichtet, der städtische Galgen. Die zum Tode Verurteilten durften kurz vor der Exekution ihre letzten Worte sprechen. Die Plattform wurde so zur Rednerbühne. Etwa im Fall Tausender Katholiken, die nach der Abspaltung von Rom unter Heinrich VIII. für ihren Glauben mit dem Leben bezahlten. Oder für bettelarme Kriminelle, die in ihren letzten Minuten die Unterdrückung des Volks durch die Besitzenden anprangerten. Bis heute versteht die Linke im Land die Speakers' Corner als Ort des Aufstands des von der Oberklasse misshandelten Proletariats. Unbestritten ist sie ein Ursprungsort der britischen Demokratie.

Stefanie Bolzen

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.



Lange hatte Martin Luther King an seiner Rede 1963 in Washington gefeilt. Doch die berühmteste Passage »I have a dream« stand nicht im Manuskript. © picture-alliance / AP Photo

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der Autor ist Professor für Allgemeine Rhetorik an der Universität Tübingen.

Schreib mal wieder!“, appellierte 1982 ein Slogan der Bundespost an die Bürger, die immer häufiger statt zum Stütz zum Telefonhörer griffen. Knapp 40 Jahre später wird so viel geschrieben wie nie zuvor in der Sprachgeschichte. Allerdings sind es nicht handgeschriebene Briefe und Karten, sondern getippte Digitalnachrichten, die über WhatsApp, Facebook, Twitter und andere Online-Dienste verschickt werden. Zwei Milliarden Nutzer weltweit verzeichnete allein der Spitzenreiter WhatsApp im vergangenen Jahr, 58 Millionen davon in Deutschland. Die ersten geschriebenen Online-Konversationen fanden in Deutschland bereits Ende der 1980er Jahre unter dem Namen „Telebox-Kommunikation“ statt. Die Pioniere von damals schickten einander über die Telefonleitung per Akustikkoppler und Modem Botschaften auf die Computerebildschirme, deren Stil mit „grias di“, „mompls (= Moment please)“, „AA-AARGHH!“ oder „bis demntx“ den digita-

**Protz-Bischof
Armuts-
einwanderung**

Wörter des Jahres 2013

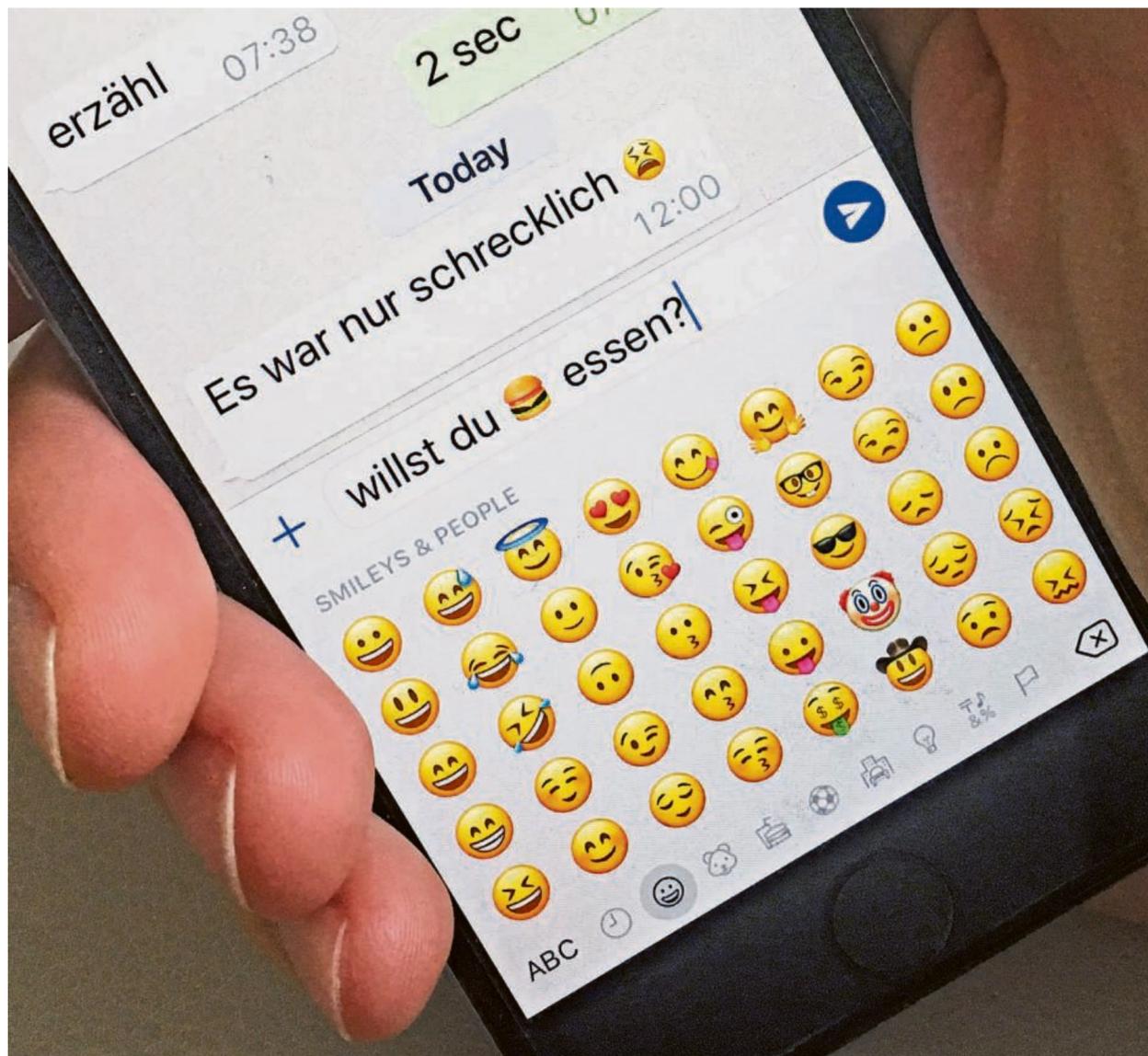
len Schreiddialogen von heute schon recht nahe kam. Einen enormen Schub und eine Fülle neuer Akronyme und Abkürzungen brachten von den 1990er Jahren an die entstehenden Internetforen und der mobilfunkgestützte SMS (Short Message Service). Das „Simsen“ – 2001 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zu den Wörtern des Jahres gewählt – hat inzwischen Patina angesetzt, WhatsApp und andere Dienste haben ihm den Rang abgelassen. In der Politik und den Medien riefen die neuen Sprachtrends ein geteiltes Echo hervor. Wo die einen kreative Innovation begrüßten, sahen die anderen Symptome des Sprachverfalls. Das Deutsche werde zu einer versimpelten „Recycling-Sprache“, warnte 2012 der Vorsitzende des Rates für deutsche Rechtschreibung und frühere bayerische Wissenschaftsminister Hans Zehetmair (CSU).

Inzwischen hat sich die einst bestaunte oder bekrittelte Mischkultur aus Schriftlichkeit und Mündlichkeit, aus Slang, Dialekt, Akronymen und Bildsymbolik dauerhaft etabliert. Die millionenfachen Schreiddialoge haben eigene Normen der Informalität hervorgebracht. Deshalb existieren auch Abkürzungen (vlt), Verschleifungen (aufm) und hybride Formen (gute N8) immer noch, obwohl technische Begrenzungen oder der Wunsch nach Kostenersparnis bei der Datenübertragung heute keine Rolle mehr spielen. Die „Stummelformen“ sind längst Teil eines standardisierten Nicht-Standards für den schnellen dialogischen Austausch geworden.

Erweiterungen von Sprache Dass dieses Deutsch nicht einfach geschriebenes Prosa ist, wird besonders augenfällig an den vielen Hundert Emojis (e-Bild, moji=Buchstabe), die es mittlerweile gibt. Ihre bunte Vielfalt hat das piktoriale Schreiben, das mit den selbstgebastelten Emoticons begann, enorm verstärkt (siehe Text unten). In vielen Chats übernehmen Emojis auch die Interpunktion, indem sie Textabschnitte gliedern. Satzzeichen werden stattdessen unfunktioniert, um Stimmungen auszudrücken. So fehlt zum Beispiel am Ende von digitalen Nachrichten häufig der Punkt, aber dafür signalisiert er nun an anderen Stellen ein emotionales Spektrum,

Verstehen Sie Chat?

MEDIEN Tweeten, faven, blocken – wie Soziale Netzwerke die öffentliche Sprache verändern und was Luthers Flugschrift damit zu tun hat



Ob die Chatsprache, in der Emojis auch Wörter ersetzen können, eine Bereicherung ist oder den Verfall von Sprache kennzeichnet, ist umstritten. © picture-alliance/dpa/Christiane Oelrich

das von Entschiedenheit („Hallo. Eine eindeutige Ansage bitte.“) bis zur gereizten Ablehnung („Nee. Sorry.“) reicht. Blickt man in das Ursprungsland der Emojis, nach Japan, findet sich noch eine neue Art von Bildzeichen: Die Kaomoji („Gesichtsschriftzeichen“) werden hauptsächlich aus Sonderzeichen sowie aus der japanischen Silbenschrift Katakana und anderen Schriftzeichen zusammengesetzt. Die Abfolge (>_<) beispielsweise steht für Scham, während (^_^) eine Form von Freude ausdrückt. Ihre große Variabilität macht die Kaomoji sehr populär. Auch wenn die Chatsprache mittlerweile nicht mehr der große Aufreger ist – ihre

möglichen Auswirkungen auf das klassische Schriftdeutsch, das ja immer noch die Leitnorm darstellt, beschäftigen Pädagogen und Bildungspolitiker nach wie vor. Können Jugendliche, die in den sprachlichen Parallelwelten der Smartphones aufwachsen, überhaupt noch einen korrekt geschriebenen Aufsatz, einen präzisen Bericht, ein grammatikalisch einwandfreies Bewerbungsschreiben verfassen? Tatsächlich haben die orthographischen Fähigkeiten der Schüler und ihre Beherrschung der standardsprachlichen Grammatik in den vergangenen Jahrzehnten im Schnitt nachgelassen. Das zeigen Langzeitstudien, die

die Entwicklung seit den 1970er Jahren verfolgen. Allerdings setzte die Verschlechterung schon ein, bevor Handy und Internet ihren Siegeszug antraten. Ein Grund liegt im Deutschunterricht vieler Schulen, wo weniger Wert als früher auf „harte“ Kompetenzen wie Rechtschreibung, Interpunktion und Grammatik gelegt wird. Hinzu kommt schon seit den 1990er Jahren ein Trend zu einem informelleren, ins Mündliche spielenden Stil, der einer allgemeinen Lockerung gesellschaftlicher Konventionen geschuldet ist. Die Vermutung, dass die Allgegenwart der Chat-Kommunikation diese Tendenzen verstärkt und die Bedeutung

schriftsprachlicher Korrektheit in den Augen jüngerer Leute weiter mindert, liegt nahe. Es gibt einzelne linguistische Studien, die diese Annahme bestätigen; andere hingegen zeigen, dass Jugendliche zwischen den sprachlichen Welten des Smartphone-Geplauders und der formellen Kommunikation durchaus zu trennen wissen. Auch der schulische und soziale Hintergrund spielt hier eine Rolle. Doch solange umfassende Untersuchungen zum aktuellen Stand fehlen, ist das Gesamtbild unklar. Auch bei Plattformen wie Twitter oder Facebook sind Normverstöße ein großes Thema. Allerdings geht es hier weniger um Regeln der Rechtschreibung oder Grammatik,

als um die des zivilisierten Umgangs. Anders als bei WhatsApp ist die Kommunikation in diesen Netzwerken meistens öffentlich, sie dient oft der politischen Positionierung und der Ton kann sehr rau werden. Insbesondere Twitter fördert mit seiner Begrenzung der Zeichenzahl auf 280 pro Kurznachricht – früher waren es sogar nur halb so viele – einen plakativen Stil und die polemische Zuspitzung. Zwar wird der Kurznachrichtendienst auch zum sachlichen Austausch von Informationen und Meinungen genutzt, doch oft dominiert der gehässige Schlagabtausch.

Kampf um Aufmerksamkeit Große Teile der Twitter-Gemeinde organisieren sich in Filterblasen durch Abschottung nach innen und eskalierende Konfrontation nach außen: Man bildet Empörungsgemeinschaften, die sich über andere Empörungsgemeinschaften empören. Die Atmosphäre der Dauergereiztheit befeuert eine Überbietungsrhetorik, die immer wieder in Pöbeleien, Diffamierungen und Verleumdungen mündet. Ein harmloses Zitat kann, aus dem Zusammenhang gerissen und böswillig interpretiert, eine unversöhnliche Internetmeute auf den Plan rufen und einen Shitstorm entfesseln. Welch demagogische Wirkung Tweets entfalten können, zeigte exemplarisch der ehemalige US-Präsident Donald Trump, den die Twitter-Chefs Anfang des Jahres von ihrer Plattform verbannten. Der Grünen-Vorsitzende Robert Habeck hingegen verließ den Kurznachrichtendienst aus eigenem Antrieb. Der spaltende und polarisierende Stil der Plattform habe begonnen, auf ihn abzufärben, lautete seine Begründung.

Nun sind Verbalinjuren im politischen Geschäft nichts Neues: Habecks Parteifreund Joschka Fischer redete 1984 den Bundestagsvizepräsidenten Richard Stücklen (CSU) als „Arschloch“ an und auch „Urgesteine“ wie Herbert Wehner (SPD), Franz Josef Strauß (CSU) und Willy Brandt (SPD) gaben den parlamentarischen Auseinandersetzungen der alten Bundesrepublik eine derbe Note. Doch solche Ausfalligkeiten blieben auf einzelne Personen und Situationen beschränkt. In Sozialen Medien hingegen sind Schmähungen, Stigmatisierungen und Hassreden zum Massenphänomen geworden. Wer eine Parallele dazu sucht, muss zurückgehen bis zur Zeit Martin Luthers, deren öffentliche Sprache von Invektiven getränkt war.

Parallelen zum Flugblatt Der größte Polterer vor dem Herrn war der Reformator selbst, der gegen des „Teufels Sau“, den Papst, zu Felde zog und dafür von seinen katholischen Feinden als „geiferndes Eberschwein“ titulierte wurde. Zeitgenössische Illustrationen zeigen die umgedrehte Papstkrone als Abort, Spottprozessionen führten Pfereschädel als Heiligenreliquien mit. Das damals neue Medium der gedruckten Flugschrift beflügelte die Drastik der Beschimpfungen. Es ermöglichte anonyme Angriffe aus der Distanz, die sich schnell verbreiteten. Die Ähnlichkeiten mit der aggressionsfördernden Dynamik heutiger Internetplattformen sind nicht zu übersehen, auch wenn die Druckpressen noch nicht die Rasanze digitaler Eskalationen erzeugen konnten. Als die Schmähtürme der frühen Neuzeit tobten, trennte man noch nicht zwischen den Normen privater und öffentlicher Kommunikation. Erst in der Aufklärungszeit entstand „Öffentlichkeit“ als ein Raum, in dem kritische Auseinandersetzungen nach den Regeln des rationalen Diskurses verlaufen. Die digitalen Shitstorms der Gegenwart drohen diese Erungenschaft wieder hinwegzufegen.

Wolfgang Krischke II

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Hamburg.

»Sprache hat sich andere Wege gesucht, sich zu präsentieren«

NETZKULTUR Neue Medieninhalte im Internet bringen eigene Register hervor und nehmen auch Einfluss auf die Meinungsbildung

Dass Bilder Macht haben, ist lange bekannt – das gilt aber nicht nur für Gemälde oder Fotografien, sondern auch für Kurzvideos, die im Internet viral gehen. In Hongkong werden seit Juli im ersten Meme-Museum der Welt mehr als 100 der bekanntesten Memes präsentiert und die Geschichte des neuen Mediums rekonstruiert. Ein Meme (ausgesprochen „Mim“) ist ein unbewegtes Bild mit einer Textbotschaft, die lustig, nachdenklich, aber auch satirisch und gesellschaftskritisch gemeint sein kann und sich rasant im Netz verbreitet. Oftmals nehmen Memes durch den kommentierenden Text bekannte Personen oder Situationen auf den Arm, sodass das Bild einen anderen Sinn erhält. Erfolgreiche Memes werden immer wieder benutzt oder von anderen weiterentwickelt.

„Das Aufkommen von Social Media und bildlastiger Internet-Kommunikation hat die Sprache massiv zurückgedrängt. Nicht, dass sie unnötig geworden ist: Sprache hat sich nur andere Wege gesucht, sich zu prä-

sentieren“, sagt der Kommunikations- und Politikberater Martin Fuchs. Entstanden sei eine neue Bildkultur, die in den analogen Raum zurückwirke. Für ihn sei das keineswegs mit einer Abwertung, sondern vielmehr einer massiven Bereicherung der Sprache verbunden: „In der schnelllebigen, durch Digitalisierung getriebenen Zeit, ist ein Umdenken wichtig, damit komplexe Informationen schnell wahrgenommen werden können und das bieten Memes oder GIFs“, sagt Fuchs.

Auch GIFS (Graphics Interchange Format) sind fester Bestandteil der Kommunikation in der digitalen Welt – ihre Verbreitung stieg rasant mit dem Aufkommen des Smartphones. Gemeint sind Videos mit wenigen Sekunden Länge, die eine Handlung zeigen, die sich unendlich oft wiederholt. Diese werden verschickt, um eine Botschaft ohne Ton schnell und kurz zu transportieren.

Eine Bereicherung stellen für Fuchs auch andere nicht-sprachliche Elemente wie Emoticons (aus Satz- und Sonderzeichen und Buchstaben zusammengesetzte Smiley, die ein Gesicht mit einem bestimmten Ausdruck ergeben) beziehungsweise Emojis dar. Die comicartigen Darstellungen übernehmen die Funktionen von Gestik, Mimik und Tonfall. Weil sie oft als erstes



In Hongkong findet diesen Sommer die erste Ausstellung mit den bekanntesten Memes der Welt, Medieninhalten bestehend aus Bild und Textbotschaft, statt. © picture alliance / newscom | Dickson Lee

gesehen und interpretiert werden, steuern sie auch die Aufmerksamkeit. „Der große Nachteil von Schriftsprache ist, dass keine Meta-Ebene ‚Gefühl‘ kommuniziert werden kann. Emojis fügen diese hinzu und sorgen so für Präzisierung“, erklärt Fuchs.

Durch steigende Nutzerzahlen und eine gestiegene Nutzungsdauer nimmt der Einfluss Sozialer Netzwerke auf den Alltag und die Meinungsbildung vieler Menschen zu. Das chinesische Videoportal und Netzwerk TikTok veröffentlichte in einer Studie

Anfang 2021, dass das Teilen von Memes und GIFs eine der wichtigsten Aktivitäten bei den jungen Nutzern der Plattform sei – insbesondere zu Themen rund um Gleichberechtigung, Schutz der Umwelt oder soziale Ungleichheit. Oft erfolgt dies

in einer extremen Geschwindigkeit: „Als Armin Laschet (CDU) die Flutgebiete besuchte, war das Netz unter dem Hashtag #LaschetLacht innerhalb von Minuten voll mit Quotierungen verschiedenster Art“, berichtet Politikberater Fuchs. Mit einer kleinen kommentierenden Idee können so jeder eine globale Bühne bekommen.

Um mehr Kontrolle über diese Inhalte zu bekommen, entdecken das auch Politiker für sich: „Parteien und Politiker wie Österreichs Kanzler Sebastian Kurz, Christian Lindner (FDP) oder die Union mit ‚CDU-Connect‘ nutzen Memes und GIFs gezielt, um im politischen Diskurs reaktions- und anschlussfähig zu sein“, erklärt Fuchs. Unbeabsichtigte Effekte wie auch gezielte Steuerungen seien nicht auszuschließen. In den Reihen der AfD etwa teilten sich Memes gegen den Parteivorsitzenden Jörg Meuthen tausendfach in Telegram-Gruppen.

Das Meme-Museum in Hongkong ist zwar nur temporär zu besichtigen, aber schnell verschwinden werden die neuen Inhalte trotzdem nicht. „Es gibt absolute Klassiker-Memes wie etwa das Kleinkind, das die Faust reckt oder das Paar mit dem Mann, der sich nach einer anderen Frau umdreht – die werden immer wieder eingesetzt und das wird noch stärker werden“, prognostiziert Fuchs. Lisa Brübler II



Die Macht der Worte

PORTRÄTS Eine Gebärdendolmetscherin, ein Kampagnenmacher und eine Linguistin erzählen



Gebärdendolmetscherin Dina Zander-Tabbert (51) erklärt auch im Bundestag mit ihren Händen Politik. Hier zeigt sie die Gebärde für den Begriff »Parlament«.

»Ich darf nicht durch die Hintertür kommentieren«

Gerade diskutiert die Gehörlosen-Community, welche Gebärde für die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock die passende ist. Bisher wurde Baerbocks Vorname übersetzt. Doch als Kanzlerkandidatin schien das nicht mehr adäquat. Soll jetzt ihr Nachname – Bär und Bock – dargestellt oder eher Bezug auf ihre oftmals markanten Ohrhinge genommen werden? »Bekanntere Personen wie Politiker haben eigene Gebärdenamen oder Gebärdenzeichen«, erklärt die Gebärdensprachdolmetscherin Dina Zander-Tabbert. Dabei werde etwas Typisches für die Person gewählt. »Viele Begriffe entstehen durch die Praxis, durch das Benutzen der Gebärde.« So ist die Gebärde für US-Präsident Joe Biden eine Anspielung auf seine oft benutzte Flieger-Sonnenbrille. Für Vizepräsidentin Kamala Harris wird mit drei Fingern eine Lotusblüte angedeutet, wie der Vorname übersetzt heißt. Bei SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz wird auf sein kurzes Haar und bei EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf ihre Vorliebe für Blusen Bezug genommen. Und immer wieder kommt die Frage: Welche Gebärde hat denn die Bundeskanzlerin? Zander-Tabbert erklärt, dass sie für Angela Merkel eine Gebärde für das Wort »merken« benut-

»Mir ist wichtig, dass Barrierefreiheit sichergestellt wird.«

Dina Zander-Tabbert

ze. Wichtig sei immer, neutrale Gebärden zu benutzen, betont die 52-Jährige. »Als Dolmetscherin darf ich auch nicht durch die Hintertür kommentieren.« Zander-Tabbert, deren Eltern gehörlos waren, arbeitet seit fast 30 Jahren als Gebärdensprachdolmetscherin, davon mehr als 15 Jahre für den Bundestag. Oft dolmetscht sie in Ausschüssen, beispielsweise wenn Vertreter der Gehörlosenverbände als Sachverständige für das Barrierefreiheitsgesetz geladen sind. Ganz selbstverständlich hat sie die Namen der Abgeordneten und auch alle parlamentarischen Fachbegriffe parat. »Genauso wie im Lautsprachdolmetschen auch, ist man als Gebärdensprachdolmetscherin verpflichtet, sich auf zwei Ebenen zu nähern – was ist die Bedeutung des Wortes und welche Zielgruppe gibt es«, erklärt sie. Einem Fachpublikum sind parlamentarische Begriffe wie beispielsweise Hammelsprung oder Nachtragshaushalt geläufig, ansonsten werden sie umschrieben oder erklärt. Auf die Entstehung der Gebärden haben die Dolmetscher zwar keinen Einfluss. Sie müssen aber durch engen Kontakt mit der Gehörlosen-Gemeinschaft am Ball bleiben und die Entwicklung in der Gebärdensprache widerspiegeln. Denn es gibt keinen Duden, vieles kann sich schnell ändern. Obwohl die Gebärdensprache seit Jahrzehnten eingesetzt wird, wurde sie in Deutschland erst durch das Inkrafttreten

des Behindertengleichstellungsgesetzes 2002 als eigene Sprache anerkannt. Zander-Tabbert, die in Berlin aufwuchs, hat zunächst Sonderschulpädagogik in Hamburg studiert, sich dann als Gebärdensprachdolmetscherin weiterqualifiziert und auf Politik spezialisiert. Übersetzt wird mit einem Fingeralphabet sowie Handzeichen aus Mimik und Körperhaltung. Dabei muss Zander-Tabbert immer simultan übersetzen, denn wie in der Lautsprache auch darf kein Satz verkürzt werden. Als Gebärdensprachdolmetscherin wird sie hauptsächlich vom Bundestag und Bundesministerien angefordert. In Intervallen von etwa zehn Minuten wechselt sie sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen ab. »Ich finde es spannend, dass kein Tag dem anderen gleicht, ich immer neue Menschen treffe und neue Inhalte habe«, sagt sie zu ihrer Motivation. »Außerdem ist mir wichtig, dass so Barrierefreiheit hergestellt wird.« Zur Professionalität gehört neben Zurückhaltung beim Auftreten auch eine entsprechende Kleidung. Sie arbeite immer in dunkler Kleidung mit langen Ärmeln, trage weder Schmuck noch eine Uhr, sagt Zander-Tabbert. »Sogar meinen Ehering nehme ich ab.« Denn nichts soll ablenken

vom Dolmetschen. »Das Wichtigste ist ja, ich soll verstanden werden.« Dabei erklärt sie auch, wie die Corona-Pandemie der Gebärdensprache einen Schub verpasst hat. Erst auf Druck der Gehörlosen-Community wurden beispielsweise die live übertragenen Pressekonferenzen mit Lothar Wieler, dem Chef des Robert Koch-Instituts, verdolmetscht. Obwohl es auch im europäischen Vergleich gedauert hat, ist es inzwischen selbstverständlich, dass bei Pressekonferenzen von Bundes- oder Landesministerien oder Konferenzen Gebärdensprachdolmetscher zum Einsatz kommen. Der Bedarf an qualifizierten Dolmetschern ist damit enorm gewachsen.

Neue Herausforderung Zander-Tabbert studiert derzeit in einem Masterstudengang International Sign, die internationale Gebärdensprache. Diese Kommunikationsform entwickelt sich gerade und sorgt dafür, dass taube Menschen aus unterschiedlichen Ländern sich schnell im politischen oder kulturellen Bereich verständigen können. Aktuell wird sie vor allem bei internationalen Konferenzen eingesetzt. Nach ihrem Abschluss kann sich Zander-Tabbert gut vorstellen, im Europaparlament zu dolmetschen.

Susann Kreuzmann

Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.

»Der Wahlkampf ist für uns die Königsdisziplin«

Als »Wahlkampfberater« sehe er sich eigentlich nicht, sagt Nicolas Schwendemann gleich zu Beginn des Telefonats. Er sei einfach ein »Agenturmensch«. Das stimmt – der 36-Jährige arbeitet in Berlin als Geschäftsführer für die Agentur Ressourcenmangel. Und doch ist die Selbstbeschreibung eine Untertreibung: Der studierte Politik- und Kommunikationswissenschaftler, der an der London School of Economics and Political Science das politische Campaigning gelernt hat, ist ein ausgewiesener Wahlkampfspezialist. Er führte als strategischer Kopf die von den Grünen eigens für den Bundestagswahlkampf 2017 gegründete Agentur mit dem Namen »Ziemlich beste Antworten« und wechselte anschließend ganz zur Ökopartei: Als Leiter der Öffentlichkeitsarbeit war der bedächtig sprechende Mann mit dem Dreitage-Bart bis 2020 für Kampagnen und Wahlkämpfe der Bündnisgrünen zuständig. Schlagworte prägen, Begriffe besetzen, Slogans erfinden – mit dem politischen Ringen um Wähler und Worte kennt sich Schwendemann aus.

»Es geht darum, eigene Ideen in den Mittelpunkt zu stellen.«

Nicolas Schwendemann

Auch wenn er inzwischen auch für andere politische Akteure wie Ministerien, Stiftungen oder Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) arbeitet, so ist Wahlkampf für Schwendemann »die Königsdisziplin der politischen Kommunikation«. »Es gibt ein klares Ziel und einen klar abgesteckten Zeitrahmen«, sagt er. »Es geht darum, möglichst viele Stimmen bis zum Wahltag zu gewinnen. Das macht die Kommunikationsarbeit dicht, die Dramaturgie speziell und die Aufmerksamkeit viel größer als bei anderen Kampagnen.« Die anspruchsvollste Phase des Wahlkampfes ist für Wahlkampfstrategen wie ihn der Anfang. Da werde über die Positionierung, die Botschaften und die Wahlkampfmittel der Kampagne entschieden, erklärt Schwendemann. Wenn dann für die Öffentlichkeit der Wahlkampf beginne, sei er für die Kampagnenmacher fast schon zu Ende. »Die Schlussphase ist eine merkwürdige. Sie ist besonders wichtig, aber man selbst kann bei vielem nur noch zugucken. Die großen Wahlkampfmittel wie Plakate oder der Hauptspot sind ja bereits gedruckt oder gedreht. Die Maschine läuft, und reagieren kann man nur noch kurzfristig«, erklärt Schwendemann. Umso wichtiger sei es, etwa die Spots für die Schlussmobilisierung so spät wie möglich zu produzieren. Herzstück einer jeden Kampagne ist der Slogan – oder besser: der Claim, wie ihn die Werbeleute nennen. »Wenn er gut gemacht ist, ist der Claim die Grundlage für die gesamte Kommunikation. Er ist die Verdichtung der Strategie und bringt den Kern des politischen Angebots auf den Punkt«, erläu-

tert Schwendemann. In dieser Hinsicht perfekt sei »Make America great again« – der Kampagnenslogan, mit dem Donald Trump 2016 die US-Präsidentenwahl gewann. »Er transportiert sowohl eine Zustandsbeschreibung der Gegenwart als auch ein Versprechen für die Zukunft. Und er rührt an eine Sehnsucht nach etwas, das einmal war.« Zudem sei er leicht merkbar, anschlussfähig und kurz genug gewesen, »dass man ihn auf eine Schirmmütze schreiben konnte«, sagt Schwendemann. Weitere Regeln für eine erfolgreiche politische Kommunikation: Botschaften sollten sich konsistent sein, vor allem aber einfach und klar formuliert. »Wer etwa von einem Stuhl spricht, erzeugt beim Zuhörer ein konkretes Bild im Kopf – ganz anders, als wenn er den Begriff »Einrichtung« verwendet«, erklärt der Kommunikationsexperte.

Im politischen Wettstreit ebenfalls von Vorteil: eine positive Sprache. Dabei gehe es vor allem darum, die eigenen Ideen in den Mittelpunkt zu stellen, so Schwendemann. »Selbst wenn man sich von den Forderungen des politischen Gegners abgrenzt, wiederholt man diese – und hat am Ende mehr über das geredet, was nicht geht, als über das, was man erreichen möchte.« Positive Sprache in einem sich zuspitzenden Wahlkampf beim zubehalten, sei jedoch nicht einfach, räumt er ein. Dies mussten zuletzt auch die Spitzenkandidaten von Union und Grüne erfahren: Ob Armin Laschet Lachen im Fluggebiet oder Plagiatsvorwürfe gegen Annalena Baerbocks Buch – beide Kandidaten hatten zunächst mehr damit zu tun, Angriffe abzuwehren, als über ihre politischen Ziele zu sprechen.

Botschaften für Kopf und Bauch Einen besonderen Balanceakt bedeutet zudem politisches Framing. Das Bewusstsein für die Wirkung von erlernten Denkmustern, bei denen eine bestimmte Wortwahl Assoziationen auslöst und Gefühle das rationale Denken überlagern, sei in Parteizentralen und Agenturen spürbar gewachsen, sagt Schwendemann. Getrieben auch durch die Verbreitung sozialer Medien habe das zu einer größeren Zuspitzung von Themen über Sprache geführt. In der Praxis bedeute das für Kampagnenmacher ein noch stärkeres Abwägen: »Ist das die richtige Wortwahl, erreiche ich so die Zielgruppe, welcher Frame wird bedient?« Das bringe ihnen bisweilen den Vorwurf der Beeinflussung ein. Diese Sicht teilt Schwendemann nicht: »Botschaften können anschlussfähiger formuliert werden, wenn man versteht, welche Bilder und Gefühle Begriffe auslösen.« Schließlich spiele nicht nur der Kopf, sondern auch der Bauch bei Entscheidungen eine wichtige Rolle. Sandra Schmid



Nicolas Schwendemann (36), bis 2020 Wahlkampfmanager der Grünen, entwirft heute Kampagnen für Ministerien, Stiftungen und NGOs.



Die Linguistin Heike Wiese (54) hat den Begriff Kiezdeutsch geprägt und will mit Vorurteilen gegen die multiethnische Jugendsprache aufräumen.

»Kiezdeutsch ist nichts Fremdes oder Falsches«

Ob im Bus, beim Plausch mit der Nachbarin oder auf Reisen, Heike Wiese hört immer genau hin, was um sie herum gesprochen wird. »Mich interessiert alles, was mit Sprache zu tun hat«, sagt die Germanistin. »Wohl eine Art Berufskrankheit.« Zum Lauschen gibt es für die 55-Jährige an diesem Sommertag allerdings wenig: die Parkbänke am Berliner Engelbecken sind in der Mittagshitze verwaist. Nur Wieses Mischlingshündin geht am Ufer spazieren, während die Linguistik-Professorin mit ausladenden Gesten von ihrem Herzenthema, dem Kiezdeutsch, erzählt. Gemeint ist der Slang, den Jugendliche in den Multikulturvierteln deutscher Städte sprechen; in den 1990er Jahren machte ihn der türkischstämmige Komiker Kaya Yanar durch Sendung »Was guckst Du?!« einem Millionenpublikum bekannt.

»Wir sollten Mehrsprachigkeit in Deutschland stärker fördern.«

Heike Wiese

»Um 12 ich geh Kino«, »Lassma Moritzplatz austreten«, »Alda, die Stadt ist nich mein Ding so« – wenn Teenager so sprechen, rümpfen viele Erwachsene die Nase. Schlechtes Deutsch sei das – wollen diese Migrantenkids sich etwa nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren? Solchen Reaktionen begegnet Wiese mit Aufklärung zu sprachlichen Fakten. »Kiezdeutsch ist nichts Fremdes oder Falsches«, sagt sie mit fester Stimme. »Kiezdeutsch ist Deutsch, ein deutscher Dialekt, so wie Schwäbisch oder Bairisch, nur eben jünger.« Wie bei anderen Dialekten gebe es Abweichungen zum Standarddeutschen, in der Aussprache, bei Wörtern und Wortstellungen. »Das ist aber nicht chaotisch, sondern folgt immer grammatischen Regeln.« In Niedersachsen geboren hat Wiese in Göttingen Germanistik und Philosophie studiert. 1993 zog sie für ihre Promotion im Fach germanistische Linguistik nach Berlin und wohnt seither mitten im multikulturellen Szenekiez Kreuzberg. »Mir ist gleich aufgefallen, dass die Jugendlichen hier einen spannenden Sprachgebrauch haben«, erzählt Wiese. So hat sie Kiezdeutsch als eines ihrer Forschungsthemen entdeckt. Seit zwei Jahren leitet sie den Lehrstuhl »Deutsch in multilingualen Kontexten« an der Humboldt-Universität zu Berlin. Hier erforscht sie, wie dynamisch die deutsche Sprache sich in mehrsprachigen Milieus entwickelt. Ein aktueller Schwerpunkt ist die Sprache der Namibiadeutschen. Wiese spricht selbst fließend Englisch, kann einige Brocken Türkisch, Kurdisch, Französisch, Persisch und etwas deutsche Gebärdensprache. Sie war es, die in den 2000er Jahren den Begriff »Kiezdeutsch« im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs etablierte – anstelle von abwertenden Be-

zeichnungen wie »Türkendeutsch« oder »Kanak Sprak«. 2012 veröffentlichte sie das erste Buch über die Jugendsprache. Darin räumt sie unter anderem mit dem Vorurteil auf, Kiezdeutsch-Sprecher seien Migranten. »Das ist eher ein postmigrantisches Milieu. Die Jugendlichen sind hier geboren, sind Deutsche. Ihre Vorfahren kommen oft, aber nicht immer, aus anderen Ländern wie der Türkei.« Der Dialekt schaffe eine Verbindung zwischen den jungen Kiez-Bewohnern: »Er zeigt: Wir sind nicht Arabisch egal, welche Sprache unsere Eltern oder Großeltern sprechen.« Um mehr über den Jugendslang zu erfahren, haben Wiese und ihr Team Jugendlichen monatlang Aufnahmegeräte mitgegeben und ihre Gespräche ausgewertet. Dabei sei aufgefallen, dass die Teenager Kiezdeutsch fast nur miteinander sprachen.

»Die switchen sofort in Standarddeutsch um, wenn sie mit Erwachsenen reden.« Für Wiese ein Beleg für die Sprachkompetenzen der mehrsprachig aufgewachsenen Jugendlichen. »Sie können auf viel mehr sprachliche Ressourcen zurückgreifen. Das ist ein Schatz, den die Gesellschaft viel stärker fördern sollte – etwa indem Türkisch und Arabisch als Schulfach angeboten werden.« Wiese hat darüber zusammen mit zwei Kolleginnen ein neues Buch geschrieben: »Deutschpflicht auf dem Schulhof? Warum wir Mehrsprachigkeit brauchen.«

Das es Kiezdeutsch noch immer so schwer hat, als deutscher Dialekt akzeptiert zu werden, sieht die Linguistin auch in der »Abneigung gegen bestimmte Menschengruppen« begründet. »Manchen fällt es schwer, Jugendliche als Sprecher eines deutschen Dialekts zu verstehen, die sie nicht als deutsch akzeptieren – auch wenn sie Teil der deutschen Gesellschaft sind.« Wenn ihnen aber immer wieder signalisiert werde, sie seien fremd, »entfremden sie sich oft irgendwann tatsächlich von der Gesellschaft«, warnt Wiese. Auch weil sie solche Einstellungen in Deutschland beklagt, bekommt die Professorin seit Jahren Hassmails und Drohungen. Aber Wiese lässt sich nicht einschüchtern. »Ich sehe auch die Erfolge. Früher wurde ich oft gefragt, wie man den armen Kindern mit dem schlechten Deutsch helfen kann. Heute ist der Blick differenzierter.« Sobald die Corona-Pandemie es zulässt, will Wiese für ein Forschungsprojekt nach Namibia reisen. Vorher aber freut sie sich nach Monaten im »Home Teaching« darauf, endlich wieder ihre Studenten in der Uni zu sehen.

Johanna Metz



Die Politik macht Tempo. In einer Sondersitzung vergangene Woche hat der Bundestag erstmals über die Errichtung eines 30 Milliarden Euro schweren Aufbaufonds für die vom Juli-Hochwasser betroffenen Gebiete beraten, kommende Woche bereits sollen ihn Bundestag und Bundesrat in weiteren Sondersitzungen beschließen. Eingebracht haben den Gesetzentwurf (19/32039) die Koalitionsfraktionen auf Grundlage einer Formulierungshilfe der Bundesregierung, die sich zuvor mit den Landesregierungen abgestimmt hatte. Das spart Zeit im parlamentarischen Verfahren.

Eile tut Not, denn die Schäden sind enorm. Die Unwetterfront „Berni“, die vom 13. bis 18. Juli über weite Teile Deutschlands hinweggezogen ist, hat vor allem in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, aber auch in Bayern und Sachsen schwere Verwüstungen angerichtet. Die Versicherer gehen von rund 250.000 Schadenfällen aus, rund 200.000 an Häusern, Hausrat und Betrieben sowie bis zu 50.000 an Kraftfahrzeugen. Die Schadenssumme schätzt der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf rund sieben Milliarden Euro, weit mehr als bei jeder früheren Naturkatastrophe.

Konzept angemahnt Und das sind nur die Schäden an versicherten Objekten. Öffentliche Gebäude wie Schulen, Sportanlagen und Feuerwachen sind grundsätzlich unversichert, ebenso öffentliche Infrastruktur wie Straßen, Schienen und Kanalisation. Aber auch ein Großteil der zerstörten oder geschädigten Privatgebäude in den Hochwasserregionen war gegen sogenannte Elementarschäden nicht versichert, so wie bundesweit über die Hälfte aller Wohngebäude. Nach den Hochwasserkatastrophen der vergangenen Jahre hatte das Diskussionen ausgelöst. Warum, so wurde gefragt, soll die Allgemeinheit für Schäden bei Menschen aufkommen, die sich die Versicherung gespart haben?

Und warum bekommen nur Geschädigte großer Katastrophen staatliche Hilfe, nicht aber die kleinräumiger Unwetter? Eingewandt wurde, dass die Versicherungsprämien für Gebäude nahe an Flussläufen oder in Senken derart hoch wären, dass sie die Besitzer ruinieren und die Gebäude nahezu unverkäuflich machen würden. Am Ende verliefen diese Diskussionen immer im Sande. Jetzt mahnte der GDV „ein neues Gesamtkonzept zur Klimafolgenanpassung aus Aufklärung, verbindlichen Maßnahmen zur privaten und staatlichen Prävention und Versicherung“ an.

Zerstörte Infrastruktur Vergangene Woche im Bundestag war dies noch kein Thema, abgesehen von der Forderung von Sebastian Brehm (CSU) und Sebastian Hartmann (SPD), Mittel aus dem neuen Fonds auch in ihre Wahlkreise fließen zu lassen, wo Landshut und Hennef an der Sieg wenige Wochen vor der Juli-Flut ebenfalls von Überschwemmungen heimgesucht worden waren. Im Mittelpunkt aber stand, was die Unwetterfront „Berni“ angerichtet hat und was die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) eindringlich schilderte: Allein im Ahrtal seien von 75 Brücken 62 beschädigt oder zerstört. 40 Schulen, 55 Tageseinrichtungen für Kinder und fünf Krankenhäuser müssten instandgesetzt werden. Rund 3.000 Unternehmen in ihrem Bundesland seien von der Flutkatastrophe betroffen. Schon die Beseitigung von Schlamm, Hausrat und Schrott koste in Rheinland-Pfalz weit über eine halbe Milliarde Euro. Von einer Herkulesaufgabe sprach Dreyer.

Um sie zu bewältigen, soll nun also ein Sondervermögen des Bundes errichtet

Hilfe nach der Flut

AUFBAUFONDS Bund und Länder wollen 30 Milliarden Euro bereitstellen



Viele Häuser in den betroffenen Flutgebieten sind nicht zu retten und müssen abgerissen werden.

© picture-alliance/AP/Rhein-Erft-Kreis/Geisler-Fotopress/Christoph Hardt/BeckerBredel

werden, das dieser zunächst alleine mit bis zu 30 Milliarden Euro ausstatten will. In der Folge wollen dann die Länder, und zwar alle 16, die Hälfte dieses Betrages aufbringen, indem sie bis zum Jahr 2050 Anteile am Umsatzsteueraufkommen an den Bund abtreten. Das Geld soll geschädigten Privathaushalten, Unternehmen und anderen Einrichtungen zugute kommen sowie zur Wiederherstellung der Infrastruktur eingesetzt werden. Der Wiederaufbau von Infrastruktur des Bundes, wie Bundesstraßen, wird allein durch den Bund finanziert.

Für Unternehmen soll die Insolvenzschutzpflicht temporär ausgesetzt werden, sofern die Zahlungsunfähigkeit auf den Auswirkungen der Starkregeneffekte oder des Hochwassers beruht und begründete Aussicht auf Sanierung besteht. Änderungen beim Pfändungsschutz sollen auch betroffenen Privatpersonen mit Finanzengpässen Luft verschaffen. Ein weiterer Bestandteil des Gesetzentwurfs sind Regelungen für eine bessere Warnung der Bevölkerung bei künftigen ähnlichen Ereignissen. So werden Mobilfunkbetreiber zur Einrichtung eines sogenannten Cell Broadcasting-Systems ver-

pfligt, mit dem an alle in einer Funkzelle eingebuchten Mobiltelefone eine Mitteilung verschickt werden kann. Mit Vereinfachungen im Planungsverfahren soll erreicht werden, dass Gebäude und Infrastruktur beim Wiederaufbau so verlegt werden, dass sie besser vor Überflutung geschützt sind.

Dank an Helfer In der Debatte über den Gesetzentwurf war trotz des Wahlkampfes viel Gemeinsames zu hören. Keine Fraktion lehnte den geplanten Hilfsfonds rundweg ab. Vor allem aber wurde fraktionsübergreifend Mitgefühl für die Betroffenen

der Katastrophe und Dank für die Helfer ausgesprochen. „Das Leid der Angehörigen können wir nicht lindern“, sagte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) mit Blick auf die 183 Todesopfer. Umso wichtiger sei, dass jetzt „denen geholfen wird, denen geholfen werden kann“ und wieder aufgebaut werde, was zerstört worden sei. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) dankte für die große Solidarität aus ganz Deutschland. Unter den Ersten, die Unterstützung angeboten hätten, seien die ostdeutschen Länder gewesen. Die Hilfe von Ost nach West sei „ein wunderschönes Sig-

nal“ der Einheit. Scholz, Laschet, Dreyer und Redner aller Fraktionen mit Ausnahme der AfD hoben angesichts einer Häufung schwerer Unwetter die Dringlichkeit hervor, gegen den Klimawandel zu kämpfen. Anton Hofreiter (Grüne) griff allerdings den SPD-Kanzlerkandidaten Scholz scharf an, da dieser eine Vorverlegung des Kohleausstiegs ablehne. Hofreiter warnte, die Frage sei nicht mehr, wie es in den nächsten Jahrzehnten besser werde, sondern wie verhindert werden könne, „dass es von Jahr zu Jahr schlimmer wird“. Aus Sicht von Gesine Lötzsch (Linke) gibt es dabei ein „Schlüsselproblem“: „Kapitalinteressen stehen gegen Umweltschutz und damit gegen die Überlebensinteressen der Menschen“. Immobilienpekulanten wollten in Flusslandschaften bauen, Waldbesitzer nutzten ihre Wälder als Holzlager und nicht als Wasserspeicher.

Klimaschutz Redner der AfD wie Peter Boehringer kritisierten dagegen „die antiwissenschaftliche Instrumentalisierung eines Wetterereignisses“ für eine ideologische Klimaschutzpolitik. Vor der Industrialisierung habe es im Ahrtal viel höhere Hochwasser gegeben.

Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel sprach von „Regierungsversagen“. Die großen Schäden und die hohe Zahl von Todesopfern seien auch Folge „unterbliebener Vorkehrungen und verspäteter Warnungen“. Weidel erwähnte „Sirenen, die nicht funktionieren“, unterlassene Warnungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und einen „Katastrophenschutz auf dem Niveau eines Entwicklungslandes“. Christian Dürr (FDP) mahnte bei Finanzminister Scholz eine unbürokratische Hilfe für geschädigte Firmen an und warnte: „Wiederholen Sie bei der Auszahlung der Gelder nicht die Fehler bei den Corona-Hilfen.“

Unterdessen wies der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) darauf hin, dass vielerorts die Verwaltungsgebäude zerstört seien. Damit seien Einwohnermelderegister verschwunden, die rekonstruiert werden müssten. Dafür forderte er Unterstützung.

Lewentz sprach mit seinem NRW-Amtskollegen Herbert Reul (CDU) und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) im Innenausschuss des Bundestages über die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Katastrophenfall. Dabei betonte Seehofer, die seit Jahrzehnten praktizierte Arbeitsteilung sei „absolut richtig“. Der Bund übernehme eine „wichtige Unterstützungsfunktion“, und diese habe im Juli auch gut funktioniert. Lewentz bekräftigte, an der Zuständigkeit der Länder für den Katastrophenschutz solle nicht gerüttelt werden, da dort die nötige Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten vorhanden sei. Alle drei Minister betonten, dass das Warnsystem bundesweit grundlegend reformiert werden sollte.

Peter Stützel

KOMPAKT

Geplante gesetzliche Regelungen

- > **Sondervermögen** Der Bund finanziert den Aufbaufonds mit 30 Milliarden Euro vor, alle 16 Länder zahlen bis 2050 die Hälfte zurück.
- > **Insolvenzschutz** Die Insolvenzschutzpflicht wird temporär ausgesetzt, sofern die Zahlungsunfähigkeit auf den Auswirkungen der Flut beruht und begründete Aussicht auf Sanierung besteht.
- > **Warnsystem** Mobilfunkbetreiber werden zur Einrichtung eines Warnsystems per Handy-Mitteilung verpflichtet.

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@cover-services.de
Telefon 089-8585 3832

Delta-Variante lässt Infektionszahlen steigen

CORONAKRISE Feststellung der epidemischen Lage erneut verlängert. Opposition kritisiert Sonderbefugnisse

Nach einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition hat der Bundestag die Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite erneut um maximal drei Monate verlängert. Für den Koalitionsantrag (19/32091) votierten in der vergangenen Woche in namentlicher Abstimmung 325 Abgeordnete, 253 waren dagegen, fünf enthielten sich. In dem Antrag wird auch eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) verlangt. So soll Paragraph 28a IfSG geändert werden, weil aufgrund des Impfschritts die Sieben-Tage-Inzidenz nicht mehr der zentrale Maßstab zur Beurteilung der epidemischen Lage sei. Künftig sollen sich die Schutzvorkehrungen gegen das Coronavirus vielmehr an der Hospitalisierungsrate ausrichten, also den im Krankenhaus behandelten Corona-Patienten. Erstmals hatte der Bundestag am 25. März 2020 die epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt, die dem Bund besondere Befugnisse gibt, etwa zum Erlass von Rechts-

verordnungen und Anordnungen. Der Bundestag muss spätestens drei Monate nach Feststellung der epidemischen Lage deren Fortbestehen feststellen, ansonsten gilt die Lage als aufgehoben.

Impferfolge In der Debatte machte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) deutlich, dass die Coronakrise trotz der fortgeschrittenen Impfungen und der umfangreichen Tests noch nicht überstanden sei. Spahn sagte, es sei eine persönliche, freie Entscheidung, sich impfen zu lassen. Jedoch habe die Entscheidung Auswirkungen auf andere Menschen, etwa Kinder unter zwölf Jahren, die sich derzeit nicht impfen lassen könnten. Die hochansteckende Delta-Variante werde voraussichtlich dazu führen, dass sich jeder, der nicht geimpft sei, infiziere. Um Rechtssicherheit zu haben, sei eine Verlängerung der Feststellung der epidemischen Lage nötig.

Auch Bärbel Bas (SPD) ging auf den auf den Impfschritt ein, dem es zu verdanken sei, „dass wir mehr Freiheiten zurückgewonnen haben“. Es gehe jetzt darum, die Impfkampagne weiter voranzutreiben. Die Delta-Variante zeige, wie schnell sich die Infektionszahlen verdoppeln könnten, auch unter Kindern. Bas erinnerte daran, dass es für Kinder unter zwölf Jahren noch

keinen zugelassenen Corona-Impfstoff gibt. Die Verlängerung der epidemischen Lage sei notwendig, weil der Impfschritt noch nicht groß genug sei. Alexander Dobrindt (CSU) sagte, es sei „ein großer Segen, dass es gelungen ist, Impfstoffe in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen“ und fügte hinzu: „Wir wollen jetzt wieder mehr Normalität erreichen.“ Dabei gehe es um eine Balance zwischen Sicherheit und Eigenverantwortung. Das Infektionsgeschehen sei nach wie vor dynamisch, daher werde eine Verlängerung der epidemischen Lage gebraucht, „um das Risiko zu beherrschen“.

Heftige Gegenwehr Von der Opposition kam harte Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung, der es an stringenten Konzepten mangle sowie an Tatkraft. Tino Chrupalla (AfD) stellte die Aussagekraft der seit Wochen wieder kontinuierlich steigenden Inzidenzzahlen infrage und wertete die neue Hospitalisierungs-Inzidenz als „ersten Schritt in Richtung Vernunft“. Die Impfscheidung müsse individuell bleiben, eine Impfpflicht sei abzulehnen. Er forderte die Bundesregierung dazu auf, deeskalierend zu wirken und Mut und Zuversicht zu verbreiten. Eine Verlängerung der epidemischen Lage lehne die AfD ab.

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) rügte, die Verlängerung der epidemischen Lage sei verbunden mit der Fortführung der „automatischen und undifferenzierten Grundrechtseingriffe“. Pauschale Eingriffe in die Bürgerrechte seien nicht zu rechtfertigen. Die Voraussetzung für die Feststellung der epidemischen Lage sei nicht gegeben, weil eine Überlastung des Gesundheitswesens nicht zu erwarten sei.

Jan Korte (Linke) wertete den Antrag der Koalitionsfraktionen als „Beweis für das Scheitern der Politik der Bundesregierung“, die auch den zweiten Pandemie-Sommer „vollständig verpennt“ habe. Statt Vorsorge zu treffen für die Ferien- und Reisezeit sowie die nach den Sommerferien beginnende Schule, wolle die Regierung mehr Kompetenzen an sich ziehen und Sorge damit für eine Schwächung und Aushebelung des Parlaments, das sei unfassbar.

Auch Manuela Rottmann (Grüne) argumentierte, es sei höchst problematisch, Sonderrechte zu vergeben. Die Bundesregierung sei auch nicht in der Lage, von den Sonderrechten verantwortlich Gebrauch zu machen. Sie wertete die Krisenpolitik der Regierung als „chaotisch und ineffizient“ und rügte: „Sie enttäuschen das Vertrauen und werden ihrer Verantwortung nicht gerecht.“

Claus Peter Kosfeld

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Ruf nach Antworten

AFGHANISTAN Nach Ende der Evakuierungen bleiben Tausende Ortskräfte und andere Schutzbedürftige im Land zurück. Die Fraktionen fordern Aufklärung, wie es dazu kommen konnte

Am Abend des 26. August um 18.20 Uhr ist der größte Evakuierungseinsatz in der Geschichte der Bundeswehr beendet. Wohlbehalten landeten die letzten am Kabuler Flughafen stationierten deutschen Soldaten und Soldaten in der usbekischen Hauptstadt Taschkent, wo sie Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) spürbar erleichtert empfing. Bereits am nächsten Tag kehrten sie nach Deutschland zurück. „Die Evakuierungsoperation war hochgefährlich. Die Bundeswehr hat unter schwersten Bedingungen vor Ort so viele Menschen wie möglich in Sicherheit gebracht“, erklärte das Ministerium auf Twitter. Die elftägige Afghanistan-Mission endete unter dramatischen Umständen. Wenige Stunden, bevor die letzten Maschinen starteten, griffen Selbstmordattentäter der Terrormiliz „Islamischer Staat“ an einem der Flughafenforen an, vor dem Tausende darauf warteten, einen Platz in einem Evakuierungsflug zu bekommen. Mindestens 85 Menschen – kamen ums Leben, seit Tagen hatte die Geheimdienste vor der wachsenden Terrorgefahr gewarnt. Nun schließt sich das Zeitfenster für die Rettung der im Land Verbliebenen stündlich. Wenn die Amerikaner Afghanistan zum Monatsende verlassen, können Deutschland und andere Verbündete den Flughafen nicht allein schützen. Auch andere Nationen haben ihre Evakuierungsflüge daher vergangene Woche eingestellt.

Was aber wird nun aus den Helfern der westlichen Truppen, die Racheaktionen der radikalislamistischen Taliban fürchten müssen? Zwar hat die Bundeswehr seit dem 17. August mehr als 5.300 Menschen retten können, darunter mehr als 4.000 ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr und besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen wie Journalisten und Menschenrechtsaktivisten. Dem Auswärtigen Amt zufolge befinden sich aber noch etwa 300 Deutsche sowie rund 10.000 Ortskräfte oder anderweitig Schutzbedürftige im Land. In Verhandlungen mit den Taliban will die Bundesregierung erreichen, dass auch sie ausreisen können – Ausgang ungewiss. Die Bundesregierung sieht sich mit unangenehmen Fragen konfrontiert. Warum hat sie die Ortskräfte nicht schon früher in Sicherheit gebracht? Und warum nahm der 20 Jahre währende Afghanistan-Einsatz überhaupt ein so ruhmloses Ende? Erst im April hatte US-Präsident Joe Biden den Abzug der US-Truppen aus Afghanistan bis zum 11. September angekündigt, woraufhin auch die Bundesregierung umgehend den Rückzug der Bundeswehr eingeleitet hatte. Die Taliban eroberten derweil Gebiet um Gebiet, am 15. August standen sie im Zentrum von Kabul. Koalition und Opposition waren sich vergangene Woche im Bundestag einig, dass



Wartende in der Hoffnung auf Evakuierung am 26. August vor den Toren des Kabuler Flughafens. Wenig später töteten dort Selbstmordattentäter der Terrormiliz „Islamischer Staat“ mindestens 85 Menschen. © picture alliance/AA/Haroon Sabawoon

es in der kommenden Legislaturperiode eine parlamentarische Untersuchung zu den Ereignissen geben muss. In der Bild-Zeitung stellte die Vorsitzende des Innenausschusses, Andrea Lindholz (CSU) klar: „Niemand wird sagen, dass wir ohne Aufarbeitung hier rauskommen.“ Die Opposition attackierte die Afghanistan-Politik der Bundesregierung in der Sondersitzung des Parlaments am vergangenen Mittwoch scharf. Sie forderte wegen des Umgangs mit den Ortskräften auch personelle Konsequenzen. Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch sprach vom „schwarzesten Punkt“ in der 16-jährigen Kanzlerschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und urteilte, „die, die daran beteiligt waren, sollten nie wieder Mitglieder einer Bundesregierung sein“. Die „Politik, Soldaten letztlich ohne Strategie in Einsätze zu schicken“, bezeichnete er als gescheitert. **Unterstützung** Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock sagte: „Wenn wir unserer Verantwortung hier als Bundestag nur mit einem kleinsten Ansatz gerecht werden wollen, müssen wir dieses Desaster jetzt aufklären und dürfen es nicht schönreden.“ Sie forderte die Einberufung eines Afghanistan-Gipfels, um mit allen Nato- und Anrainerstaaten über die weitere Unterstützung Afghanistans zu reden.

»Wir haben die Geschwindigkeit der Entwicklung unterschätzt.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

FDP-Fraktions- und Parteichef Christian Lindner verlangte „großzügige und pragmatische Lösungen für diejenigen, die unserer Bundeswehr und den Hilfsorganisationen loyal zur Seite gestanden haben“. Die Bundesregierung müsse sich außerdem umgehend für eine europäische Afghanistan-Politik einsetzen. Flüchtenden sollte „so schnell wie möglich und der Heimat so nah wie möglich“ Sicherheit geboten werden. „Das ist eine europäische Aufgabe.“ Vor einer neuen Flüchtlingswelle nach Deutschland und Europa warnte die AfD. Die Zahl der Einheimischen, die tatsächlich loyal für die Bundeswehr gearbeitet hätten, bewege sich im unteren vierstelligen Bereich, erklärte Fraktionschef Alexander Gauland unter Berufung auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen aus dem Jahre 2018. „Diesen Menschen und ihren Familien können und wollen wir Asyl geben, aber niemandem darüber hinaus“, stelle er klar. Gauland bezeichnete den Afghanistan-Einsatz insgesamt als gescheitert. Wer glaube, „man könne tiefe, ethnisch kulturelle Prägnungen mit Aufklärungskursen und Gender-Mainstreaming therapieren, bezuegt nur eine monstrosöse Ignoranz.“ Zahlreiche Redner richteten den Blick auch über Afghanistan hinaus. So forderte Gabriela Heinrich (SPD) die Einrichtung einer Enquetekommission, in der „wir uns intensiv mit unseren Zielen bei Auslandseinsätzen und auch mit der Zielrichtung unserer Entwicklungspolitik auseinandersetzen“. Zu Beginn der Sitzung hatte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble

(CDU) an die Notwendigkeit appelliert, „im Bündnis schnell überzeugende Antworten zu finden, wie wir künftig unseren universellen Werten Geltung in der Welt verschaffen wollen“. In Afghanistan sei die Staatengemeinschaft mit dem Anspruch, das Land „nach unseren Vorstellungen und Werten umzugestalten“ gescheitert. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gab sich in ihrer vermutlich letzten Regierungserklärung selbstkritisch: „Wir alle zusammen, die wir in Afghanistan engagiert waren, haben die Geschwindigkeit dieser Entwicklung offensichtlich unterschätzt.“

STICHWORT

Parlamentsbeteiligung

> Gesetz Die Bundesregierung muss laut Parlamentsbeteiligungsgesetz von 2005 vor dem Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Ausland dem Bundestag einen Antrag vorlegen. Nur bei „Gefahr im Verzug“ oder wenn „Menschen aus besonderen Gefahrenlagen“ gerettet werden müssen, reicht gemäß Paragraf 5 eine unverzügliche „nachträgliche Zustimmung“ aus.

> Pflichten Bei einer nachträglichen Zustimmung muss der Bundestag „vor Beginn und während des Einsatzes in geeigneter Weise“ unterrichtet werden. Lehnt der Bundestag den Einsatz ab, ist er zu beenden.

Vielleicht, fügte sie hinzu, „waren unsere Ziele zu ehrgeizig“. Sie versprach, die Bundesregierung werde alles tun, um Erreichtes zu bewahren und auch nach Ende der Evakuierungsoperation Afghaninnen und Afghanen zu schützen. Trotz der rasanten Machtübernahme durch die Taliban zeigte Merkel sich überzeugt, „dass die internationale Gemeinschaft in den letzten 20 Jahren in Afghanistan auch Gutes bewirkt hat“. Hinsichtlich des Vorwurfs, die Bundesregierung hätte die Ortskräfte früher evakuieren müssen, sprach die Kanzlerin von einem „Dilemma“. Sie habe noch vor einigen Wochen gute Gründe dafür gesehen, den Menschen in Afghanistan nach dem Abzug der Truppen wenigstens in der Entwicklungszusammenarbeit weiter zu helfen, wofür man auf die Ortskräfte angewiesen sei.

Zustimmung zu Mandat Der Bundestag billigte im Anschluss an die Debatte nachträglich den laufenden Evakuierungseinsatz der Bundeswehr. Möglich war das durch eine Sonderregelung im Parlamentsbeteiligungsgesetz (siehe Stichwort). Für den von der Bundesregierung am 18. August vorgelegten Antrag (19/32022) stimmten in namentlicher Abstimmung 539 Abgeordnete, darunter die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und FDP und fünf Abgeordnete der Linksfraktion. Die neun Nein-Stimmen und 90 Enthaltungen kamen aus den Reihen von AfD und Linken – es war das erste Mal, dass die Mehrheit der Linksfraktion einen Bundeswehreinsatz nicht ablehnte. *Johanna Metz*

FÜNF FRAGEN ZUR: LAGE IN AFGHANISTAN



© Laurence Chaperon

Herr Wadepuhl, wie realistisch ist es, dass nach dem Abzug der Truppen aus Afghanistan noch Menschen evakuiert werden können?
Die Bundesregierung führt dazu bereits die notwendigen Gespräche mit den Taliban. Sie zielen darauf ab, geordnete Verfahren für eine Ausreise zu ermöglichen. Das Land befindet sich humanitär in einer katastrophalen Situation. Die Taliban wissen, dass sie erst wieder die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft bekommen, wenn es ein halbwegs vernünftiges Arrangement gibt.

In welcher Form?
Das kann durch einen Untersuchungsausschuss oder eine Enquetekommission im Bundestag oder eine Kombination aus beidem geschehen. Darüber sollte aber der nächste Bundestag entscheiden. Jetzt können wir das weder festlegen, noch sollten wir etwas ausschließen.

Welche Lehren ergeben sich aus den Erfahrungen in Afghanistan und dem Agieren der USA für uns und die EU?
Es ist zwingend, dass wir unser 20-jähriges Engagement in Afghanistan umfassend und nüchtern analysieren. Auch um in zukünftigen Einsätzen langfristig und nachhaltig erfolgreich zu sein. Diese Analyse betrifft die nationale, aber auch die internationale Ebene der EU und Nato. Schon jetzt ist klar, dass wir als EU autonomer und handlungsfähiger werden müssen, auch durch die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen innerhalb der EU-Außenpolitik. Außerdem brauchen wir eine hinreichend ausgestattete Bundeswehr, die ihre Aufgaben gut erfüllen kann.

Dazu gehört die Beschaffung und der Einsatz von bewaffneten Drohnen zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten und ein Verteidigungsetat in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts laut den Vereinbarungen von Wales, um in die Bundeswehr investieren zu können. Hier werden auch Kritiker im Bundestag über ihren Schatten springen müssen.

Was bedeutet die Lage am Hindukusch für die Sicherheit in Europa?

Ich denke, es ist derzeit noch zu früh, um die Auswirkungen seriös einschätzen zu können. Etwa bei der Frage der Migration nach Europa. Aber wir müssen sicher aufpassen, dass Afghanistan nicht wieder Hort des Terrorismus wird. Die Taliban sind auch innerhalb der muslimischen Welt ein radikaler Zweig. Es besteht jederzeit die Gefahr, dass sie Fundamentalisten herbeibringen, die auch kriegerisch in anderen Ländern vorgehen.

Das Gespräch führte Johanna Metz.

»Die Gespräche zielen darauf ab, eine geordnete Ausreise zu ermöglichen.«

Warum hat Ihre Fraktion im Juni einen Grünen-Antrag zur erleichterten Evakuierung von Ortskräften abgelehnt?
Weil das an der ganzen Situation nichts geändert hätte. Es war unstreitig, dass alle Ortskräfte nach Deutschland gebracht werden sollten. Heute wissen wir, dass die Bundesregierung spätestens im Mai ihre Priorität auf diese Evakuierung hätte setzen müssen. Es muss aufgearbeitet werden, warum das nicht passiert ist.

Hunderttausenden droht der Hungertod

HUMANITÄRE HILFE Hilfsorganisationen wollen in Afghanistan bleiben

Hilfsorganisationen warnen vor einer humanitären Katastrophe in Afghanistan. Laut dem Kinderhilfswerk Unicef leiden dort rund eine Million Kinder unter akuter Mangelernährung. Ohne Behandlung drohe ihnen im Laufe des Jahres der Hungertod. Insgesamt sind nach Angaben der Vereinten Nationen mehr als 18 Millionen Afghaninnen und Afghanen auf Nothilfe angewiesen. Fast 14 Millionen – jeder dritte Mensch in Afghanistan – sei von Hunger bedroht. Die Bundesregierung hat bereits hundert Millionen Soforthilfe für die Versorgung von Flüchtlingen in und um Afghanistan zugesagt. Darüber hinaus stockt sie ihre humanitäre Hilfe für Notleidende in Afghanistan um

500 Millionen Euro auf, wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vergangene Woche auf dem G7-Sondergipfel erklärte. Die Entwicklungszusammenarbeit bleibt indes ausgesetzt. Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan flog die Bundeswehr außerdem auch Helfer deutscher Entwicklungsorganisationen aus dem Land. Humanitäre Organisationen, darunter das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Unicef wollen ihre Arbeit in Afghanistan unterdessen fortsetzen. „Wir haben wenige Tausend Menschen, die das Land bisher verlassen haben, aber wir haben 3,5 Millionen Menschen, die innerhalb des Landes auf der

Flucht sind. Das ist das eigentliche humanitäre Problem in der Situation“, erklärte der Sprecher von UNHCR-Deutschland, Chris Melzer, vergangenes Freitag im Bayerischen Rundfunk. In einer Stellungnahme fordern 17 humanitäre Organisationen Staaten und andere Geldgeber auf, ihre Hilfen für Afghanistan nicht einzustellen und ihre Grenzen für Flüchtlinge offen zu halten. Die WHO plant bereits eine Luftbrücke nach Kabul, um dringend benötigte Hilfsgüter ins Land zu bringen. Die Flugzeuge sollen zwischen der pakistanischen Hauptstadt Islamabad und Kabul pendeln, wie WFP-Exekutivdirektor David Beasley mitteilte. Afghanistan ist schon seit Jahren auf Hilfe angewiesen, durch Dürre, wirtschaftliche Not und zuletzt auch Corona. Die Leiterin des Welternährungsprogramms (WFP) der Vereinten Nationen in Afghanistan, Mary-Ellen McCroarty, warnt vor einer Verschärfung der Situation in den kommenden Monaten. „Wir haben harte Winter in Afghanistan“, sagte sie der Nachrichtenagentur AFP. Schnee könnte viele Gemeinden isolieren. „Wir müssen also vor dem Winter Lebensmittelvorräte in diese Gebiete bringen“, appellierte McCroarty. *juh*



Spielende Kinder in Kabul. Sie gehören zu den mehr als drei Millionen Binnenvertriebenen in Afghanistan. © picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Mariam Zuhaib



Trauer um Kurt Biedenkopf

GEDENKEN Der CDU-Politiker und frühere sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf ist am 12. August im Alter von 91 Jahren verstorben.

Biedenkopf, der seine politische Karriere in den 1970er Jahren begann, war von 1976 bis 1980 und von 1987 bis 1990 Abgeordneter des Deutschen Bundestages und 1979/1980 Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. „Mit Kurt Biedenkopf verliert unser Land einen seiner klügsten politischen Köpfe, einen weitsichtigen Gestalter und charismatischen Christdemokraten“, würdigte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble den Verstorbenen.

Am 28. Januar 1930 in Ludwigshafen geboren, wurde der promovierte Jurist mit nur 37 Jahren Universitätsrektor der Ruhr-Universität Bochum. 1973 avancierte er auf Vorschlag Helmut Kohls zum Generalsekretär der CDU und war zwischenzeitlich Chef des CDU-Landesverbands NRW.

„In Erinnerung bleiben vor allem seine Verdienste um die Deutsche Einheit. Im wiedergegründeten Freistaat Sachsen erkannten die Bürger in ihm einen Landesvater eigenen Typs, dessen Beliebtheit sich in Rekordwahlergebnissen spiegelte.“, sagte Schäuble. Von 1990 bis 2002 regierte Biedenkopf das Bundesland und steuerte es wirtschaftlich erfolgreich durch die schwierige Transformationsphase nach der Wiedervereinigung. „Biedenkopf werde „auf Dauer einen Platz in der sächsischen Geschichte haben“, würdigte Michael Kretschmer (CDU), Sachsens amtierende Ministerpräsident, den Verstorbenen.

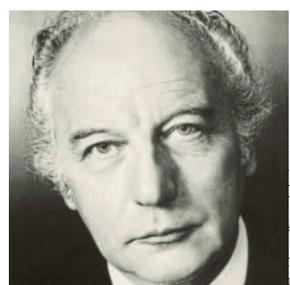
des |

VOR 5 JAHREN...

Per Volkslied zur Popularität

24.8.2016: Walter Scheel ist tot. Er war FDP-Chef, Bundesaußenminister, Vizekanzler, Vizepräsident des Bundestages und Bundespräsident. In Erinnerung blieb er den meisten Deutschen aber als Sänger. Die Rede ist von Walter Scheel, der am 24. August 2016 im Alter von 97 Jahren gestorben ist.

Scheel war in seiner Zeit als Außenminister (1969 bis 1974) unter Bundes-



Der FDP-Politiker Walter Scheel wird 1974 zum Bundespräsidenten gewählt.

kanzler Willy Brandt (SPD) für den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag und die zunächst umstrittene neue Ostpolitik verantwortlich. Mit dem Atomwaffenverbot und den Ostverträgen mit der Sowjetunion, Polen und der CSSR schlug die sozialliberale Koalition einen neuen außenpolitischen Kurs ein – er galt später als Grundstein für die Wiedervereinigung. Von 1974 bis 1979 war Scheel Bundespräsident. In dieser Funktion setzte er sich immer wieder für die Einheit Europas ein. Häufig wandte er sich dabei an junge Menschen und mahnte sie, aus den Fehlern früherer Generationen zu lernen. Den Wunsch von SPD und FDP erneut als Bundespräsident zu kandidieren, lehnte er ab. Sein Nachfolger wurde Karl Carstens. Zu Popularität gelangte Walter Scheel mit einem Volkslied: Für einen guten Zweck schmetterte er 1973 als amtierender Außenminister in einer Fernsehsendung „Hoch auf dem Gelben Wagen“. Die Schallplatte, die er für die „Aktion Sorgenkind“ aufnahm, verkaufte sich bis zum Frühjahr 1974 mehr als 300.000 Mal.

In den Jahren vor seinem Tod zog sich Scheel ins Private zurück. Der an Demenz Erkrankte starb in einem Pflegeheim bei Freiburg.

Benjamin Stahl |

ORTSTERMIN: BEI DER SPRACHBERATUNG DER GFDS IM BUNDESTAG



Sybille Hallik (rechts) und Arne Janssen von der Sprachberatung des Redaktionsstabs der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) stehen Abgeordneten und Verwaltungsmitarbeitern bei sprachlichen Unsicherheiten zur Seite.

»Gendern erfordert Kreativität«

„Ist dieser Satz wirklich richtig? Irgendwie klingt der merkwürdig.“ So oder so ähnlich sehen viele der rund 800 Anfragen aus, die jährlich auf dem Schreibtisch von Sybille Hallik und Arne Janssen landen. Die beiden Linguisten arbeiten bei der Sprachberatung des Redaktionsstabs der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS), die seit mehr als 50 Jahren sowohl Bundestagsverwaltung und Fraktionen sowie den Abgeordneten und ihren Mitarbeitern bei sprachlichen Unsicherheiten zur Seite steht. Da geht es um Rechtschreibung, Grammatik, Zeichensetzung, aber zunehmend auch um Themen wie Leichte, Einfache und geschlechtergerechte Sprache. Die meisten Fragen lassen sich schnell aus dem Kopf beantworten oder mit einem kurzen Blick in ein Nachschlagewerk. Für Fälle, die eine aufwändigere Recherche erfordern, arbeitet die GfDS mit der Dudenredaktion, dem Rechtschreibrat, verschiedenen Bibliotheken und Universitäten oder auch dem Auswärtigen Amt zusammen. Außerdem prüfen Hallik und ihr Kollege jährlich mehr als 200 Texte auf sprachliche Richtigkeit und Verständlichkeit.

Besonders die geschlechtergerechte Sprache wirft viele Fragen auf. Die GfDS sage grundsätzlich Ja zum Gendern und setze sich für diskriminierungsfreie Sprache ein, erklärt Hallik. Die Herausforderung sei dabei, dass die Texte gut les- und vorlesbar, außerdem verständlich und grammatikalisch korrekt sind. Im Hinblick auf Gesetze sei besonders wichtig, dass Eindeutigkeit und Rechtsicherheit gewährleistet seien.

Die Sprachberatung folge bei dieser Textsorte dem Handbuch der Rechtsformlichkeit, das vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz herausgegeben wird, sagt Hallik. Darin ist festgelegt, dass Sparschreibungen, zu denen das Gendersternchen, der Unterstrich, der Genderdoppelpunkt und verwandte Formen zählen, in Gesetzestexten keine Anwendung finden. Generell empfiehlt die Sprachberatung, beispielsweise auf Paarformen wie Leserinnen und Leser, Ersatzformen wie Leserschaft und inhärent generische Wörter wie Mensch oder Person zurückzugreifen, um das generische Maskulinum zu vermeiden. Aber nicht immer ist eine derartige Lösung mög-

lich. „Da muss man ein bisschen kreativ sein“, sagt Hallik. „Die Formulierungen sollten nicht zu sehr vom allgemeinen Sprachgebrauch abweichen, denn das beeinträchtigt die Verständlichkeit und die Akzeptanz.“

Seit 2009 ist die Sprachberatung für die Prüfung von Gesetzestexten in der parlamentarischen Phase des Gesetzgebungsverfahrens zuständig, allerdings nicht verpflichtend. Hallik und ihr Kollege achten dabei vor allem auf sprachliche Richtigkeit und die Verwendung von möglichst verständlicher Sprache, ohne Zugeständnisse bei der Rechtsicherheit zu machen – ein schwieriger Balanceakt. „Bei einigen Gesetzen ist noch deutlich Luft nach oben, was die Verständlichkeit angeht“, sagt Hallik. Für die nächste Legislaturperiode wünscht sie sich deshalb, dass das Parlament die GfDS regelmäßig beteiligt und den Sprachprofil für die Prüfung mehr Zeit einräumt. „Wenn Dienstagabend ein Gesetz in den Ausschuss kommt und es am Mittwoch beschlossen werden soll, können wir keine Sprachprüfung mehr machen“, bedauert Hallik. „Dann ist die Zeit einfach zu knapp.“

Julius Starke |

LESERPOST

Zur Ausgabe 30-31 vom 26. Juli, „Szenen aus dem Müll-Dorado“ auf Seite 3: Die Bäume wachsen nicht in den Himmel hinein, jedoch gar bald unsere (Plastik-)Müllberge. Die Ozeane versinken im Plastikdreck! Wohin nur mit dem Plastikmüll? Ab ins Meer, das geht nicht, wird aber trotzdem gemacht! Plastikmüllvermeidung, aber wer macht mit? In Pandemiezeiten entsteht noch mehr Plastikmüll: Coronatests und Impfkäntchen lassen grüßen. Wer da noch von Plastikmüllvermeidung redet, lügt wie gedruckt und sich in die eigene (Plastik-)Tasche.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Zur Ausgabe 28-29 vom 12. Juli, „Veränderter Grenzverlauf“ auf Seite 3:

Die Autorin versucht, den Begriff „Krankheit“ zu definieren und geht als Medizinhistorikerin in die Zeit zurück und fragt immer wieder, was ist krank und was gesund. Es gibt zwar in der Wirklichkeit keine „allgemeine Krankheit“, ein Allgemeinbegriff von Krankheit besteht aber zu Recht. Rein formal lässt sich der Krankheitsbegriff vom Gesundheitsbegriff gewinnen. Dazu sagte Georg Siegmund: „Gesundheit ist jenes Soll der Natur, das sich im naturhaften Gesundheitswillen als Norm angibt. Jeder Mensch als psychophysischer Organismus trägt in sich die Idee eines ‚besseren Selbst‘, die sich im Laufe geistig verarbeiteter Lebenserfahrung zu immer größerer Klarheit durchdringen kann. Letztlich stellt sie die objektiv gültige Idee seines Wesens dar, die zu verwirklichen und zur

Vollendung zu bringen der Mensch sich selbst auferufen weiß.“

Franz Georg Schröer, Arnsberg

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 13. September.

Ingrid Remmers verstorben

GEDENKEN Am 8. August verstarb Ingrid Remmers, Bundestagsabgeordnete der Fraktion Die Linke, im Alter von 56 Jahren. Die Diplom-Sozialwissenschaftlerin saß von 2009 bis 2013 und dann wieder ab 2017 im Bundestag.

Im nordrhein-westfälischem Ibbenbüren geboren, absolvierte Remmers zunächst eine Ausbildung zur Bürokauffrau, bevor sie auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nachholte und ein Studium der Sozialwissenschaften abschloss.

2004 trat sie der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)“ bei und übernahm von 2005 bis 2007 den Landesvorsitz der WASG NRW. Seit 2007 war sie Mitglied der Partei Die Linke. „Bei ihr schlug das Herz hörbar links“, würdigte Susanne Henning-Wellsov, Parteivorsitzende der Linken, ihre Parteikollegin.

Im Bundestag engagierte sich Remmers im Petitions- und Verkehrsausschuss. Zuletzt fungierte sie als verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble würdigte sie als „überzeugte Gewerkschaftlerin“, die sich für eine ökologisch vertretbare Verkehrspolitik stark gemacht habe.

bmh/ds |



© Die Linke im Bundestag

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Georg Gallus †
Bundestagsabgeordneter 1970-1994, FDP

Am 13. August starb Georg Gallus im Alter von 94 Jahren. Der Agraringenieur und Landwirt aus Hattenhofen/Kreis Göppingen trat 1952 der FDP bei, amtierte 13 Jahre lang als stellvertretender FDP-Vorsitzender in Baden-Württemberg und gehörte von 1976 bis 1980 dem Bundesvorstand sowie von 1988 bis 1991 dem FDP-Präsidium an. 16 Jahre lang war er Gemeinderat und von 1959 bis 1979 Kreistagsabgeordneter. Gallus amtierte von 1976 bis 1993 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeslandwirtschaftsminister.

>Wolfgang Gunkel †
Bundestagsabgeordneter 2005-2017, SPD

Am 13. August starb Wolfgang Gunkel im Alter von 74 Jahren. Der Polizeipräsident aus Klitten/Kreis Görlitz trat 1976 der SPD bei und war längere Zeit Vorsitzender des Unterbezirks Neiß. Gunkel wirkte im Innenausschuss sowie im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe mit.

>Johannes Gerster †
Bundestagsabgeordneter 1972-1976, 1977-1994, CDU

Am 21. August starb Johannes Gerster im Alter von 80 Jahren. Der Jurist aus Mainz schloss sich 1960 der CDU an. Von 1976 bis 1987 stand er an der Spitze des Kreisverbands Mainz, war von 1993 bis 1997 CDU-Vorsitzender in Rheinland-Pfalz und gehörte von 1994 bis 1998 dem Präsidium sowie dem CDU-Bundesvorstand an. Außerdem war er von 1987 bis 1992 innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion und von 1992 bis 1994 deren stellvertretender Vorsitz. Gerster engagierte sich überwiegend im Innenausschuss. Von 2006 bis 2010 war er Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.

>Franz Obermeier
Bundestagsabgeordneter 1998-2013, CSU

Am 25. August wurde Franz Obermeier 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Zolling/Kreis Freising wurde 1968 CSU-Mitglied. Von 1988 bis 2014 gehörte er dem dortigen Kreistag an. Das Amt des hauptamtlichen Bürgermeisters von Zolling hatte er von 1978 bis 1996 inne. Obermeier engagierte sich vorwiegend im Umwelt- sowie im Wirtschaftsausschuss.

>Christel Deichmann
Bundestagsabgeordnete 1994-2002, SPD

Am 29. August beging Christel Deichmann ihren 80. Geburtstag. Die Diplom-Ingenieurin aus Holthusen/Kreis Ludwigslust trat 1990 der SPD bei, war Mitglied des Kreisvorstands Ludwigslust und des Landesvorstands Mecklenburg-Vorpommern. Von 1999 bis 2011 amtierte sie als Bürgermeisterin in Holthusen. Deichmann arbeitete im Ernährungs- sowie im Umweltausschuss mit.

>Undine Kurth
Bundestagsabgeordnete 2002-2013, Bündnis 90/Die Grünen

Undine Kurth wird am 1. September 70 Jahre alt. Die Diplom-Innenarchitektin aus Quedlinburg trat 1994 den Grünen bei und war von 1994 bis 2000 sowie von 2006 bis 2008 Landessprecherin in Sachsen-Anhalt. Von 2000 bis 2002 gehörte sie dem Bundesvorstand an. Kurth, von 2005 bis 2013 Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Fraktion, wirkte im Tourismusausschuss mit.

>Angelika Volquartz
Bundestagsabgeordnete 1998-2003, CDU

Angelika Volquartz wird am 2. September 75 Jahre alt. Die Realschullehrerin aus Kiel schloss sich 1978 der CDU an, war von 1993 bis 2003 Kreisvorsitzende und bis Ende 2012 stellvertretende CDU-Landesvorsitzende. Von 2000 bis 2010 saß sie im CDU-Bundesvorstand. Von 1992 bis 1998 gehörte Volquartz dem Landtag in Kiel an. Im Bundestag wirkte sie im Bildungsausschuss mit. Von 2003 bis 2009 amtierte sie als Kieler Oberbürgermeisterin.

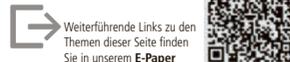
>Otto Reschke
Bundestagsabgeordneter 1980-1998, SPD

Am 9. September begeht Otto Reschke seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Bergingenieur aus Essen, SPD-Mitglied seit 1967, gehörte von 1969 bis 1974 dem Kreistag Düsseldorf-Mettmann an und war von 1975 bis 1980 Ratsherr in Essen. Reschke engagierte sich im Bundestag im Städtebauausschuss, dessen stellvertretender Vorsitz er von 1990 bis 1998 innehatte, sowie im Finanzausschuss.

>Franziska Eichstädt-Bohlig
Bundestagsabgeordnete 1994-2005, Bündnis 90/Die Grünen

Franziska Eichstädt-Bohlig vollendet am 10. September ihr 80. Lebensjahr. Die Diplom-Ingenieurin schloss sich 1993 den Grünen an. Von 2006 bis 2011 gehörte sie dem Berliner Abgeordnetenhaus an und war bis 2009 Fraktionsvorsitzende. Im Bundestag wirkte Eichstädt-Bohlig im Städtebau- sowie im Haushaltsausschuss mit, dessen stellvertretende Vorsitzende sie von 2002 bis 2005 war.

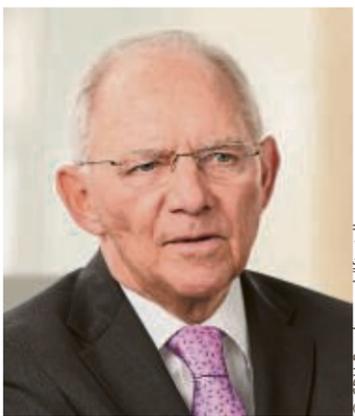
bmh |



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Wir erleben Krisen, Konflikte und Katastrophen



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von uns hatten sich in diesem Sommer eine entspannte Situation erhofft, mehr Normalität, mehr Erholung. Stattdessen erleben wir Krisen, Konflikte und Katastrophen. Die Pandemie, das Hochwasser und die schrecklichen Bilder aus Afghanistan zeigen schonungslos, wie eng die Welt zusammengewachsen, wie eng die Entwicklungen miteinander verflochten sind. Globale Krisen treffen uns, mit weitreichenden Folgen für das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit nationaler Politik und in den Staat, der uns schützen soll.

Die Verzweiflung der Menschen am Flughafen in Kabul zerreißt einem das Herz. Ihr Schicksal erschüttert das Selbstverständnis des Westens, unser Selbstverständnis. In wenigen Tagen ist zusammengebrochen, was wir im Bündnis über zwei Jahrzehnte mit aufgebaut haben. Es ist eine Tragödie für die Afghanen, die nun um ihr Leben fürchten, unter ihnen die Frauen und Mädchen, die lernen durften, selbstbestimmt und selbstbewusst zu leben. Wenn wir in diesen Tagen an die Deutschen denken, die im Einsatz für und in Afghanistan ihr Leben verloren haben, sollten wir nicht vergessen: In den 20 Jahren wurde auch die Saat der Freiheit gesät. Daraus erwächst eine moralische Verpflichtung: Wir dürfen die Menschen nicht im Stich lassen!

Mit dem Anspruch, Afghanistan nach unseren Vorstellungen und Werten umzugestalten, sind wir gescheitert. Wir konnten diesen Kampf nicht gewinnen; aber jetzt

müssen wir mit unseren Verbündeten zeigen, dass wir immerhin der Niederlage gewachsen sind, dass wir den Menschen in Afghanistan Schutz gewähren, die Hoffnungen in uns gesetzt und die uns vor Ort unterstützt haben. Das ist eine Frage der Mitmenschlichkeit angesichts einer unmenschlichen Bedrohung. Nach dem Parlamentsbeteiligungsgesetz bedürfen bewaffnete Einsätze der Bundeswehr bei Gefahr im Verzug und bei geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen zur Rettung von Menschen aus besonderen Gefahrenlagen keiner vorherigen Zustimmung durch den Bundestag. Allerdings besteht die Pflicht, das Parlament zu unterrichten und dessen Zustimmung nachträglich einzuholen. Dazu sind wir heute aufgerufen. Wir denken dabei besonders an unsere Soldatinnen und Soldaten, die in diesem Moment unter Einsatz ihres Lebens erfüllen, wozu uns die Humanität verpflichtet. Ich freue mich, dass auch heute Soldaten der Streitkräfte – Luftwaffe und Heer, darunter Veteranen des Afghanistan-Einsatzes – anwesend sind und unsere Debatte auf der Tribüne verfolgen. Seien Sie uns besonders herzlich willkommen! Die Ereignisse in Afghanistan werfen viele Fragen auf. Die nach der Verantwortung ist eine, und sie wird auch parlamentarisch aufgearbeitet werden. Aber die Welt steht nicht still. Deshalb braucht es auch strategische Weitsicht. Im globalen Wettbewerb der Systeme wird der Autoritätsverlust des Westens längst ausgenutzt. Deshalb müssen wir im Bündnis überzeugende Antworten finden, wie wir künftig unseren universellen Werten Geltung in der Welt verschaffen wollen, wie wir damit umgehen, bei der Rettung von Menschen, bei der Bewältigung der Migration oder beim Kampf gegen den Terror auf die Zusammenarbeit auch mit zweifelhaften Kräften und Regimen angewiesen zu sein.

Wir brauchen die multilaterale Zusammenarbeit, und wir brauchen sie gerade mit Blick auf den Klimawandel. Der Weltklimabericht und die extremen Wetterereignisse mit zerstörerischen Bränden in Europa und anderen Teilen der

Welt zeigen den Ernst der Lage. In unserem eigenen Land brach im Juli ein verheerendes Hochwasser über Dutzende Ortschaften herein. Die Zahl der Menschen, die in den Fluten starben oder noch immer vermisst sind, ist erschütternd. Ihren Hinterbliebenen gilt unser Mitgefühl.

Hunderte wurden verletzt. Familien verloren ihr Zuhause, Landwirte Vieh und Felder, Winzer und Obstbauern ihre Ernte, Betriebe ihre Produktionsanlagen. Von der Rückkehr zu einem geregelten Alltag sind die Menschen weit entfernt. Sie brauchen unbürokratische Überbrückungs- und Wiederaufbauhilfen. Auch deswegen kommen wir zu dieser Sondersitzung zusammen.

Der Klimawandel verlangt von uns einschneidende Veränderungen und kluge Eingriffe in unsere Lebensweise. Wir müssen langfristig denken; aber schon kurzfristig brauchen wir eine deutlich bessere Vorsorge, um auf Extremsituationen schneller reagieren zu können. Das ist eine Frage der Verantwortlichkeit auch für nachfolgende Generationen. Auch das ist Mitmenschlichkeit. Dass wir dazu in der Lage sind, haben viele Flutopfer in der größten Not erfahren. Diese Katastrophe setzte wieder die besten Kräfte in unserer Gesellschaft frei. Privatleute, Rettungskräfte, Angehörige der Bundeswehr arbeiteten in den über-

schwemmten Orten Hand in Hand. Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist offenbar größer, als wir oft wahrnehmen. Für den spontan geleisteten Beistand gebührt den Hilfsorganisationen und den vielen Freiwilligen unser Dank. Sie haben eigene Interessen zurückgestellt und Verantwortung gezeigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie jetzt bitten, sich zum Gedenken an die Opfer der Hochwasserkatastrophe von Ihren Plätzen zu erheben.

Dann möchte ich Sie bitten, im Stehen weiter innezuhalten – zum Gedenken an Abgeordnete, von denen wir Abschied nehmen mussten.

Wir gedenken des verstorbenen Kollegen Martin Hebner. Wir haben ihn in dieser Legislaturperiode als Abgeordneten erlebt, der seine Überzeugungen und Ziele mit hohem Einsatz verfolgte. Schon länger wussten wir um die schwere Krankheit, gegen die der diplomierte Informatiker tapfer gekämpft hat. Er ist im Alter von 61 Jahren seiner Krankheit erlegen.

Wir gedenken der verstorbenen Kollegin Ingrid Remmers. In ihrer parlamentarischen Arbeit machte sich die überzeugte Gewerkschafterin für eine ökologisch vertretbare Verkehrspolitik stark. Ingrid Remmers' persönliche Krankengeschichte nahm in der Debatte um Organspenden eine politische Dimension an. Trotz eigener Betroffenheit konnte sie die Widerspruchslösung nicht mit ihrem Menschenbild vereinbaren. Ingrid Remmers ist Anfang des Monats im

Alter von nur 56 Jahren gestorben.

Unser Mitgefühl gilt den Familien der Verstorbenen sowie auch den Hinterbliebenen zweier ehemaliger Kollegen.

Am Wochenende ist nach schwerer Krankheit Johannes Gerster gestorben, dessen unbändige politische Leidenschaft als langjähriger Parlamentarier vielen von uns noch ebenso präsent ist wie sein herausragender Einsatz für die deutsch-israelische Freundschaft und dafür, Brücken zwischen Israelis und Palästinensern zu bauen.

Bereits am 12. August ist Kurt Biedenkopf gestorben. Seine Zeit

im Bundestag war zwar nur eine knappe Episode in seinem politisch reichen Leben. Aber seine gesellschaftspolitischen Anliegen, seine Ideen zur Neuordnung der Sozialsysteme, zur föderalen Finanz-

ordnung oder zur paritätischen Mitbestimmung schlugen sich immer wieder in den Debatten hier im Hause nieder. Kurt Biedenkopf war ein Grenzgänger zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik und zwischen Ost und West. Nach der Wiedervereinigung ist Kurt Biedenkopf als populärer Landesvater in die Geschichte des Freistaates Sachsen eingegangen. Seine Verdienste um die deutsche Einheit werden bleiben. Ich danke Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Einsicht braucht die Not als Verbündeten.“ Das hat Kurt Biedenkopf einmal gesagt. Das ist ein guter Leitgedanke, auch für heute. Wir sehen viel Not, also lassen wir es bitte nicht an Einsicht fehlen. Und vor allem: Führen wir die Debatte hier im Parlament mit dem Ernst, den die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten. Das ist die beste Werbung für die Wahlen, und das ist unser Beitrag dazu, das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen zu stärken.

Die Ereignisse in Afghanistan werfen viele Fragen auf.



Über eine Lufbrücke fliegt die Bundeswehr gefährdete Personen aus Afghanistan heraus.

© picture alliance/dpa/Bundeswehr | Marc Tessensohn

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

Regierungserklärung und Debatte zur Evakuierung aus Afghanistan / 238. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 25. August 2021

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Wir dürfen und werden Afghanistan nicht vergessen



Angela Merkel (*1954)
Wahlkreis 15

Seit dem Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan werden wir Zeugen davon, wie die Taliban in kürzester Zeit Provinzen und Städte wiedererobern haben und dabei sind, das ganze Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Wir werden Zeugen davon, mit welcher Verzweiflung unzählige Menschen versuchen, auf den internationalen Flughafen in Kabul zu gelangen, um einen Platz in einem rettenden Flugzeug aus dem Land heraus und in die Sicherheit und die Freiheit zu bekommen. Und wir werden Zeugen furchtbarer menschlicher Dramen, wenn zum Beispiel Eltern ihre Babys und Kleinkinder irgendwie über die Mauern des Flughafens in die rettenden Hände verbündeter Soldaten zu bringen versuchen oder wenn Menschen im Gedränge vor dem Flughafen in Panik zu Tode getreten werden.

Die Entwicklungen der letzten Tage sind furchtbar; sie sind bitter. Für viele Menschen in Afghanistan sind sie eine einzige Tragödie, ganz besonders für diejenigen, die sich für eine freie Gesellschaft, für Demokratie und Bildung eingesetzt haben und die nun um ihre Sicherheit fürchten müssen. Die Entwicklungen sind aber auch bitter für alle Verbündeten, die nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 gegen den Terrorismus und für freiheitliche Strukturen gekämpft und gearbeitet haben.

Meine Gedanken sind bei den Soldatinnen und Soldaten, die ihren Einsatz mit ihrem Leben be-

zahlt haben, unter ihnen auch 59 Deutsche. Meine Gedanken sind auch bei all denen, die von ihrem Einsatz in Afghanistan bleibende Verletzungen an Leib und Seele davongetragen haben.

Gestatten Sie mir in dieser Minute auch ganz persönlich, gleichsam stellvertretend an einen Beamten des Bundeskriminalamtes zu erinnern, der im Sommer 2007 zusammen mit Kameraden bei einem Terroranschlag in Afghanistan ums Leben kam. Ich kannte ihn gut, weil er zuvor in meinem Personenschutzkommando gearbeitet hat. Er war, wie damals so viele seiner Kollegen und Kameraden, mit großem Idealismus nach Afghanistan in den Einsatz gegangen. Nur wenige Wochen später, zum Ende des Jahres 2007, wäre sein Afghanistan-Einsatz beendet gewesen, und er wäre in mein Personenschutzkommando zurückgekehrt. Nach seinem Tod habe ich den Kontakt zu seinen Eltern nicht verloren; aber ich kann gleichwohl nur ahnen, wie groß ihr Schmerz und der Schmerz aller Angehörigen von in Afghanistan Gefallenen und ums Leben gekommenen zivilen Helfern gerade jetzt wieder

sein muss, da nach der Machtübernahme der Taliban alles so vergeblich, so umsonst erscheint, auch der Tod ihrer Liebsten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der

Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan die afghanische Regierung und die afghanischen Sicherheitskräfte unter erheblichen politischen und militärischen Druck setzen würde, war natürlich allen bewusst. Sonst hätte die internationale Gemeinschaft sich in den letzten Jahren mit der Entscheidung, aus Afghanistan abzuweichen, nicht so schwergetan. Und dass der gesamte Einsatz mit der Haltung des militärisch Stärksten im Bündnis, der USA, buchstäblich steht und fällt, war uns immer klar. Auch dass es Kämpfe mit den erstarkten Taliban geben könnte, nachdem die internationalen Truppen abgezogen sein würden, haben wir, hat die inter-

nationale Gemeinschaft erwartet.

Unterschätzt aber haben wir, wie umfassend und damit im Ergebnis wie atemberaubend schnell die afghanischen Sicherheitskräfte nach dem Truppenabzug ihren Widerstand gegen die Taliban aufgeben bzw. dass sie einen solchen Widerstand gar nicht erst aufnehmen würden. Das wurde noch einmal beschleunigt in dem Moment, als die politische Führung Afghanistans aus dem Land geflohen war. Wir alle zusammen, die wir in Afghanistan engagiert waren, also die gesamte internationale Koalition, wir alle haben die Geschwindigkeit dieser Entwicklung ganz offensichtlich unterschätzt. Und das gilt auch für Deutschland.

Auch wenn man in der aktuellen Diskussion manchmal einen etwas anderen Eindruck bekommen kann: Deutschland ist ja keinen Sonderweg gegangen, für den es sich jetzt, wie zum Beispiel bei der Enthaltung im Fall Libyens im UN-Sicherheitsrat im Jahre 2011, kritisieren lassen müsste. Nein, wir haben seit 2001 gemeinsam mit unseren Verbündeten gehandelt und tun es auch jetzt in der Evakuierungsoperation. Mit der sich rasant verschlechternden Sicherheitslage haben wir unsere Botschaft in Kabul gemeinsam mit anderen evakuiert. Wie andere Verbündete auch haben wir die Bundeswehr beauftragt, eine Luftbrücke nach Kabul einzurichten, um deutsche Staatsbürger, unsere afghanischen Ortskräfte und besonders gefährdete Afghanen auszufliegen. Deutschland war unter den ersten Alliierten, die mit militärischen Kräften vor Ort eingetroffen sind. In dieser Phase hat die Bundesregierung die Obleute und die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages fortlaufend unterrichtet.

Seit Montag letzter Woche steht die Luftbrücke. Sie ist bereits jetzt die größte Evakuierungsoperation in der Geschichte der Bundeswehr. Über 4 600 Menschen wurden bislang von deutschen Kräften aus Afghanistan ausgeflogen und in Sicherheit gebracht – deutsche Staatsbürger, Afghanen, insgesamt Staatsangehörige aus etwa 45 Nationen. Fast die Hälfte der Ausgeflogenen sind Frauen. Viele andere Staaten beteiligen sich an der Luft-

brücke. Dies ist ein internationaler Einsatz. Die Bundeswehr ist mit fast 500 Soldatinnen und Soldaten und robusten Fähigkeiten am Flughafen Kabul und in Taschkent im Einsatz. Sie bringen nicht nur deutsche Landsleute und weitere Schutzbedürftige in Sicherheit, sondern unterstützen auch unsere amerikanischen Partner dabei, Menschen einen Zugang zu den Flugzeugen zu ermöglichen. Auch Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Kabul unterstützen dabei.

Ich habe am Sonntag mit Brigadegeneral Arlt telefoniert, der den Einsatz der Bundeswehr vor Ort leitet und mir die Bedingungen dieses Einsatzes schilderte. Ich denke, ich darf ihm und allen Soldaten, natürlich auch den Bundespolizisten in Ihrer aller Namen von dieser Stelle aus unsere Anerkennung und unseren größten Dank für die Professionalität und die Ausdauer aussprechen, mit denen die Bundeswehr und die verbündeten Truppen diese so überaus fordernde Lage bewältigen.

Mein Dank gilt auch unseren Kräften in Taschkent in Usbekistan genauso wie der usbekischen Regierung, die uns die Versorgung der ankommenden Menschen ermöglicht. Und wirklich nicht zuletzt danke ich den Mitarbeitern unserer Botschaft in Kabul und im Krisenstab der Bundesregierung, die rund um die Uhr arbeiten. Wir bemühen uns weiterhin mit allen Kräften, vor allem den Afghanen zum Verlassen des Landes zu verhelfen, die Deutschland als Ortskräfte der Bundeswehr, der Polizei und der Entwicklungszusammenarbeit zur Seite gestanden und sich für ein sicheres, freies Land mit Zukunftsperspektiven eingesetzt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele haben gefragt, warum wir die Ortskräfte nicht früher evakuiert haben. Ich kann diese Frage verstehen und möchte ausführlich auf sie eingehen. Das Bild ist differenziert. Seit 2013 haben wir gefährdete Ortskräfte der Bundeswehr und der Polizei und ihre Familienangehörigen über das Ortskräfteverfahren kontinuierlich nach Deutschland geholt, wenn sie von den Taliban bedroht wurden. Zwischen 2013 und August dieses Jahres sind im regulären Verfahren über 1 000 Ortskräfte mit ihren Familienangehörigen eingereist, insgesamt über 4 800 Menschen. Nach der Abzugsentscheidung der verbündeten Truppen haben in einem beschleunigten Verfahren 2 500 Ortskräfte und Familienangehörige Visa erhalten, und mit der Zuspitzung

der Lage im Land wurde ein Visum nicht mehr erforderlich. – Das war die eine Seite.

Auf der anderen Seite waren wir immer von der Überzeugung geleitet, auch nach dem Abzug der internationalen Truppen für die Menschen in Afghanistan unsere deutsche Entwicklungszusammenarbeit fortsetzen zu wollen. Wir wollten ihnen auch unter schwieriger werdenden Bedingungen zur Seite stehen. Dafür sind wir auf Menschen vor Ort, also auf unsere Ortskräfte, angewiesen. Auch von ihnen waren sehr viele zur weiteren Arbeit in Afghanistan entschlossen. Und wenn ich das sage, dann will ich in keiner Weise die Verantwortung für getroffene Entscheidungen auf diese Menschen mit ihrer Haltung, zu helfen, abschieben. Aber ich möchte auf ein Dilemma bei Entscheidungen dieser Art hinweisen. Stellen wir uns für einen Moment vor, Deutschland hätte im Frühjahr nicht nur mit dem Abzug der Bundeswehr begonnen, sondern gleich auch mit dem Abzug von Mitarbeitern und Ortskräften deutscher Hilfsorganisationen. Manche hätten dies sicher als vorausschauende Vorsicht gewürdigt, andere dagegen als eine Haltung abgelehnt, mit der die Menschen in Afghanistan im Stich gelassen und ihrem Schicksal überlassen werden. Beide Sichtweisen haben ihre Berechtigung. Aber bitte gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine etwas zugespitzte persönliche Anmerkung: Hinterher, im Nachhinein präzise Analysen und Bewertungen zu machen, das ist nicht wirklich kompliziert. Hinterher, im Nachhinein alles genau zu wissen und exakt vorherzusehen, das ist relativ müheelos. Wir, die internationale Staatengemeinschaft, konnten aber nicht hinterher, im Nachhinein entscheiden, sondern mussten es in der damaligen Situation tun, in der es sehr gute Gründe dafür gab, den Menschen in Afghanistan nach dem Abzug der Truppen wenigstens in der Entwicklungszusammenarbeit weiter zur Seite zu stehen, ganz konkrete Basishilfe, von Geburtsstationen bis zur Wasser- und Stromversorgung, zu leisten. Jetzt aber, da die Lage so ist, wie sie ist, konzentrieren wir uns mit ganzer Kraft auf die Evakuierungsflüge am Flughafen Kabul. Wir setzen uns für den Zugang für unsere Staatsangehörigen, Ortskräfte und schutzbedürftige Afghanen zum Flughafen ein. Darüber sprechen wir auch mit den Taliban.

Das Ende der Luftbrücke in einigen Tagen, zu dem der amerikanische Präsident Joe Biden gestern

auch in den G-7-Beratungen kein neues Datum genannt hat – ich habe darüber gestern berichtet –, darf nicht das Ende der Bemühungen bedeuten, afghanische Ortskräfte zu schützen und den Afghanen zu helfen, die durch den Vormarsch der Taliban in noch größere Not gestürzt worden sind. Deshalb wird in diesen Tagen intensiv auf allen Ebenen daran gearbeitet, wie wir auch dann Wege schaffen können, weiter diejenigen, die uns geholfen haben, zu schützen, unter anderem durch einen zivilen Betrieb des Flughafens in Kabul.

Außerdem geht es darum, humanitäre Hilfe für diejenigen zu leisten, die jetzt diese Hilfe mehr denn je brauchen. Die Vereinten Nationen und insbesondere ihre Hilfsorganisationen beabsichtigen, ihre Arbeit in Afghanistan fortzusetzen, solange die Lage es zulässt. Dafür bin ich sehr dankbar. Tausende Menschen sind seit dem Vormarsch der Taliban auf der Flucht im eigenen Land oder versuchen, in Nachbarländer zu fliehen. Daher gilt es nun, zum einen in Afghanistan selbst den Menschen zu helfen, die es brauchen, und zum anderen dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge in der unmittelbaren Nachbarschaft, in den Nachbarstaaten Afghanistans, in der Region Sicherheit, Schutz und Perspektiven finden. Dazu benötigen vor allem das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, die Welthungerhilfe, UNICEF, die Weltgesundheitsorganisation, das Welternährungsprogramm und die Nachbarn Afghanistans unsere Unterstützung. Die Bundesregierung beabsichtigt daher, neben den 100 Millionen Euro Soforthilfe weitere 500 Millionen Euro für die humanitäre Hilfe in Afghanistan und als Hilfe für die Nachbarstaaten, die Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen, bereitzustellen. Ich habe dazu mit dem Hohen Flüchtlingskommissar, Filippo Grandi, gesprochen, ebenso mit dem Premierminister Pakistans, Imran Khan, und dem türkischen Präsidenten, Recep Tayyip Erdogan.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz der rasanten Machtübernahme durch die Taliban bin ich überzeugt, dass die internationale Gemeinschaft in den letzten 20 Jahren in Afghanistan auch Gutes bewirkt hat. Deutschland hat hierzu substanziell beigetragen und seinen Teil der Verantwortung übernommen, nicht zuletzt durch den parlamentarisch kontinuierlich breit unterstützten Einsatz der Bundeswehr. Wir haben das Ziel erreicht, das 2001 am Anfang des Einsatzes stand: Von Afghanistan sind seither keine internationalen Terroranschläge mehr ausgegangen. – Das war ein konkreter Beitrag zur Sicherheit unseres Landes und ist ein bleibendes Verdienst unserer Soldatinnen und Soldaten. Dafür gebühren ihnen der Dank und die Anerkennung unseres Landes.

Gleichwohl dürfen wir nicht die Augen vor der Gefahr verschließen, dass Afghanistan mit dem Abzug der Verbündeten wieder ein Hort internationaler Terrorgefahr werden kann. Das muss verhindert werden. Der internationale Einsatz in Afghanistan war für die Menschen in Afghanistan aber nicht vergebens, jedenfalls für viele individuelle Schicksale nicht. Das sehen wir allein schon, wenn wir auf ganz elementare Dinge schauen. So hat sich die Kindersterblichkeit in den letzten 20 Jahren halbiert. Fast 70 Prozent der Afghanen haben Zugang zu Trinkwasser; noch vor zehn Jahren waren es nur 20 Prozent. Über 90 Prozent der afghanischen Bevölkerung haben Zugang zu Strom; 2011 waren es nicht einmal 20 Prozent.

Aber klar ist: Die Taliban sind jetzt Realität in Afghanistan. Und viele Menschen in Afghanistan haben große Angst; davon zeugen nicht zuletzt die dramatischen Szenen am Flughafen. Diese neue Realität ist bitter; aber wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen. Unser Ziel muss sein, dass so viel wie möglich von dem, was wir den letzten 20 Jahren an Veränderungen in Afghanistan erreicht haben, bewahrt wird. Darüber muss die internationale Gemeinschaft auch mit den Taliban sprechen; unkonditionierte Verabredungen allerdings kann und darf es nicht geben. Uns allen ist klar: Das wird schwer. Aber wir müssen es versuchen. Wie wir dabei vorgehen, werden wir mit unseren europäischen und internationalen Partnern sehr eng abstimmen. In der EU, der NATO und den G 7 haben die Beratungen hierzu schon begonnen; auch mit Russlands Präsident Putin habe ich darüber gesprochen. Dieser Dialog muss fortgesetzt werden. Gleichwohl haben wir die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan erst einmal gestoppt. Das war unerlässlich. Auch die EU, die Weltbank und der IWF haben beschlossen, Zahlungen an Afghanistan zunächst einzustellen. Auch das war unerlässlich.

Lassen Sie mich in drei Punkten zusammenfassen, was wir jetzt in und für Afghanistan tun.

Erstens. Wir setzen die Evakuierungsoperation so lange wie möglich fort, um auch Afghaninnen und Afghanen, die sich mit uns für Sicherheit, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung eingesetzt haben, das Verlassen des Landes zu ermöglichen.

Zweitens. Wir unterstützen die Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen bei der Notversorgung der Menschen in Afghanistan, insbesondere das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen bei der Versorgung geflüchteter Afghanen in den Ländern der unmittelbaren Nachbarschaft. Hierfür werden wir uns auch innerhalb der Europäischen Union einsetzen.

Drittens. Wir scheuen nicht davor zurück, Gespräche mit den Taliban

zu führen, um etwas von dem, was den Menschen in Afghanistan in den letzten 20 Jahren zugute gekommen ist, bewahren zu können und um nach der Evakuierung weiterhin Menschen zu schützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in wenigen Wochen werden wir der verheerenden Terroranschläge des 11. September 2001 auf die Vereinigten Staaten von Amerika gedenken. Die Angriffe wurden damals von Afghanistan aus geplant. Die Taliban hatten Ende der 90er-Jahre die Terrororganisation al-Qaida beherbergt und sie so in die Lage versetzt, Dschihadisten auszubilden und Anschläge zu planen. Es war die Bekämpfung des von Afghanistan ausgehenden Terrors, die uns, nachdem die USA nach Artikel 5 des NATO-Vertrages die NATO um Beistand gebeten hatten, dazu bewegen hatte, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan zu beginnen – aus Solidarität mit unseren amerikanischen Verbündeten, aber auch zu unserer eigenen Sicherheit.

Der Satz des früheren Bundesverteidigungsministers Peter Struck, wonach unsere Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt werde, brachte dieses Ziel wie kein anderer auf den Punkt. Und diesen Auftrag hatte die Bundeswehr in der NATO erfüllt. Was als Einsatz gegen internationale Terroristen begann, wurde bald zu einem größeren Bemühen. So wandte sich der frühere Bundesaußenminister Joschka Fischer zur Eröffnung der Afghanistan-Konferenz der Vereinten Nationen auf dem Petersberg bei Bonn am 27. November 2001 unter anderem mit folgenden Worten an die afghanischen Gäste – ich zitiere –:

„Ich appelliere an Sie: Schließen Sie einen wahrhaft historischen Kompromiss, der das Schicksal Ihres geschundenen Landes und seiner Menschen dauerhaft und nachhaltig zum Besseren wendet. ... Das Engagement der internationalen Gemeinschaft wird nicht mit dem kommenden Frühjahr enden. Die Menschen in Afghanistan sollen wissen, dass sie auch nach dem Kampf gegen die Terroristen der Al-Qaida und gegen das Taliban-Regime nicht allein gelassen werden.“

In diesem Sinne machte es sich die internationale Gemeinschaft zum Ziel, freiheitliche Strukturen aufzubauen, Sicherheitskräfte auszubilden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken, Menschenrechte, allen voran die Rechte von Mädchen und Frauen, zu verteidigen, Journalisten, Künstler und Unternehmer zu fördern, um bürgerliche Freiheiten zu stärken. Das war aller Ehren wert.

Und doch müssen wir uns heute angesichts der Lage kritische Fragen stellen. Warum ist es zu dem von Joschka Fischer vor bald 20 Jahren so richtigerweise beschworenen historischen Kompromiss der Afghanen untereinander nie so gekommen, dass daraus langfristige Stabili-

tät entstehen konnte? Waren unsere Ziele zu ehrgeizig? Kamen diese Ziele und die mit ihnen verbundenen Werte bei aller Unterstützung aus der afghanischen Zivilgesellschaft wirklich bei der Mehrheit der Menschen in Afghanistan an? Hätten die großen kulturellen Unterschiede ernster genommen, historische Erfahrungen stärker gewichtet werden müssen? Haben wir das Maß der Korruption bzw. ihre Wirkung bei den Verantwortlichen in Afghanistan unterschätzt? Hat sich die internationale Gemeinschaft ausreichend für eine politische Befriedung und einen tatsächlich inklusiven politischen Prozess eingesetzt? War es nicht mindestens extrem riskant, wenn nicht sogar falsch, in dem Abkommen der USA mit den Taliban zum Truppenabzug, das 2020 in Doha verhandelt wurde, feste Abzugsdaten zu verfügen? Wurde auch in diesem Zusammenhang die Kampfbereitschaft der afghanischen Streitkräfte überschätzt?

Ich stelle diese Fragen in dem Wissen, dass es vermessen wäre, schon heute fundierte oder gar abschließende Antworten zu geben. Dafür werden wir Zeit brauchen, und diese Zeit sollten wir uns nehmen. Denn von den Antworten wird abhängen, welche politischen Ziele wir uns realistischerweise für zukünftige und für aktuelle weitere Einsätze im Ausland setzen dürfen. Dabei ist klar, dass jedes Engagement anders und daher einzeln zu bewerten ist. Und ebenso klar ist, dass eine solche Analyse gemeinsam mit unseren Verbündeten in der

NATO und im Kreis der Europäischen Union erfolgen muss.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, unsere unmittelbare Aufmerksamkeit liegt jetzt auf der Evakuierungsoperation. Angesichts der Gefahr im Verzug hat die Bundesregierung den Einsatz vor Zustimmung des Bundestages begonnen. Das vorliegende Mandat enthält alle erforderlichen militärischen Fähigkeiten und rechtlichen Möglichkeiten, um den Evakuierungsauftrag unter den schwierigen Bedingungen bestmöglich zu erfüllen.

Seit der ersten Entsendung von Bundeswehrangehörigen 2001 nach Afghanistan haben alle Mandatsanpassungen und Mandatsverlängerungen eine breite Unterstützung in diesem Parlament erhalten. Ich bitte Sie auch um Zustimmung zum vorliegenden Mandat für die Evakuierungsmission, wissend, wie bitter es ist, ein solches Mandat als Bundesregierung überhaupt einbringen zu müssen, aber auch in dem Bewusstsein, dass vieles in der Geschichte einen sehr langen Atem braucht. Deshalb dürfen und werden wir Afghanistan nicht vergessen. Auch wenn es in dieser bitteren Stunde nicht danach aussieht, so bin und bleibe ich der festen Überzeugung, dass keine Gewalt und keine Ideologie den Drang der Menschen nach Freiheit, nach Gerechtigkeit und nach Frieden dauerhaft aufhalten können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Aber klar ist:
Die Taliban
sind jetzt
Realität
in
Afghanistan.**

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Es darf kein zweites 2015 geben



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

In Afghanistan sind die Ergebnisse eines 20 Jahre dauernden westlichen Engagements binnen weniger Tage pulverisiert worden. Die Taliban konnten das

Land zurückerobern, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, und die deutsche Regierung wusste von nichts. Der BND wusste von nichts; Außenminister Maas war völlig überrascht. Während die Taliban Kabul einnahmen, saß die Kanzlerin im Kino, und die Verteidigungsministerin buk öffentlich Flammkuchen.

Der Einsatz hat 59 Bundeswehrsoldaten das Leben gekostet und Hunderte die Gesundheit. Milliarden Euro wurden am Hindukusch verpulvert. Und wofür das alles? Die USA haben nach den Anschlägen des 11. September 2001 einen Krieg gegen den Terror eröffnet

Fortsetzung auf nächster Seite

und Truppen an den Hindukusch geschickt. Es war der schiere Aktionismus einer attackierten Großmacht. Also musste ein Kriegsgrund nachgeliefert werden. Er hörte auf freundliche Namen wie „Demokratieexport“ oder „Nation-Building“. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer begründete den Einsatz im Nachhinein mit Frauenrechten. Ohne die Bundeswehr, sagte sie – die Kanzlerin hat es ja heute wiederholt -, gäbe es wahrscheinlich bis heute keine Schulen für Mädchen und keine Frauen in höchsten Ämtern.

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren: Um Geschlechtergerechtigkeit in die muslimische Welt zu tragen, mussten deutsche Männer dort ihr Leben lassen. Wie viele afghanische Frauen in höchsten Ämtern oder Mädchen in Schulen wiegen eigentlich einen toten deutschen Soldaten

auf?

Im März 2004 hatte der Verteidigungsminister Peter Struck – die Kanzlerin hat daran erinnert – erklärt: Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt. – Heute können wir angesichts der zu erwartenden Migrationsströme aus Afghanistan Herrn Struck nachträglich korrigieren. Richtig muss es heißen: Die Sicherheit Deutschlands ist auch am Hindukusch zuerst gefährdet und dann verloren worden.

Während die Bundeswehr dort offiziell den Terror, die Frauenunterdrückung und gewalttätige Stammesstrukturen bekämpfte, importiert die Politik die Träger solcher Strukturen nach Deutschland. Die Soldaten hielten am Hindukusch ihre Knochen für eine Politik hin, die den Hindukusch nach Deutschland bringt. Die Verbündeten waren immer

um ein Jahr, eine Armee und eine Idee im Rückstand.

In Afghanistan ist die Idee der „One World“ und des Exports der westlichen Lebensart krachend gescheitert. Unsere Werte, meine Damen und Herren, sind nicht universell. Die Afghanen pfeifen in ihrer Mehrheit auf die Verwestlichung. Wer glaubt, man könne generationentief ethnisch-kulturelle Prägungen mit Aufklärungskursen und Gender-Mainstreaming therapieren, bezeugt nur eine monströse Ignoranz. Es ist nicht einfach jede Kultur mit jeder anderen Kultur kompatibel. Viele Menschen wollen partout nicht leben wie wir – und wir auch nicht wie sie. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es töricht und mitunter lebensgefährlich, sie zu uns zu holen. Dennoch fordert die EU-Innenkommissarin Johansson, gefährdete Personen aus Afghanistan rasch nach Europa umzusie-

deln, damit sie hier eine neue Heimat finden. Deren Zahl schätzt sie auf bis zu 5 Millionen; dieselbe Zahl hat der Bundesinnenminister verbreitet. Das, meine Damen und Herren, ist kompletter Wahnsinn!

Nach Einschätzung hochrangiger Militärs, die lange in Afghanistan gedient haben, bewegt sich die Zahl der Ortskräfte, also der Einheimischen, die tatsächlich loyal für die Bundeswehr gearbeitet haben, im unteren vierstelligen Bereich. Auf eine Anfrage der Grünen aus dem Jahre 2018 nannte die Regierung 576 Ortskräfte. Diesen Menschen und ihren Familien können und wollen wir Asyl geben, aber niemandem darüber hinaus.

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz hat bereits erklärt, sein Land werde keinen einzigen Afghanen aufnehmen. Die meisten anderen Europäer werden ähnlich reagieren. Ein zweites

2015 verkraftet unser Land weder finanziell noch sicherheitspolitisch. Die Lektion aus dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr lautet: Unsere Armee hat im Ausland nichts zu suchen. Ausnahmen gibt es da, wo unmittelbare deutsche Interessen betroffen sind, etwa bei der Bekämpfung der Piraterie. Ansonsten ist sie ausschließlich ein Instrument der Landesverteidigung. Statt im Orient die Frauenrechte gegen die Taliban zu verteidigen, soll sie lieber die deutschen Grenzen vor Gefahren schützen, die sich aus dem Zustrom von Menschen ergeben, denen unsere Art, zu leben, völlig fremd ist.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Es braucht eine schonungslose Aufarbeitung der Geschehnisse



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Die meisten Deutschen und Afghanen teilen in diesen Tagen den Schmerz und das Entsetzen über die Machtübernahme der Taliban. Die Ereignisse werden für immer tief in unserem kollektiven Gedächtnis eingegraben bleiben. Dazu gehören die Bilder und Schilderungen aus Kabul, wie auch die Fehler und Versäumnisse der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der afghanischen Regierungen.

Für meine Fraktion sage ich klipp und klar: Wir werden die Geschehnisse schonungslos aufklären und Konsequenzen für die Ausrichtung internationaler Einsätze und die Arbeit der Ressorts ziehen. Das kann man am besten in einer Enquete-Kommission mit Abgeordneten, Wissenschaftlern und Praktikern tun. Deswegen, meine Damen und Herren, lade ich Sie ein, dieses Gremium nach

der Konstituierung des neuen Deutschen Bundestages mit uns gemeinsam einzusetzen.

Wenn bereits heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, einige glauben, Antworten auf die vielen Fragen geben zu können, so ist das vermessend. Angeblich gut klingende geschlossene Expertenzirkel wie ein Nationaler Sicherheitsrat können die Herausforderungen nicht meistern. Eine demokratische, von den vielen getragene Außen- und Sicherheitspolitik ist anspruchsvoller, als manche meinen. So was kann man nicht delegieren. Unser Engagement ist nicht die Quersumme verschiedener Meinungen. Was wir vielmehr brauchen, ist ein Regierungschef mit Augenmaß, gestützt auf langjährige Erfahrung und Kompetenz, meine Damen und Herren.

Die Situation in Afghanistan bleibt auch in diesen Stunden brandgefährlich. Wir danken den Bundeswehrsoldaten für den noch nicht abgeschlossenen Rettungseinsatz. Für sie entscheiden wir heute über die Rechtssicherheit der notwendigen Maßnahmen. Ich bitte daher alle Fraktionen, sich hier heute nicht zu verweigern.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, danke ich den Polizistinnen und Polizisten und den Diplomaten vor Ort, die derzeit alles für die Ausreise derjenigen tun, die bedroht sind. In diesen Dank möchte ich die einschließen, die freiwillig in Afghanistan bleiben

und ihre Arbeit fortsetzen wollen. Auch ihnen gilt unsere Anerkennung.

Wie Sie wissen, ist die deutsch-afghanische Geschichte von längerer Dauer und reichhaltiger als die bitteren Ereignisse der letzten Wochen. Vor 100 Jahren wurde die Deutsch-Afghanische Handelsgesellschaft gegründet. 270 000 Afghanen leben derzeit in Deutschland. Viele bekennen sich zu ihrer neuen Heimat, darunter Ärzte, Pflegekräfte und Industriearbeiter. Sie arbeiten mit in Vereinen und Nachbarschaftshilfen.

Und es gibt noch viele andere, scheinbar unbedeutende Geschichten, so etwa die langjährige Partnerschaft zwischen dem Kölner und dem Kabuler Zoo. Das Schicksal eines Löwen, den ein Taliban-Kämpfer beim Abzug 2002 absichtlich verletzte, berührte damals, vor 20 Jahren, viele Menschen auch in Deutschland. Das Foto wurde zum Sinnbild für die Brutalität und die Sinnlosigkeit des Krieges; aber es stand auch für die Notwendigkeit der internationalen Hilfe und Zusammenarbeit. Daran hat sich nichts geändert. Von uns wird es abhängen, ob wir aus den Fehlern, aber auch aus besseren Zeiten lernen wollen, meine Damen und Herren.

Lieber Herr Kollege Gauland, Peter Struck ein Zitat in den Mund zu legen, das anders ist als das, was er damals gesagt hat, verbitte ich mir. Vergreifen Sie sich nicht an meinem ehemaligen Kollegen

Peter Struck!

Ich sage Ihnen: Gegenwärtig müssen wir uns jedoch auf die aktuellen Herausforderungen konzentrieren; die Bundeskanzlerin hat es gesagt. Die weitere Evakuierung und Politik schließen Gespräche mit den Taliban ein. Um das zu erkennen, braucht man keine Nachhilfe in Diplomatie. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Einsicht bereits 2007 bestanden hätte, als Kurt Beck, wohlgerichtet in einer Schwächephase der Taliban, diese Möglichkeit erwogen hatte. Ich erinnere mich noch gut: Mit welchem Hohn und welcher Häme wurde er von denjenigen überschüttet, die heute leider schon wieder alles besser wissen. Es ist und bleibt ein Trauerspiel, aber auch ein Lehrstück über die Empörungsreflexe unserer Zeit.

Deswegen sage ich: Vielleicht wäre es angemessen, wenn die sogenannten Experten außerhalb des Parlaments ebenso wie diejenigen, die ihnen oft eine Bühne geben, einmal innehalten und ihre Fehler reflektieren würden, meine Damen und Herren.

Insofern warten auch noch viele weitere Aufgaben auf die deutsche Außenpolitik. Die Bundeskanzlerin hat einige Fragen aufgeworfen, aber auch Herausforderungen benannt. An vorderster Stelle steht, einen weiteren Bürgerkrieg in Afghanistan zu verhindern; darauf ist auch die deutsche Außenpolitik ausgerichtet. Der Außenminister ist neben der Krisenbewältigung bemüht, diese Übergangsregierung, die sich in Afghanistan zumindest anbietet, als Chance für die internationale Politik zu begreifen. Das ist die Kunst der Diplomatie; sie versucht, vielleicht nur den Bruchteil eines Momentes zu schaffen, damit die Menschen vor Ort zumindest eine Chance

haben.

Dazu gehört, weiterhin humanitäre Hilfe zu leisten. 3,5 Millionen Binnenflüchtlinge, 2,6 Millionen Flüchtlinge in den Nachbarländern – für meine Fraktion sage ich: Diese Mittel werden wir aufbringen. Als Haushaltsgesetzgeber stellen wir sie auch in Zukunft bereit. Das Gleiche gilt für das Resettlement-Programm des UNHCR. Meine Damen und Herren, das ist gut investiertes Geld in Humanität.

Gleichzeitig spielen auch strukturelle Bedingungen eine große Rolle. Seit mehreren Jahren herrscht in Afghanistan eine große Dürre. Viele Dörfer sind unbewohnbar, und ohne langfristige Hilfe haben die Menschen dort keine Chance auf Rückkehr; auch das sollten wir wissen.

Aber auf der anderen Seite müssen wir auch das Gegeneinander von Indien und Pakistan sehen, die Afghanistan leider seit Jahrzehnten in ihrer Machtauseinandersetzung missbrauchen. Es handelt sich immerhin um zwei Atomkräfte. Deswegen sage ich: Ja, wir müssen mit diesen Nachbarländern nicht nur in Gespräche kommen, sondern auch in Verhandlungen; das schließt den Iran ein, meine Damen und Herren.

Schließlich haben wir sozusagen aktuell vor Augen geführt bekommen, dass auch die Umwälzungen der internationalen Beziehungen in Afghanistan mit Händen zu greifen sind. Das Foto einer afghanischen Delegation, die vom chinesischen Außenminister empfangen wurde, wird sich möglicherweise in zehn Jahren in den Schulbüchern als Beispiel für eine Umwälzung in den internationalen Beziehungen wiederfinden. Das ist erneut ein Beleg dafür, dass die Außenpolitik großer Mächte

– dabei meine ich auch die USA – zuerst und allein den eigenen Interessen dient. Auch daraus müssen wir lernen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Angesichts dieser Komplexität wie die Grünen zu behaupten, ein Antrag hätte viele Probleme gelöst, ist Augenwischerei. Die For-

derungen Ihres Antrags waren zum Zeitpunkt der Abstimmung schon nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Das wissen Sie gut; denn 16 Innenminister – auch Innenminister der von Ihnen mitregierten Länder – hatten zu diesem Zeitpunkt bereits einen ganz anderen Beschluss gefasst. Ich kann

nur sagen: Ich vermute, dass es Ihnen um etwas ganz anderes ging. Sie wollten die Konfusion in Ihrer Afghanistan-Politik überspielen. Die letzte Abstimmung im März: 14 Jastimmen, 14 Enthaltungen, 32 Neinstimmen. Aber die Heuchelei wird erst dann deutlich, wenn man sieht, dass Sie bis zum

letzten Augenblick, bis zur letzten Stunde in den Regierungen vertreten waren, die Menschen nach Afghanistan abschieben wollten; das werde ich Ihnen nicht vergessen.

Deswegen mein Rat: Helfen Sie dabei, die Versäumnisse, egal ob auf Bundes- oder Landesebene, aufzuarbeiten, und ziehen Sie mit

uns die richtigen Konsequenzen für eine zukünftige gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Innenpolitik!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Christian Lindner, FDP:

Deutsche Bürokratie darf kein Menschenleben kosten



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Bilder, die uns aus Afghanistan erreichen, sind erschütternd; sie sind schmerzhaft. Menschen riskieren alles, um sich über den einzig verbliebenen Weg in Freiheit und Sicherheit zu bringen. Wie grenzenlos muss die Angst, wie grenzenlos muss die Verzweiflung sein, wenn eine Mutter oder ein Vater das eigene Kind über eine Mauer in die Hand eines fremden Soldaten gibt, völlig im Ungewissen, was danach passiert? Wir müssen Ursache und Wirkung der Ereignisse analysieren, die politische Verantwortung muss zugeordnet werden, und personelle Konsequenzen müssen folgen. Aber heute ist dafür nicht die Gelegenheit.

Die internationale Gemeinschaft hat eine humanitäre Verantwortung und moralische Verpflichtung, den Menschen zu helfen. Jetzt steht die Linderung von Leid im Zentrum, und dafür hat die Bundesregierung die volle Unterstützung der Fraktion der Freien Demokraten.

Auch unsere Gedanken sind bei den mutigen Soldatinnen und Soldaten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Dienstes, die in dieser Stunde in Kabul unter Einsatz ihres Lebens Menschen retten. Wir wünschen ihnen bei diesem heldenhaften Einsatz viel Erfolg und eine gesunde Heimkehr. Die Menschen in Afghanistan brauchen schnelle Hilfe. Wir müssen großzügige und pragmatische Lösungen für diejenigen finden, die unserer Bundeswehr und den Hilfsorganisationen loyal zur Seite ge-

standen haben, und auch die besonders gefährdeten Gruppen wie Frauen- und Menschenrechtsaktivistinnen, auch Journalisten müssen in Sicherheit gebracht werden. Deutsche Bürokratie darf hier kein Menschenleben fordern.

Die Machtergreifung der Taliban lässt zudem eine Fluchtbewegung befürchten, die durch eine drohende Hungerkatastrophe verschärft wird. 14 Millionen Afghaninnen und Afghanen sind vom Hunger bedroht. Diese humanitäre Katastrophe müssen wir verhindern, indem wir die internationalen Organisationen stärken. Es war geplant, die Entwicklungszusammenarbeit mit Nachbarstaaten wie Tadschikistan einzuschränken. Auch dieses Vorhaben offenbart eine unzureichende Lageeinschätzung in der Region. Es wäre ein Fehler, jetzt in der Nachbarschaft Afghanistans nicht zu helfen.

In diesen Staaten müssen Flüchtlinge unter menschenwürdigen Bedingungen Schutz finden. Wir müssen dazu auch die Mittel des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen stärken. Dieser Verantwortung darf sich niemand entziehen – auch nicht die Vereinigten Staaten, die geografisch weit entfernt sind, politisch aber unmittelbar Verantwortung zu tragen haben.

Die Dimension der Aufgabe und ihre Dringlichkeit sind Anlass für eine gemeinsame europäische Afghanistan-Politik. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben dazu Andeutungen gemacht, die uns aber noch nicht ausreichen. Wir bitten Sie herzlich, dass von Ihrer Regierung ausgehend umgehend die Initiative ergriffen wird für einen EU-Sondergipfel der Regierungschefinnen und -chefs. Wir stellen das in einem Antrag auch zur Abstimmung und werben um Zustimmung. Denn: Humanität heißt nicht, Flüchtlinge auf den gefährlichen Weg nach Europa zu zwingen; Humanität heißt, ihnen so schnell wie möglich und der Heimat so nah wie möglich Sicherheit zu bieten. Das ist eine europäische Aufgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Erfolg der Evakuierungsmission

liegt nun beklagenswerterweise in den Händen der Taliban. Diese Abhängigkeit hätte nie eintreten dürfen. Schon heute wissen wir ja, dass längst nicht alle, für die wir Verantwortung tragen, rechtzeitig ausgeflogen werden können. Wir müssen uns die Frage stellen: Wie konnte es dazu kommen? Frankreich hat schon am 10. Mai mit der Evakuierung afghanischer Ortskräfte begonnen. In Deutschland erklärte der Außenminister am 9. Juni hingegen hier im Bundestag auf eine Frage meiner Fraktion, dass es nicht die Grundlage seiner Annahme sei, dass die Taliban in wenigen Wochen das Zepter in der Hand haben. Am 23. Juni haben die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und meine Fraktion hier im Bundestag Anträge gestellt, in Details unterschiedlich, aber einig darin, die Aufnahme afghanischer Ortskräfte zu erleichtern. Die regierungstragenden Fraktionen haben seinerzeit abgelehnt. Die aktuelle Situation in Afghanistan ist eine Katastrophe, aber sie kommt nicht aus dem Nichts. Hunderte Menschen mehr hätten evakuiert werden können. Auch dieser Verantwortung muss die Regierung sich stellen. Die Fäden der Verantwortlichkeit laufen beim Auswärtigen Amt zusammen. Die Rekonstruktion und Aufarbeitung ist nicht in einigen Sondersitzungen getan. Der Kollege der SPD hat eine Enquete-Kommission für die nächste Wahlperiode angeregt. Wir haben Zweifel, ob eine Enquete-Kommission das geeignete Instrument zur Aufklärung ist; denn die Vernehmung von Zeugen und auch die Sichtung von eingestuften Dokumenten wären so nicht möglich. Mindestens für die Endphase des Abzugs ist das Mittel des parlamentarischen Untersuchungsausschusses empfehlenswert.

Frau Bundeskanzlerin, die Fragen, die Sie hier eben im Nachhinein aufgeworfen haben, hat Ihnen meine Fraktion in den vergangenen Jahren regelmäßig gestellt. Wir haben seit Jahren eine Exit-Strategie und eine Evaluation des Einsatzes gefordert. Tatsächlich ist der Einsatz ja nun auch vor allem an einem

fehlenden eindeutigen Ziel gescheitert. Ob es ein militärischer Sieg über die Taliban war, das Auslösen von Safe Havens für den internationalen Terrorismus oder Nation Building: Nie wurde offen darüber gesprochen, wofür sich Deutschland einsetzt. Und das war ein Fehler.

Wegen dieser fehlenden Strategie, der fehlenden Anpassung an politische und militärische Entwicklungen haben wir ja bereits bei den letzten Mandatsverlängerungen unsere Bedenken vorgetragen. Es ist fraglich, ob NATO und Bundeswehr überhaupt Nation Building von außen leisten können, wenn von innen Unterstützung fehlt. Zu einer vorausschauenden Politik gehört deshalb, die Grenzen des Machbaren zu erkennen. Sie wurden uns in Afghanistan aufgezeigt, und wir müssen gemeinsam in unserem westlichen Bündnis daraus die Lehren für künftige und aktuelle Einsätze ziehen. Wir dürfen uns in Zukunft zudem nicht von dynamischen Entwicklungen überrollen lassen. Wir müssen sie eher vorhersehen und Strategien schnell anpassen.

Wir schlagen einen Bundessicherheitsrat vor, der das Kanzleramt, das Verteidigungsministerium, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung institutionell vernetzt. Denn die letzten Tage und Wochen haben den Eindruck organisierter Unverantwortlichkeit verstärkt, und das muss Folgen für die Sicherheitspolitik unseres Landes haben. Der CDU-Vorsitzende Armin Laschet hat dazu im Mai bereits einen sinnvollen Vorschlag in die Diskussion eingebracht. Es wäre vernünftig, wenn diesem Vorschlag von Herrn Laschet gefolgt würde, übrigens auch von der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. Die Unterstützung der FDP wäre Ihnen sicher.

Einem Akteur indessen ist das Scheitern nicht vorzuwerfen: der Bundeswehr. Sie hat unter den Bedingungen das in ihrer Macht Stehende getan. Fast 150 000 Soldatinnen und Soldaten waren in den vergangenen 20 Jahren in Afghanistan im Einsatz; 59 – die Frau Bundeskanzlerin hat es gesagt – sind dort gefallen. Wir sehen, wie die Frustration der Veteranen steigt, weil sie

das Gefühl haben, dass ihre jahrzehntelange Arbeit nicht gewürdigt wird, weil man ihre Verbündeten im Stich gelassen hat und weil sie das Gefühl haben, dass man sich für ihre Belange nicht interessiert. Wann war die Bundeskanzlerin zuletzt bei unseren Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan? Warum hat niemand die Heimkehrer in Deutschland empfangen? So sollte man nicht mit den Soldatinnen und Soldaten umgehen. Sie haben in Afghanistan ihre Pflicht erfüllt. Um es klar zu sagen: Dieses Land und dieses Parlament können stolz auf diese Bundeswehr sein.

Aber zum Respekt gehört auch, unserer Armee die bestmögliche Ausstattung zu gewähren. Nur so kann sie ihre Aufträge effizient und umfassend erfüllen. Man kann nicht auf der einen Seite die Handlungsunfähigkeit der Bundeswehr bemängeln und auf der anderen Seite

die Anschaffung moderner Militärtechnik wie bewaffneter Drohnen blockieren. Das passt nicht zusammen.

Es ist beunruhigend, dass die Bundeswehr heute nicht in der Lage ist, so eine Evakuierungsoperation aus eigener

Kraft zu leisten. Es ist beunruhigend, dass sich unsere Soldaten nicht ausreichend aus der Luft absichern können. Es ist daher Zeit, dass SPD und Grüne ihr bisweilen gestörtes Verhältnis zur Bundeswehr prüfen.

Ich komme zum Schluss. Ist es tatsächlich so, dass die Linkspartei diesem Mandat heute nicht zustimmen will? Ja? Dann, wenn Sie sich einem solchen Mandat verweigern, stelle ich fest: Stabiles Regieren wäre mit dieser Fraktion der Linkspartei nicht möglich. Wir erwarten von Herrn Scholz und Frau Baerbock, dass sie sich dieser Feststellung anschließen, dass mit einer Linkspartei kein Staat zu machen ist, die in einer solchen Situation unsere Soldatinnen und Soldaten in Rechtsunsicherheit lässt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jan Korte (DIE LINKE): Aber mit Ihnen schon? Das hat man ja gemerkt! Ausgerechnet Lindner sagt das! – Alexander Dobrindt (CDU/CSU), an die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt: Genau! Sagen Sie doch, dass Sie mit Kommunisten regieren wollen!)

Der Erfolg der Mission liegt nun beklagenswerterweise in den Händen der Taliban.

Dr. Johann David Wadephul, CDU:

Rechtlicher und politischer Rückhalt für die Soldaten



© Laurence Chaperon

Johann David Wadephul (*1963)
Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde

W Weil der Kollege Gauland hier erneut den Eindruck erweckt hat, es sei dem afghanischen Volk sozusagen innewohnend, Frauen und Mädchen zu unterdrücken und zu missbrauchen, möchte ich dem einmal entgegentreten: Das ist ungeheuerlich, Herr Kollege Gauland! Und jeder Einsatz von Soldatinnen und Soldaten, der Frauen und Mädchen ein menschenwürdiges Leben in Afghanistan ermöglicht hat, war richtig, war notwendig, und dahinter stehen wir politisch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Schauen Sie sich mal das mutige Beispiel der Bürgermeisterin Zarifa Ghafari an, die jetzt in Deutschland angekommen ist und die dem widerstanden hat. Es gibt dort diese mutigen Frauen, und hinter denen haben wir gestanden und sollten wir weiterhin stehen. Wir sollten uns nicht einreden lassen, dass Unterdrückung solcher imponierenden Persönlichkeiten irgendwie Afghanistan-immanent ist. Das ist falsch.

Diese Debatte ist keine Alltagsdebatte, sondern ist eine außerordentlich schwierige Debatte, auch für dieses Parlament, das die Bundeswehr regelmäßig in schwierigste Einsätze schickt. Die Lage in Kabul ist aber so gefährlich für die Frauen und Männer, die für uns dort jetzt im Auswärtigen Dienst und als Angehörige der Bundeswehr Dienst leisten, dass wir ihnen unsere Anerkennung zollen sollten. Was sie dort leisten, ist großartig. Die Soldaten haben geschworen, tapfer zu sein. Das sind sie. Unter größten Gefahren, unter kaum vorstellbaren Schwierigkeiten, unter ungeheurem Stress und schwersten seelischen Belastungen retten sie Tausende Menschen – Menschen, deren Verzweiflung kaum Grenzen kennt, Frauen, Kinder, Männer, die befürchten müssen, Opfer der Rache der Tali-

ban zu werden. Um sie zu retten, steht die Bundeswehr Seite an Seite mit Soldatinnen und Soldaten der USA, Großbritanniens, Italiens und vieler anderer Verbündeter für eine Brücke der Hoffnung. Dafür sind wir ihnen unendlich dankbar. Wir stehen als Parlament und Nation in der Schuld dieser Frauen und Männer, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Ich danke der militärischen Führung, aber auch der Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt, Verteidigungsministerin Anngret Kramp-Karrenbauer. Sie hat in bester Auftragstaktik General Arlt und allen militärischen Führern vor Ort Handlungsfreiheit zugesichert und gesagt, dass sie dafür politisch hier in Berlin einsteht. Die Frau Wehrbeauftragte hat das gewürdigt. Ich will mich dem anschließen. Ich glaube, das ganze Haus, auch die FDP-Fraktion, sollte an dieser Stelle der Verteidigungsministerin den Rücken stärken und ihr Respekt und Anerkennung für ihren Dienst zollen.

Dass es so weit kommen musste, ist Folge dramatischer militärischer Entwicklungen. Diese Koalition hatte unter schwierigen Diskussionen das Mandat bis zum Januar des nächsten Jahres verlängert, weil wir in der Tat die Sorge hatten, dass es schnell zu einem Kollaps kommen könnte, auch wenn keiner erwartet hat, dass es so rasch und rapide geht, wie es jetzt gegangen ist. Aber wir wollten an der Seite der Afghaninnen und Afghanen stehen und müssen an dieser Stelle feststellen, dass wir ein Opfer auch der Handlungsunfähigkeit Europas geworden sind. Wir sind – die Bundeskanzlerin hat das unterstrichen – an dieser Stelle schlicht und ergreifend nach wie vor auf die Vereinigten Staaten von Amerika allein angewiesen.

Für mich sind dreierlei Dinge wichtig:

Erstens. Wir brauchen jetzt politischen und rechtlichen Rückhalt für die Soldatinnen und Soldaten. Wir haben von Anfang an gesagt: Das Mandat ist notwendig. Ich wiederhole das, was der Kollege Lindner gesagt hat: Das, was die Linke sich hier leistet, das macht mich fassungslos. Sie stellen Ihren ideologischen Hass gegen die Bundeswehr über das höchste Gebot, die Rettung von Menschen; und das ist unter keinem Aspekt moralisch und politisch zu rechtfertigen. Ihre Scheinheiligkeit kennt keine Grenzen. Wer dieses

Land regieren will – ich kann mich der Aufforderung nur anschließen –, der muss – Sie haben ja einen Kollegen, den Kollegen Höhn, der sich entschlossen hat, für das Mandat zu stimmen. Ich muss dem Kollegen Höhn an der Stelle sagen: Ich weiß, wie schwierig so was in einer Fraktion ist. Meine volle Anerkennung! Es gibt also auch in der Linksfraktion noch Menschen, die Handeln und Denken übereinbringen können. Also, es gibt Hoffnung für die Zukunft.

Das Zweite ist: Wir sind es nicht nur den Soldatinnen und Soldaten, sondern wohl allen über 150 000 Frauen und Männern, die 20 Jahre Dienst am Hindukusch geleistet haben, schuldig, nüchtern und umfassend aufzuarbeiten, was geschehen ist. Da schließe ich mich den Worten des Kollegen Mützenich an. Es geht um unser Handeln in den verschiedensten Phasen seit 2001. Es geht um die Bundeswehr, aber auch die ande-

ren Ressorts. Das muss aufgearbeitet werden. Wie – das sage ich aus Respekt und Demut vor dem nächsten Bundestag, dem 20., der zu wählen ist –, das soll der nächste Bundestag entscheiden. Ich sage für die CDU/CSU-Fraktion: Wir vertreten politisch die Auffassung, dass alles schonungslos aufgearbeitet werden muss. Das schulden wir allen Soldaten; das schulden wir allen Mitarbeitern, die dort für uns tätig gewesen sind. Es ist vollkommen klar: Das muss geschehen.

Aber wir bleiben auch dabei, dass wir für dieses Land, für die Menschen und insbesondere für die Frauen und Mädchen viel erreicht haben: ein besseres, ein menschenwürdiges Leben, eine gewisse Teilhabe am politischen Leben – ich habe gerade die Bürgermeisterin erwähnt –, Bildung ist ermöglicht worden; ein Aufbau des Staates ist erreicht worden. Das gilt es jetzt zu sichern. Wir dürfen Afghanistan auch in der Zukunft nicht allein lassen, sondern wir müssen uns verpflichtet fühlen, auch in den nächsten Jahren an der Seite dieses Staates zu stehen. Dazu fühlen wir uns verpflichtet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der nächste Punkt ist die Frage: Wie stellen wir uns für die Zu-

kunft auf? Herr Lindner, es ist vollkommen richtig: Die CDU/CSU-Fraktion unterstützt selbstverständlich – die Idee kam auch aus unseren Reihen – den Vorschlag von Armin Laschet, einen nationalen Sicherheitsrat einzurichten. Ich glaube, das ist ganz richtig.

Die Bundeswehr braucht allerdings eine hinreichende Unterstützung. Heute hier maximalen Einsatz zu verlangen, aber bei Debatten über den Verteidigungsetat die 2-Prozent-Vereinbarung von Wales zu negieren und sie nicht erfüllen zu wollen und sich bei schwierigen Debatten über die Bewaffnung von Drohnen wegzuducken, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen, das geht nicht. Wir müssen hinter der Bundeswehr stehen. Wir müssen sie ausrüsten, wenn wir sie in so schwierige Einsätze schicken. Dafür steht die CDU/CSU-Fraktion. Ich bitte Sie um Zustimmung für dieses Mandat.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Alexander Gauland (AfD): Pure Ablenkung! Andere angreifen! Die eigene Pleite nicht eingestehen!)

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

20 Jahre Krieg gegen den Terror sind gescheitert



© Inga Haas

Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Die Bilder, die uns aus Afghanistan erreichen, sie sind furchtbar, herzerreißend, sie sind erschütternd. Sie bringen das Desaster zum Ausdruck, das Sie in Afghanistan mit angerichtet haben.

Die Folgen dieses Desasters, meine Damen und Herren, werden wir erst in vielen Jahren erfassen können. Meine Fraktion – die Grünen auch – hatte Sie im Juni aufgefordert, die Familien – ich zitiere das – schnell und unbürokratisch zu evakuieren. Frankreich

hat das im Mai gemacht. Sie haben das abgelehnt. Das war kurzzeitig, das war kaltherzig, und das war verantwortungslos. Alle deutschen Staatsbürger hätten spätestens zu diesem Zeitpunkt aus Afghanistan evakuiert werden müssen, jede Ortskraft der Bundeswehr, des Auswärtigen Amtes, der GIZ, Menschenrechtsaktivisten, Journalistinnen und Journalisten. Sie alle hätten gerettet werden können, wenn Sie nach 20 Jahren realistisch auf den Vormarsch der Taliban geschaut hätten. Man hätte eben das größte Risiko annehmen müssen. Stattdessen Handlungsunfähigkeit. „Wir haben die Lage falsch eingeschätzt“, sagen Außenminister und Verteidigungsministerin fast gleichlautend. Auch der Bundesnachrichtendienst ist völlig blank, ebenso alle anderen. Nein, es ist ein Desaster, meine Damen und Herren. Es ist ein Desaster!

Herr Kollege Wadephul hat eben und sogar auch in der Öffentlichkeit von 20 guten Jahren für Afghanistan gesprochen. Meine Fraktion hat Menschenrechts-

aktivisten eingeladen, wir haben dort auch viel Unterstützung gegeben. Aber ich kann nur sagen: 50 000 tote Zivilisten, viele Frauen und Kinder, 66 000 tote afghanische Soldaten und Polizisten, 3 600 tote Soldaten der Allianz, 2,5 Millionen afghanische Flüchtlinge, die das Land schon verlassen haben, 4 Millionen Kinder, die nicht zur Schule gehen, und nach 20 Jahren leben 72 Prozent der Afghanen unter der Armutsgrenze. 20 gute Jahre? „Nichts ist gut in Afghanistan“, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich dieses Zitat von Margot Käßmann hier im Juni verwendet habe, da wurde ich noch beschimpft. Bleiben Sie eigentlich dabei?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 59 tote Bundeswehrosoldaten, viele verwundete Soldaten, Tausende unserer Soldaten haben Traumatisches erlebt, mit lebenslangen Folgen, viele erleiden einen Rückfall angesichts der aktuellen Entwicklung. Frau Bundeskanzlerin, ich glaube Ihnen zwar Ihre Betroffenheit – Sie haben das sehr persönlich geschildert –, aber

wie wollen Sie von der Regierung den Angehörigen und denen, die jetzt traumatisiert sind, in die Augen schauen? Wofür haben die Soldaten ihre Gesundheit, gar ihr Leben gelassen? Wofür haben die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler 12,5 Milliarden Euro aufgebracht? Ich will mal dazusagen: 12 Milliarden Euro für das Militär und nur 500 Millionen Euro für zivile Projekte.

Ich will Sie daran erinnern, dass Sie vor fünf Monaten, am 4. März 2021, die Verlängerung des Einsatzes mit folgenden Worten begründet haben – ich zitiere aus dem Mandatstext -: „Durch den deutschen militärischen Beitrag im Rahmen der NATO-Mission ... konnte die Leistungsfähigkeit der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte an den Standorten Masar-e Scharif und Kunduz zur selbstständigen Wahrnehmung von Sicherheitsverantwortung weiter gesteigert werden.“ Und weiter: „Das deutsche zivile Engagement hat zur Entstehung eines demokratisch kontrollierten Staatswesens, das sich zur Wahrung universeller Menschenrechte bekennt, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, zum Zugang zu Bildung sowie insbesondere zur Stärkung der Rechte von Frauen und Kindern beitragen können.“

Was für ein Hohn! Was für eine naive Sicht! Und Union und SPD haben dem zugestimmt.

Herr Lindner, ich will Sie dran er-

innern: Sie haben, wie immer, zugestimmt. Und jetzt sich hinzustellen und zu sagen: „Wir haben das besser gewusst“, das ist auch einigermaßen wohlfeil.

Herr Maas, Frau Kramp-Karrenbauer, Herr Seehofer, die letzten Wochen sind unentschuldig. Die Folgen Ihrer Fehler gefährden Menschenleben. Sie sind in Ihren Ämtern gescheitert. Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, warum sind Sie nicht eingeschritten? Evakuieren und dann abziehen, das ist die logische Reihenfolge. Dafür, dass Ihre Minister dabei versagt haben, die rechtzeitige und geordnete Evakuierung auf den Weg zu bringen, tragen Sie die politische Verantwortung. Sie haben diesen Krieg zwar von SPD und Grünen geerbt, aber viel zu wenig getan, um ihn zu beenden. Der gescheiterte Afghanistan-Einsatz ist der schwärzeste Punkt in Ihrer 16 jährigen Kanzlerschaft, meine Damen und Herren.

Aber Ihre Regierung setzt auch jetzt auf Bürokratie anstatt zuallererst auf Rettung. Kurz vor dem Ende der Evakuierungsflüge – das kann ja schon heute sein, wie im Verteidigungsausschuss gesagt worden ist – ändern Sie die Möglichkeit, auszufliegen – jetzt! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, glauben Sie, dass sich die Taliban bei ihren Racheaktionen an unsere bürokratischen Regeln halten? Es braucht eine gleichberechtigte Rettung aller, meine Damen und Herren!

Marcus Grotian, Hauptmann der

Bundeswehr und Gründer des Patenschaftsnetzwerkes Afghanische Ortskräfte sagt:

„Aufgrund von politischen Entscheidungen, die bürokratisch und fein säuberlich umgesetzt werden mussten, haben wir 80 Prozent der Ortskräfte in Afghanistan zurückgelassen.“

Und weiter sagt er:

„Alle anderen Länder evakuieren jetzt alle Ortskräfte. Wir evakuieren die, die man ausgewählt hat.“

Ich sage: Das ist unmenschlich, und das ist auch nicht hinnehmbar. Wir stehen in der Schuld unserer afghanischen Partnerinnen und Partner.

Und weil das hier ja so kritisch genannt worden ist, will ich es ganz ausdrücklich sagen: Ich bedanke mich bei allen Kräften der Bundeswehr, die derzeit unter Einsatz ihres Lebens das Leben anderer retten. Herzlichen Dank auch den Diplomaten und den Mitarbeitern der GIZ und vielen anderen! Von wegen ideologischer Hass – das Gegenteil ist der Fall! Sie tragen die Verantwortung für deren militärische Situation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 20 Jahre Krieg gegen den Terror sind gescheitert. Der Versuch, Demokratie zu exportieren, ist gescheitert. Die Taliban gehen wieder auf Menschenjagd, Frauen werden in die Burka gezwungen und trauen sich nicht mehr aus dem Haus. Und die Taliban sind jetzt besser ausgestattet als je zuvor. Sie haben dank

erbeuteter US-Waffen eine Armee auf NATO-Niveau, modernste Technik. Die Taliban sind stärker als vor dem 20-jährigen Krieg, haben eine neue Generation von Kämpfern rekrutiert.

Deutschland hat in den letzten Jahren für 420 Millionen Euro Waffen und Material nach Afghanistan exportiert. Die letzte Lieferung wurde noch in diesem Jahr genehmigt. Dazu, was davon in den Händen der Taliban gelandet ist, liegen Ihnen wie beim Vormarsch der Taliban – und wieder Zitat – „keine Informationen vor“. Dass es bis heute keinen Rüstungsexportstopp in die Region gibt, ist der reine Wahnsinn. Rüstungsexporte aus Deutschland nach Pakistan und nach Katar: Das ist unverantwortlich! Während die USA Staatsbürger und Afghanen nach Katar ausfliegen, fliegt der Emir aus Katar den Talibanchef mit der Luftwaffe von Doha nach Kandahar. Verlogener geht es nicht, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht jetzt ganz klar darum, in den letzten Stunden so viele Menschen aus der Hölle Afghanistan auszufliegen, wie es irgendwie möglich ist. Das bedeutet nicht, sich nur auf Kabul zu konzentrieren. Wie sollen denn die Ortskräfte und Lehrerinnen aus Kandahar oder aus

Kunduz den Weg dahin schaffen? Wenn Heiko Maas jetzt sagt: „Die Zeit wird nicht ausreichen, alle auszufliegen, die wir ausfliegen wollen“, heißt das doch: Wir überlassen diese Menschen den mörderischen Taliban.

Wir brauchen jetzt uneingeschränkte Solidarität mit unseren Mitbürgern in Afghanistan und den Ortskräften, den Politikerinnen, Menschenrechtsaktivisten, Frauenrecht-

rinnen usw. Danach, meine Damen und Herren, brauchen wir Aufarbeitung und Konsequenzen, auch personelle. Die, die daran beteiligt waren, sollten nie wieder Mitglieder einer Bundesregierung sein. Der nächste Bundestag muss per Untersuchungsausschuss dringend alles aufklären und aufarbeiten, schonungslos – ich freue mich, Rolf Mützenich -, schonungslos, Herr Wadephul; sehr damit einverstanden.

Aber Ihre Politik, Soldaten letztlich ohne Strategie in Einsätze zu schicken, ist gescheitert. Und lassen Sie uns endlich Schluss machen mit den blutigen Profiten aus Rüstungsexporten. Sie kleben wie ein Schandfleck an unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Annalena Baerbock, Bündnis 90/Die Grünen:

Untersuchungsausschuss statt Enquete-Kommission



Annalena Baerbock (*1980)
Landesliste Brandenburg

Die Bilder aus Afghanistan der letzten Wochen waren und sind kaum auszuhalten. Viele von Ihnen, viele von uns, haben Anrufe von Menschen bekommen, die für ein deutsches Unternehmen dort arbeiten und sagen: „Ich bin hier mit meinen kleinen Kindern und ich komme einfach nicht mehr raus“, von Menschen, die jahre-

lang für deutsche Hilfsorganisationen gearbeitet haben und fragen: Was sollen wir denn jetzt noch machen? Verzweifelte Menschen am Flughafen, und zwischendurch hört man Schüsse und sieht rennende kleine Kinder. Nach der gestrigen Entscheidung der G 7 und Ihrer Ansage, Herr Außenminister – wir kriegen nicht mehr alle Menschen raus, – müssen wir uns vergegenwärtigen, dass diese Bilder furchtbare Realität werden. Und ehrlich gesagt, verstehe ich da einige dieser Debattenbeiträge der Großen Koalition an dieser Stelle gar nicht – getragen von der Haltung: Irgendwie ist es ja doch nicht so schlimm gelaufen.

Was können Sie diesen Menschen sagen? Das sind deutsche Staatsangehörige, die mit der Ansage des deutschen Außenministers – wir kriegen nicht mehr alle raus –, jetzt in Afghanistan bleiben, mit kleinen Kindern. Das sind Frauenrechtlerinnen und

Frauenrechtler, über die noch vor einer Woche gesagt wurde: Die holen wir da jetzt raus. – Die werden jetzt dort bleiben, weil Sie gesagt haben: In zwei Tagen ist dieser Evakuierungseinsatz zu Ende.

Wenn wir unserer Verantwortung hier als Deutscher Bundestag – wir diskutieren hier ja als Parlament – nur mit einem kleinsten Ansatz gerecht werden wollen, dann müssen wir dieses Desaster jetzt aufklären und dürfen es nicht schönreden. Das sind wir nicht nur den afghanischen Ortskräften, das sind wir nicht nur den über 100 deutschen Staatsangehörigen, die nach wie vor dort sind, das sind wir nicht nur den Frauenrechtlerinnen und Frauenrechtlern schuldig, die sich auf das Versprechen der Bundesregierung verlassen haben: „Wir holen euch raus“, sondern auch den Soldatinnen und Soldaten, den Bundespolizisten, den Diplomaten und Hilfsorganisationen, die unter widrigsten

Umständen in den letzten 20 Jahren und zum Teil unter Lebensgefahr alles dafür getan haben, um Menschen zu schützen, um das Land aufzubauen, um Infrastruktur aufzubauen, Bildung, Wasserversorgung, eine Zivilgesellschaft. All denjenigen sind wir jetzt schuldig, zu sagen, wo die Fehler gelegen haben.

Stellvertretend für alle hier will ich auch Herrn Hauptmann Marcus Grotian nennen. Er und viele andere haben in den letzten Wochen in Eigenregie versucht, weil Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden sind, Ortskräfte außer Landes zu holen.

Natürlich stimmen wir als Grüne diesem Mandat jetzt zu. Aber das bedeutet doch nicht, dass wir diesem Mandat zustimmen, wenn wir sagen, Soldatinnen und Soldaten haben bis zuletzt alles getan, dann sollten wir den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr auch ganz genau zuhören. Denn Herr Grotian hat auch noch gesagt – und damit trifft er den Kern des Problems -: „Wir sind von der eigenen Regierung moralisch verletzt, und das ist beschämend.“ Es unterstreicht, in welchem außenpolitisches Desaster Sie als Bundesregierung in den letzten

Wochen nicht nur die deutsche Bundeswehr, sondern die Menschen in Afghanistan, die sich auf unsere Hilfe verlassen haben, geführt haben.

Natürlich ist Außenpolitik, Frau Bundeskanzlerin – Sie haben Joschka Fischer zitiert -, nie einfach. Das ist ganz oft ein Dilemma. Es ist oftmals die Wahl zwischen Pest und Cholera. Und trotzdem bedeutet das dann: Man muss in Krisensituationen eine Entscheidung treffen. Und das bedeutet dann auch, dass wir, wenn eine Verteidigungsministerin hier sagt: „Ich habe Fehler gemacht“, dann doch auch sagen müssen: Was ist der Kern dieser Fehler gewesen?

Und der Kern dieser Fehler ist nicht gewesen, dass man sich in einem Dilemma entscheiden muss, sondern dass Sie als deutsche Bundesregierung – und das bezieht den Außenminister, die Verteidigungsministerin, den Innenminister, aber eben auch das Kanzleramt und den Vizekanzler mit ein – politisch in den letzten Wochen, als man handeln musste, entschieden haben, dass innenpolitische Motive höher gewertet

Fortsetzung auf nächster Seite

werden als unsere deutsche außenpolitische Verantwortung. Warum sonst haben Sie Alarmsignale und Warnungen von deutschen Diplomaten vor Ort einfach weggewischt? Noch am 23. Juni haben wir hier in diesem Haus mit unserem Antrag zum Gruppenverfahren für Ortskräfte darum geworben, dass diese Ortskräfte herausgeholt werden, weil ihr Leben bedroht ist. Und im April, als US-Präsident Biden den Abzug angekündigt hat, haben wir auch hier an dieser Stelle darüber gesprochen, dass natürlich der Lagebericht zu Afghanistan durch das SPD-geführte Außenministerium angepasst werden muss. – Herr Mützenich, das wissen Sie ganz genau. Warum haben Sie das nicht getan? Man kann ja jede Entscheidung begründen. Aber dann muss man auch dazu stehen. Warum haben Sie das nicht getan? Weil Sie weiter nach Afghanistan abschieben wollten. Das gehört zur Ehrlichkeit der Debatte mit dazu.

Noch wenige Tage vor dem Fall Kabuls erklärte Horst Seehofer als Innenminister gegenüber der EU in einem Brief – das können Sie nachlesen –, dass man bitte weiter nach Afghanistan abschieben soll. Ebenso erklärte der Vizekanzler Olaf Scholz in einem Interview zu diesem Zeitpunkt, dass man an den Abschiebungen weiter festhalten wolle. Noch letzte Woche ha-

ben Sie im Innenausschuss – letzte Woche im Innenausschuss! – erklärt, mit den Visa habe es eigentlich nicht so viele Probleme gegeben; man hätte die ja über IOM in anderen Ländern beantragen können. Entweder wussten Sie nicht, wie die Lage in Afghanistan war, oder Sie verschließen ganz bewusst Ihre Augen.

Sie haben die politische Entscheidung dafür getroffen, dass Visaverfahren kaum mehr möglich waren. Sprechen Sie doch mal mit den Ortskräften, die diese Visa beantragen haben! Sie hätten nach Pakistan ausreisen müssen, wohin man gar nicht mehr ausreisen konnte. Da kann man doch nicht sagen: Es war theoretisch möglich. – Nein, die Menschen waren in einer Falle. Wenn wir jetzt daraus politische Konsequenzen ziehen wollen – und das haben Sie ja alle gesagt: wir müssen das aufklären –, dann bedeutet das doch auch, dass man bereit ist, sich an einen Tisch zu setzen und sich ehrlich zu fragen: Was ist wo schiefgelaufen? Wer wusste was? Warum wurden die Informationen der Dienste nicht ausgewertet? Deswegen braucht es einen Untersuchungsausschuss.

Liebe SPD, lieber Herr Mützenich, Sie sind ja lange genug im Parlament. Nach außen klingt das irgendwie gleich: Untersuchungsausschuss oder Enquete-Kommis-

sion. Aber jeder, der in diesem Parlament hier sitzt, weiß ganz genau, was der Unterschied ist: Bei dem einen kann man Zeugen einladen und die Bereitstellung von Akten beantragen, bei dem anderen werden Schlussfolgerungen für die Zukunft getroffen. Wie sollen wir denn Schlussfolgerungen für die Zukunft treffen, wenn wir nicht bereit sind, über Fehler der Vergangenheit zu reden? Wenn Sie aufklären wollen, dann stimmen Sie der Einrichtung eines Untersuchungsausschusses jetzt noch zu!

Da Sie jetzt schon im Außenministerium, Verteidigungsministerium und Kanzlerinamt damit anfangen, mit dem Finger aufeinander zu zeigen und darüber zu diskutieren, wer wie wo schuld ist, haben wir im Auswärtigen Ausschuss ein Löschmoratorium beantragt, damit Akten jetzt nicht gelöscht werden. Wir haben ja schon mal erlebt, dass plötzlich die Akten verschwunden sind. Dass Sie von SPD und CDU/CSU dem nicht zugestimmt haben, sondern das abgelehnt haben, zeigt, dass Sie an Aufklärung nicht interessiert sind.

Natürlich rufen Sie jetzt rein: Ja, das ist jetzt Opposition! – Nein! Wissen Sie was? Wenn wir über Mädchen- und Frauenrechte reden, dann reicht es doch nicht, zu sagen: Die müssen wir irgendwie stärken. Wenn wir die Berichte hö-

ren, dass Taliban jetzt wieder durch das Land ziehen, wenn wir hören, dass sie erst von den Familien in den Dörfern bekocht werden und dann 10- bis 70-Jährige vergewaltigen, dann können wir doch nicht sagen: Wir warten auf die nächste Bundesregierung, das nächste Parlament, und gucken dann mal, wie wir aufklären. – Nein, unsere Verantwortung ist, das hier gemeinsam in diesem Moment zu beschließen.

Das bedeutet auch, hier in diesem Moment alles zu tun, was wir tun können. Das bedeutet, jetzt einen Afghanistan-Gipfel einzuberufen, an dem alle NATO-Staaten und die Anrainerstaaten beteiligt sind, damit wir über die Unterstützung im Land reden können, damit wir über die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen vor Ort reden können. Es bedeutet auch, in Zukunft eine aktive Außenpolitik zu betreiben und sich nicht immer wegzuducken.

Ich wundere mich wirklich sehr – bei allem Respekt –, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie hier nach 16 Jahren Amtszeit – 16 Jahre von 20 Jahren! – am Ende sagen: Ich habe ganz viele Fragen. – Auch diese Fragen wurden in diesem Deutschen Bundestag 16 Jahre lang immer wieder diskutiert: Warum gibt es keinen politischen Prozess? Was passiert, wenn immer nur Aufstandsbekämpfung

betrieben wird? Was passiert, wenn eine US-Regierung sich vor allen Dingen auf Terrorismusbekämpfung konzentriert und die Zivilgesellschaft nicht unterstützt wird? Was passiert, wenn die Korruption nicht bekämpft wird? – Wir haben immer wieder gefordert: Wir müssen das evaluieren. Das haben Sie von der Unionsfraktion immer wieder abgelehnt. Das ist eines der Probleme, weswegen wir heute so dastehen. Außenpolitik ist immer eine Abwägung zwischen Dilemmas; aber Außenpolitik bedeutet auch, in schwierigen Momenten zu handeln und nicht den Kopf in den Sand zu stecken. Das sind wir nicht nur den Menschenrechten, sondern auch der Sicherheit in unserem Land schuldig.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Gabriela Heinrich (SPD), Rüdiger Lucassen (AfD), Jürgen Hardt (CDU), Aydan Özgöz (SPD), Armin-Paulus Hampel (AfD), Norbert Röttgen (CDU), Marco Bülow (fraktionslos), Reinhard Brandl (CSU), Siemtje Möller (SPD), Henning Otte (CDU).

Debatte zum Sondervermögen „Aufbauhilfe 2021! / 238. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 25. August 2021

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Jetzt geht es um den Wiederaufbau



Olaf Scholz (*1958)
Bundesminister der Finanzen

Wir kommen heute zusammen, um über drei große Herausforderungen zu sprechen, die uns miteinander bewegt haben: die Coronapandemie – dazu müssen wir heute Beschlüsse fassen –, das furchtbare Geschehen in Afghanistan, über das

wir eben so lange gesprochen haben, und natürlich auch und erneut und richtigerweise die Frage, wie wir mit der schlimmen Katastrophe umgehen und was wir tun im Hinblick auf die Hochwasserschäden, die weite Teile unseres Landes betroffen haben.

Die Bilder von den Zerstörungen – viele Bürgerinnen und Bürger haben sie gesehen – in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen, in Bayern und auch zu einem kleinen Teil in Sachsen sind schlimm. Noch schlimmer sind die Zerstörungen, wenn man sie real vor Ort sieht. Schlimm ist, was wir an menschlichem Leid erfahren mussten. Viele sind gestorben. Und das Leid der Angehörigen, die ihre Liebsten verloren haben – das muss gesagt werden –, können wir nicht lindern, und wir können auch nicht trösten.

Für uns ist aber wichtig, dass wir

jetzt und an dieser Stelle tun, was wir tun können, nämlich Solidarität zeigen, dafür sorgen, dass denjenigen geholfen wird, denen jetzt geholfen werden kann, denjenigen, deren Häuser zerstört worden sind, den Gemeinden, den Landkreisen, den Ländern, die große Zerstörungen an der Infrastruktur zu beklagen haben und beheben müssen. Wir müssen alles dafür tun und die entsprechenden finanziellen Mittel einsetzen, damit wieder aufgebaut werden kann, was zerstört worden ist. Genau das beraten wir heute. Mit der Soforthilfe, die der Bund mit den Ländern vereinbart hat, ist schnell gehandelt worden. Jetzt geht es um den Wiederaufbau all dessen, was zerstört worden ist. 30 Milliarden Euro werden dafür zur Verfügung gestellt: vermutlich 2 Milliarden Euro für die Infrastruktur des Bundes, 28 Milliarden Euro für all-

die anderen Zerstörungen, über die ich eben gesprochen habe. Ich finde, es ist ein ganz beeindruckendes Zeichen der Solidarität, das wir hier gemeinsam als gesamter Staat setzen, weil wir sagen: Das ist nicht alleine eine Angelegenheit all jener, die jetzt mit dieser Herausforderung zu kämpfen haben. Das ist eine Angelegenheit des ganzen Landes, und wir stehen an dieser Stelle zusammen. Es ist auch bewegend, zu sehen, wie viel Solidarität von vielen gezeigt worden ist, die unmittelbar vor Ort geholfen haben, von der Feuerwehr, vom Technischen Hilfswerk, der Bundeswehr, die einen großen Einsatz gezeigt hat, aber selbstverständlich auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern, die einfach vor Ort waren und versucht haben, irgendwie zu helfen. Dass wir dieses große und starke Zeichen der Solidarität sehen, ist auch eine ermutigende Botschaft für die Zukunft unseres Landes; denn es ist eben doch anders, als manchmal gesagt wird: Wir sind zur Solidarität, wir sind zum Gemeinsinn und wir sind zum Miteinander fähig und willens. Das zeigen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bei der Bekämpfung dieser Katastrophe.

Wenn wir diese Katastrophe jetzt aufarbeiten, wenn wir dafür Sorge tragen, dass wir all das tun, was notwendig ist, damit Zerstörtes wieder instand gesetzt werden kann, dann müssen wir natürlich auch darüber diskutieren, was das für uns ansonsten bedeutet. Denn eins ist ganz klar: Diese Katastrophe, dieses Unwetter, dieses Starkwetterereignis, dieses Hochwasser – das ist auch eine Folge des menschengemachten Klimawandels, und es kann an dieser Stelle nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Wir müssen den menschengemachten Klimawandel bekämpfen. Das ist eine globale Herausforderung, und deshalb werden wir weltweit zusammenarbeiten müssen.

Ich bin sehr froh darüber, dass das Bundeskabinett heute ein Zeichen gesetzt hat, indem es gesagt hat: Wir wollen diese Zusammenarbeit stärken, indem wir alle einladen, an einem Klimaklub teilzuhaben, in dem wir gemeinsam unsere Anstrengungen verstärken, dass wir diesen menschengemachten Klimawandel aufhalten können. Aber wir werden es auch mit unserer Politik hinkriegen müssen, indem wir dafür sorgen, dass investiert

wird, dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dramatischem Tempo vorantreiben, dass wir mehr Windkraft auf hoher See, an Land und mehr Solarenergie bekommen, ein leistungsfähigeres Stromnetz, damit es klappen kann mit einer klimaneutralen Wirtschaft in Deutschland.

Und wir müssen gleichzeitig all denjenigen helfen, die sich auf solche Wetterereignisse vorbereiten. Denn das gehört ja auch zur Wirklichkeit dazu: Es ist notwendig, dass wir bei den nächsten Katastrophen diese Zerstörungen verhindern. Deshalb müssen wir beim Wiederaufbau der Infrastruktur und bei all un-

erer Bautätigkeit Vorsorge dafür treffen, dass die Infrastrukturen, dass die Häuser, die Fabriken, dass alle auf ein solches Ereignis vorbereitet sind. Wir müssen dafür Vorkehrungen treffen; auch das ist Aufgabe der Politik der nächsten Jahre.

Gleichzeitig müssen wir natürlich alles dafür tun, unser Land so zu modernisieren, dass wir mit den Warninfrastrukturen, mit der Digitalisierung so weit vorbereitet sind, dass Katastrophenschutz besser gelingt, als wir das jetzt an der einen oder anderen Stelle leider beobachten mussten. Deshalb ist das auch die Mahnung: Wir werden investieren müssen in modernsten Katastro-

phenschutz. Wir müssen unsere Einrichtungen unterstützen, das THW, und nicht nur das. Wir müssen auch dafür sorgen, dass mithilfe der Warmmöglichkeiten alles dafür getan wird, dass Bürgerinnen und Bürger so schnell wie möglich geschützt werden können. Das ist auch eine der Lehren aus dieser Situation.

Ich bin sehr dankbar dafür – das will ich ausdrücklich sagen –, dass wir hier zum gemeinsamen Handeln zusammengefunden haben. Ich bin dankbar dafür, dass die Bundesregierung schnell und gemeinsam gehandelt hat. Ich bin sehr dankbar dafür, dass der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit – so

sieht es ja aus – die notwendigen Maßnahmen unterstützen wird, die jetzt erforderlich sind. Und ich bin all denjenigen dankbar, die dafür Sorge tragen, dass wir auch in einer Zeit, in der viele, die in der Politik tätig sind, ganz andere Dinge im Kopf haben, die was mit dem 26. September zu tun haben, in der Lage sind, hier über Parteien hinweg und als Regierung gemeinsam zu handeln und das Notwendige auf den Weg zu bringen. Das sieht man ja auch an der Art der Beratung hier im Haus.

Ich möchte zum Schluss Dank sagen, Dank all denjenigen, die sich eingesetzt haben vor Ort, die tages-

und nächtelang um das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger gekämpft haben, Dank all den Hilfsorganisationen und der Bundeswehr, Dank denjenigen, die in den Verwaltungen alles dafür getan haben, mit Not- und Krisenstäben dafür zu sorgen, dass das Richtige getan wird. Und ich danke den Bürgerinnen und Bürgern für die Solidarität, die sie gezeigt haben. Das ist die Kraft, die wir auch für die Zukunft brauchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Alice Weidel, AfD:

Katastrophenschutz auf dem Niveau eines Entwicklungslandes



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Die letzten Wochen und Monate der Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel versinken in einer Abfolge von Krisen, die durch Fehlentscheidungen, Nichthandeln und Regierungsversagen gekennzeichnet sind. Die Juli-Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ist in den Schlagzeilen wieder in den Hintergrund gerückt. Aber noch immer stehen am Rhein und im Ahrtal Menschen vor den Trümmern ihrer Häuser und ihrer Existenz, fehlt es in vielen Ortschaften an der notwendigen Unterstützung, liegt unverzichtbare Infrastruktur noch immer in Trümmern. Und es sind mehr als 180 Menschen in den Fluten und an ihren Folgen gestorben – Opfer eines Wetterereignisses mit sintflutartigem Starkregen, wie es die betroffenen Regionen seit Jahrhunderten immer wieder heimsucht, aber auch – und das muss rückhaltlos aufgeklärt werden – Opfer unzulänglichen Katastrophenschutzes und staatlichen Versagens, unterbliebener Vorkehrungen und verspäteter Warnungen.

Der Versuch, das Leid der Menschen in den Hochwassergebieten für die Forcierung des Klimaschutzdirigismus zu instrumentalisieren, ist ein besonders schäbiges Ablen-

kungsmanöver von eigener Ignoranz und Inkompetenz.

Wir diskutieren und beschließen heute über die finanzielle Seite des Wiederaufbaus. Sechs Wochen nach dem verheerenden Hochwasser ist das mehr als überfällig. Wir hätten schon längst darüber sprechen können, hätten sich die übrigen Fraktionen in diesem Haus gleich der Forderung unserer AfD-Fraktion angeschlossen, eine Sondersitzung zu beantragen, statt wieder einmal kleinkarierte, parteitaktische Ausgrenzungsspielchen über die Verantwortung für das Wohl der Bürger zu setzen. Aber zu diesem Zeitpunkt – das muss man auch ganz klar sagen – stand der Kanzlerkandidat der CDU, Armin Laschet, noch kichernd im Katastrophengebiet. Vielleicht wollten Sie auch deshalb die Sondersitzung nicht.

Die Fehler und Versäumnisse, die Fälle von Staats- und Behördenversagen und die strukturellen Mängel, die diese Hochwasserkatastrophe ans Licht gebracht hat, dürfen nicht unter den Tisch gekehrt werden. Geld ausgeben und sich dafür auf die Schulter klopfen ist leicht. Die Bürger erwarten aber zu Recht Antworten, die sie bis heute nicht erhalten haben. Sowohl deutsche Wetterdienste als auch das europäische Flutalarmsystem haben Tage vor der Katastrophe gewarnt. Warum wurden die Warnungen nicht rechtzeitig weitergegeben, damit die Menschen sich und ihr Eigentum in Sicherheit bringen konnten? Das Debakel des nationalen Warntages vor einem Jahr hat offenbar zu keinen Konsequenzen geführt. Sirenen, die stumm bleiben oder gar nicht da sind, Alarmsysteme, die nicht funktionieren: Das ist ein Skandal und beschreibt sinnbildlich den Zustand dieses Landes unter Ihrer Führung.

Und wozu brauchen wir den teuersten öffentlich-rechtlichen Rund-

funk der Welt, wenn der in der Stunde der Katastrophe nicht mal Alarmdurchsagen fertigbringt? Automatisierte SMS-Warnungen über die Mobilfunkanbieter stehen jetzt im Gesetzentwurf. In anderen Ländern sind sie längst Standard – warum nicht bei uns? An Coronaquarantänealarmen bei Grenzübertritt haben Sie gedacht, an den Katastrophenschutz nicht.

Dazu kommen Ausrüstungs- und Organisationsdefizite und Personal-mangel bei Zivil- und Katastrophenschutz. Hochwasserbetroffene wurden tagelang im Stich gelassen. Katastrophenschutz auf dem Niveau eines Entwicklungslandes ist eines Industrielandes vom Range Deutschlands unwürdig.

Armin Laschet, CDU:

Solidarität als großes Signal der Einheit



Armin Laschet (*1961)
Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen

Die Flut vom 14. und 15. Juli hat unser Land schwer getroffen. Sie ist

Es stimmt: Katastrophenschutz ist im Wesentlichen Länderaufgabe, in Rheinland-Pfalz übrigens seit zehn Jahren in der Hand einer grünen Ministerin. Das Staats- und Behördenversagen in der Flutkatastrophe offenbart aber ein grundsätzliches Problem aller politischen Ebenen. In Deutschland ist der Staat stark beim Gängel und Bevormunden der Bürger, beim Eintreiben und Verteilen von Steuergeldern; aber er ist schwach, wenn es um die Erfüllung seiner Kernkompetenzen geht – die Gewährleistung von Ordnung, Recht, innerer und äußerer Sicherheit – und bei der Abwehr konkreter Gefahren. Wer das Weltklima in 50 Jahren retten und andere Länder über Kohle- und Atomausstieg belehren will, aber im eigenen Land nicht mal Warnsirenen zum Laufen bringt, der macht sich lächerlich. Und wer den Bürgern weismachen will, Steuererhöhungen und Industriestilllegungen für das Klima könnten künftig Starkregen und regionales Extremwetter verhindern, spielt absichtlich falsch.

Wir müssen deshalb die Politik auf den Boden der Realität zurückbringen. Statt die ganze Welt zu beglücken, müssen wir erst einmal Deutschland wieder in Ordnung bringen und uns auf die konkreten Aufgaben und realen Gefahren konzentrieren. In Sachen Hochwasser- und Katastrophenschutz heißt das zum Beispiel: veraltete Abwassersysteme und Kanalisationen besser für Starkregen auslegen, Bebauungspläne anpassen, Rückhaltebecken und Überlaufflächen schaffen, Schutzbauten und Infrastruktur ertüchtigen und ausbauen und Alarmsysteme modernisieren, laufend überprüfen und funktionsfähig halten. Das ist natürlich mühseliger und weniger spektakulär, als große Reden über Klimaschutz und die Rettung des Planeten zu halten, aber es ist das, wofür die Politiker von den Bürgern gewählt und bezahlt werden: mit aller Kraft dem Wohl des Landes und seiner Bevölkerung dienen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der SPD)

für die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen eine Jahrhundertkatastrophe. Mehr als 180 Menschen haben in Deutschland ihr Leben verloren, und sie hinterlassen Familien und Freunde, einige auch kleine Kinder.

Wir sind in Gedanken zuallererst bei den Opfern der Katastrophe und ihren Angehörigen. Aber wir müssen auch an die denken, die zwar überlebt haben, aber die ihre gesamte Lebenserinnerung verloren haben. Eine Frau hat mich in ein Haus geführt – es war ein einziger Trümmerhaufen – und gesagt: Das war, nachdem mein Mann vor zwei Jahren ge-

storben war, das Letzte, was ich noch hatte: meine Wohnung, die Möbelstücke, das Familienalbum als Erinnerung – alles weg. – Ein Großteil des Elends in diesen Tagen spielt sich auch hinter den Mauern der vielleicht nicht zerstörten Häuser ab, wo man Freunde und andere im direkten Umfeld verloren hat. Das alles lässt sich nicht wieder heilen, auch nicht mit vielen Milliarden.

Die Verantwortung von Bund und Ländern ist es, zu tun, was wir tun können. Das heißt, wir müssen denen helfen, die durch

Fortsetzung auf nächster Seite

die Flut vor den Trümmern ihrer wirtschaftlichen Existenz stehen. Wir haben deshalb direkt nach der Hochwasserkatastrophe gesagt: Jeder Einzelne wird beim Wiederaufbau, beim Neuanfang auf die Solidarität unserer Gesellschaft zählen können, und wir tun alles dafür, dass jede Stadt, jedes Dorf wiedererstanden kann. – Dieses Versprechen halten wir heute gemeinsam ein.

Deshalb haben wir in Nordrhein-Westfalen gleich in den ersten Tagen mit der Auszahlung der Soforthilfe begonnen. Auch das muss unbürokratisch sein. Auf dem Formular stehen der Name, der Schadensort und die Kontonummer, eidesstattlich versichert, dass alles stimmt. Keine langen bürokratischen Verfahren; denn der, der nichts mehr hat, der vielleicht nicht mal mehr eine EC-Karte hat, braucht Bargeld, braucht schnelle Unterstützung. Und so sind in wenigen Wochen 185 Millionen Euro an die Bürgerinnen und Bürger ausgezahlt worden, 65 Millionen Euro an die Kommunen und 26 Millionen Euro an Unternehmen.

Und die Unternehmen trifft es doppelt. Das eine ist: Das Unternehmen, kleiner mittelständischer Betrieb, ist zerstört; es hat Abnehmer, für die es ein Spezialprodukt herstellt, es ist vielleicht das einzige, das das kann. Da wird der Abnehmer sagen: Ja, ich muss mir jetzt das Produkt woanders besorgen. – Die erste Sorge des Unternehmens ist dann: Kommt der Abnehmer denn danach wieder zurück? Und ist dieser Betrieb in dieser Region danach noch wettbewerbsfähig? – Das Zweite ist: Gleichzeitig sind die Mitarbeiter des Betriebs hart getroffen; denn sie sind diejenigen, deren private Häuser zerstört worden sind.

Insofern brauchen wir Antworten. Wir brauchen Antworten für die Unternehmen: Die Insolvenzantragspflicht muss ausgesetzt werden, damit die betroffenen Unternehmen in dieser Zeit nicht auch noch Insolvenz anmelden müssen. Die Zeit bis Oktober war uns dafür etwas zu kurz. Deshalb haben wir mit der Bundestagsfraktion gemeinsam den Vorschlag entwickelt, sie bis in das nächste Jahr hinein auszusetzen. Entscheidend ist, dass das Geld jetzt schnell ankommt.

Deshalb danke ich dem Deutschen Bundestag für diese Sondersitzung, die es ermöglicht, dass dieser Gesetzentwurf am 7. September hier endgültig verabschiedet werden kann. Gemeinsam mit Malu Dreyer habe ich eine Sondersitzung des Bundesrates beantragt. Dieser kommt am 10. September auch extra deswegen zusammen, und dann sind auch wir mit einem Nachtragshaushalt, den der Landtag in Kürze beschließen wird, vorbereitet, sodass das Geld unmittelbar nach der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt bei den Menschen ankommen wird.

Entscheidend ist darüber hinaus – auch da ein Dank an den Bund

dafür, dass wir das gemeinsam hingekriegt haben –, dass derjenige, der jetzt schon anfängt, es nachher verrechnen kann und es ihm nicht zum Nachteil wird, wenn er jetzt schon aktiv wird.

Entscheidend ist außerdem, dass gleichzeitig die Tonnen und Berge von Müll schnell beseitigt werden, damit der Wiederaufbau vorangehen kann. Auch da ist wieder die Solidarität aller Länder wichtig. Es hat mich am Tag nach der Katastrophe besonders beeindruckt, dass aus allen anderen 14 Ländern das Signal kam: Wir machen da mit; wir tragen es mit. – Am schnellsten kam dieses Signal übrigens aus den ostdeutschen Ländern. Insofern ist es ein großes Signal der Einheit in Deutschland, dass die, die wissen, was Flut bedeutet, jetzt im Westen helfen: also eine Hilfe von Ost nach West – ein wunderschönes Signal. Das, was wir heute beschließen, ist eine gigantische Summe – 30 Milliarden Euro –, die über die Jahre abgezahlt wird. Aber, ich glaube, es ist auch ein Signal gesamtgesellschaftlicher Solidarität und des Zusammenhalts. Deshalb, Frau Weidel: Ich weiß nicht, warum es Ihnen selbst bei einem solchen Thema nicht gelingt, mal sechs Minuten ohne Resentiments zu sprechen, zum Beispiel gegen die Bundeskanzlerin. Es muss doch möglich sein. Sie haben doch den ganzen Tag Zeit dafür, gegen die Bundeskanzlerin, gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, gegen den Staat als solchen zu wettern. Sie erwecken den Eindruck, als wenn dieses Land gespalten wäre. Ich lade Sie einmal ein, in die Region zu kommen und zu sehen, wie viel Solidarität, wie viel Engagement es da gab. Es stimmt nicht, dass unser Land gespalten ist; es stimmt nicht! Wir haben das doch erlebt: Leute sind losgefahren, Landwirte, mit Generatoren und Traktoren, Leute aus der ganzen Republik, die nicht danach gefragt haben, ob sie die Spritkosten erstattet bekommen oder nicht, die sich freigenommen haben, Urlaub genommen haben, um da zu helfen. Das ist das, was in unserer Gesellschaft lebendig ist. Es ist nicht Ihre Tonlage, sondern das Engagement für die Mitmenschen. Und deshalb ist das eine gute Zeit.

Das gilt übrigens auch für die Helfer des Technischen Hilfswerks, meistens Leute, die einen Beruf haben, die sich eine Uniform anziehen, die in den Dienst gehen und dafür freigestellt werden, und für Soldatinnen und Soldaten, die in diesen Tagen international gefragt sind, die bei der Coronapandemie geholfen haben. Hunderte und Tausende Soldatinnen und Soldaten waren und sind immer noch da und haben auch bei den großen Aufräumarbeiten, bei dem Freiräumen der Wege mit ihrem Material geholfen. Auch ihnen einen ganz besonderen Dank in diesen Stunden.

Jetzt wenige Sätze zu den Lehren aus der Flut: Erstens. Der Kampf ge-

gen den menschengemachten

Klimawandel hat die Wahrscheinlichkeit von Flutkatastrophen erhöht. Deshalb gibt es eine Vordringlichkeit, an diesem Thema in der nächsten Wahlperiode mit allem Ehrgeiz zu arbeiten, vor allem mit dem Ziel, die Wirtschaft und die Arbeitsplätze klimaneutral zu gestalten, sie zu erhalten, aber einen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel zu leisten.

Das Zweite. Ich habe lange mit Gerd Müller gesprochen, der ja jetzt die Leitung der Organisation für industrielle Entwicklung bei den Vereinten Nationen übernehmen soll. In Afrika sind 450 Kohlekraftwerke geplant. Das würde alles auffressen, was wir an Anstrengung unternehmen. Wir müssen unsere Anstrengungen leisten; wir müssen Vorbild sein. Aber wir brauchen auch globale Antworten. Zu glauben, dass das nur hier gelingt, ist falsch. Wir müssen Afrika und anderen Regionen mit unserer Kompetenz, mit einer europäischen Cleantech-Initiative helfen, ebenfalls dort ihre Aufgabe zu erfüllen. Das ist das Ziel, das wir uns vornehmen müssen.

Zu diesem Punkt passt auch das Thema Klimaanpassung. Die Folgen des Klimawandels werden in Zukunft Städte und Dörfer überall in Deutschland erreichen können. Das Phänomen an diesem Hochwasser war, dass es nicht dort auftrat, wo man es erwartet hat. Wenn in Dresden die Elbe steigt, weiß man in Torgau, was das bedeutet. Wenn in Mainz der Rhein steigt, weiß man in Köln, wann das Hochwasser Köln erreicht. Aber hier sind aus kleinsten Bächen, die wenig Wasser führen, 8, 9 Meter hohe Wellen geworden. Insofern wird Klimaresilienz und Widerstandsfähigkeit ein wichtiger Punkt sein.

Christian Dürr, FDP:

Schnelle und unbürokratische Hilfe



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Angesichts dieser Hochwasserkatastrophe und der vielen Menschen, die ihr Leben verloren haben, der fast

Wir haben im Mai bereits einen Antrag in den Bundesrat eingebracht. Das Bundesumweltministerium hat gesagt, es prüft. Es ist gut, dass geprüft wird; die Prüfung sollte nur bald mal zu einem Ergebnis geführt werden, damit wir beim Thema Klimaanpassung endlich ebenfalls vorankommen.

Drittes Thema: Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Auch hier haben wir, weil die Gefahrensituationen unterschiedlich sind, erlebt, dass unsere Alarmierungen und Warninformationen nicht ausreichen. Wenn es in den Meldungen heißt: „Es gibt Starkregenergienisse im Westen“, empfindet das noch nicht jeder für sich als Aufforderung, nun seine Wohnung zu verlassen. Deshalb muss das zielgenau sein. Deshalb hätten wir längst Cell Broadcasting gebraucht. Es ist gut, dass jetzt im Gesetzentwurf Cell Broadcasting, die Warnung auf das eigene Smartphone, enthalten ist.

Wir werden weitere Maßnahmen brauchen, die wir prüfen müssen, und wir werden auf die Erfahrung der Praxis hören. Der langjährige Präsident des THW, Herr Broemme, ist bereit, eine Analyse bis Ende November vorzunehmen – bei uns und möglicherweise auch in Rheinland-Pfalz – und aufzuschreiben, wo wir besser werden können, damit wir schon bei der Bildung der nächsten Bundesregierung ein Dossier haben mit Erfahrungen von einem, der ein echter Praktiker ist, und dann schon wissen, wie man sich in Zukunft besser aufstellen kann.

Der vierte und letzte Punkt – ich

will es kurz machen, weil die Zeit zu Ende geht –: das Projekt Wiederaufbau. Wir müssen für den Wiederaufbau unser Planungsrecht auf den Prüfstand stellen. Wenn man jetzt in einem Dorf überlegt, ein Haus vielleicht nicht mehr an dieser Stelle, wo das Wasser nah ist, neu zu bauen, sondern etwas davon entfernt, wenn man Gebietstausch ma-

**Es ist gut,
dass jetzt im
Gesetzentwurf
Cell Broadcasting
enthalten
ist.**

chen will, wenn eine Kommune ein Rathaus neu bauen will, dann geht das mit unserem bisherigen Planungsrecht und mit europaweiten Ausschreibungen nicht. Wir brauchen für die, die jetzt in ihre Wohnung oder ihr Haus zurückmü-

sen, Verfahren, die schneller sind. Deshalb ist die Frage der Beschleunigung im Planungsrecht eine ganz entscheidende. Das gilt übrigens auch für den Kampf gegen den Klimawandel. Mit dem Tempo, das wir an den Tag legen, werden wir diese Aufgaben nicht lösen. Wenn Sie schon nicht generell für Bürokratieabbau sind, aber vielleicht wenigstens der Meinung sind, dass nicht alle Vorschriften sinnvoll sind, dann ist es vielleicht möglich, dass wir zumindest beim Thema „Kampf gegen den Klimawandel“ den Konsens erzielen, dass bei Bahntrassen, bei Stromtrassen und bei vielen anderen mehr diese Blockadehaltungen durchbrochen werden und wir mehr Tempo machen müssen, damit wir all die Ziele erreichen, die wir uns vornehmen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Alexander Gauland [AfD]: Auch wenn er noch so viel Quatsch erzählt: Das reicht nicht!)

800 Verletzten und der Zehntausenden, die ihr Dach über dem Kopf verloren haben, will ich eines betonen: Wir alle haben großen Respekt vor denjenigen, die sich vor Ort gegenseitig Hilfe geleistet haben. Unser aufrichtiger Dank geht an alle Helferinnen und Helfer in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz sowie an all die Rettungskräfte, die ihr Leben riskiert haben, um den Menschen zuhelfen. Ich glaube, es ist wichtig, dies am heutigen Tage zu betonen.

Gerade weil diese Katastrophe so ein großes Ausmaß hatte, ist es jetzt umso wichtiger, dass die Menschen in den betroffenen Regionen eine Perspektive bekom-

men. Wir hätten uns gewünscht – das will ich an dieser Stelle deutlich sagen, Herr Bundesminister Scholz –, dass das viel schneller geht. Wir haben deshalb unmittelbar, noch im Juli, einen Gesetzentwurf für einen Wiederaufbaufonds vorgelegt, der in weiten Teilen durchaus deckungsgleich mit dem Gesetzentwurf ist, den Sie hier vorgestellt haben. Unser Gesetzentwurf trägt das Datum vom 23. Juli. Wir von der Opposition haben ihn vorgelegt. Schon vor einem Monat hätte man Klarheit für die Betroffenen schaffen können. Sogar zu der heutigen Sondersitzung musste diese Bundesregierung doch in Wahrheit gezwungen werden. Deswegen sage ich deut-

lich: Angemessener wäre es gewesen, wenn der Deutsche Bundestag bereits Anfang August zusammengetreten wäre und diese Hilfen auf den Weg gebracht hätte. Denn Perspektive ist das, was die Menschen vor Ort brauchen. Neben den finanziellen Hilfen, über die wir uns weitestgehend einig sind und die wir dann im September endgültig beschließen werden, will ja der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen den Wiederaufbau auch durch schnellere Planungsverfahren deutlich erleichtern. Das ist gut, aber in Wahrheit nichts Neues, liebe Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD. Das alles sind Punkte, die wir hier in den letzten Jahren bereits diskutiert haben. Ich hätte mir gewünscht, dass man nicht erst angesichts einer solchen Katastrophe aufwacht, sondern dass die Vorschläge mei-

ner Fraktion hier vernünftig diskutiert und von der Bundesregierung übernommen werden. Frau Kollegin Haßelmann, auch von den Grünen hätte ich mir mehr gewünscht, gerade weil wir uns bei der Bekämpfung des Klimawandels einig sind, nicht immer über den Weg, aber über das Ziel auf jeden Fall, und weil wir gemeinsam wissen, dass Klimafolgenbewältigung so wichtig ist. Herr Ministerpräsident Laschet, Sie haben es gerade erwähnt: Schnelle Verfahren sind jetzt das Gebot der Stunde, gerade weil vorbeugender Hochwasserschutz so verdammt wichtig ist, um Menschenleben zu retten. Ich weiß, dass Ihre Landesregierung diesbezüglich in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren einiges gemacht hat. Aber gerade weil das eine nationale Anstrengung ist und Klimaschutz nur ein

Baustein ist, sage ich: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns bitte nicht immer nur über schnellere Planverfahren reden. Jetzt geht es darum, Perspektiven für Menschen zu schaffen, die ihre Häuser wieder aufbauen wollen, und darum, die öffentliche Infrastruktur so herzurichten, dass so etwas in Deutschland möglichst nicht wieder passiert. Das ist unsere nationale Aufgabe. Die müssen wir als Bundestag ernst nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Hochwasserschutz im Binnenland wird – ich habe es gesagt – eine ganz, ganz wichtige Säule sein, um solche Flutkatastrophen in Zukunft zu verhindern. Eine weitere Säule wird natürlich der Katastrophenschutz sein, und zwar auch moderner Katastrophenschutz. Mit Verlaub, das Thema „Cell Broadcasting“ forciert meine

Fraktion seit Jahren. Das haben wir immer wieder thematisiert. Bisweilen wurde gesagt, das sei aus Datenschutzgründen nicht möglich. Jetzt kommt es zum Glück, hoffentlich zeitnah; der Bundesinnenminister ist nicht mehr da. Auch das kann in Zukunft Menschenleben retten.

Zum Schluss will ich sagen: Herr Bundesfinanzminister Scholz, bitte wiederholen Sie bei der Auszahlung der Gelder nicht die Fehler, die bei den Coronahilfen gemacht wurden. Unbürokratische Hilfen müssen auch wirklich unbürokratisch sein. Hier haben viele Menschen viel Leid erfahren. Es kann nicht sein, dass die in den kommenden Mo-

naten lauter Zettel ausfüllen müssen, sondern denen muss wirklich unbürokratisch geholfen werden. Ich höre, dass erste Unternehmer die Soforthilfe wieder zurückzahlen wollen, weil sie dadurch teilweise steuerliche Nachteile erfahren. All das haben wir bei den Coronahilfen schon einmal durchdiskutiert.

Das Gebot der Stunde ist schnelle und unbürokratische Hilfe. Wenn das Ihr Wunsch ist, Herr Scholz, dann haben Sie uns an Ihrer Seite. Bitte machen Sie das möglich für die Menschen in NRW und Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei der FDP)

Denn Perspektive ist das, was die Menschen vor Ort brauchen.

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

Wir wollen der Profitgier klare Grenzen setzen



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Wir trauern um 182 Menschen, die beim jüngsten Hochwasser aus dem Leben gerissen wurden. Unsere Gedanken sind auch bei denen, die ihr Hab und Gut verloren haben. Wir danken den Menschen, die ihr eigenes Leben eingesetzt haben, um andere zu retten. Und wir danken den vielen Freiwilligen, die jetzt dabei sind, die Städte und Dörfer wiederaufzubauen. Und natürlich danken wir auch den Menschen, die so viel gespendet haben.

Auch wir als Fraktion Die Linke haben uns mit einer Spende von 100 000 Euro für die Flutopfer beteiligt. Allen Betroffenen muss unbedingt unbürokratisch geholfen werden, und zwar schnell und wirksam. Darum unterstützen auch wir als Linke die Einrichtung des Sondervermögens, meine Damen und Herren.

Aber es muss auch nachhaltige Veränderungen geben. Manche sagen – das haben wir heute auch wieder gehört –, Überschwem-

mungen und Hochwasser habe es immer schon gegeben. Ja, aber sie werden immer heftiger und treten immer häufiger auf. Erst gestern wurde eine Studie von internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern dazu vorgestellt. Grundaussage dieser Studie: Als Folge des Klimawandels werden Starkregenereignisse mit ihren schrecklichen Folgen immer häufiger auftreten. – Also muss grundsätzlich etwas getan werden.

Jetzt werden viele Vorschläge gemacht, die im Detail gut und richtig sind, doch über das Schlüsselproblem wird kaum gesprochen; denn Kapitalinteressen stehen dem Umweltschutz entgegen und damit den Überlebensinteressen der Menschen. Immobilienspekulanten wollen in Flusslandschaften bauen. Waldbesitzer nutzen ihre Wälder als Holzlager und nicht als Wasserspeicher. Und Herr Scheuer würde am liebsten jeden Tag 100 Kilometer Autobahn bauen, um der Autoindustrie zu gefallen. Wir müssen uns also zwischen der Profitgier einiger weniger und dem Überleben der Menschheit entscheiden. Wir wollen der Profitgier klare Grenzen setzen, meine Damen und Herren.

Viele Betroffene sind zu Recht verbittert. Sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen; denn es war eben nicht nur eine Naturkatastrophe. Es gab auch – das ist schon angesprochen worden – vielfach menschliches Versagen, das zu diesem 182-fachen Tod geführt hat. Diese Menschen hätten nicht sterben müssen, wenn die

Zuständigen ihre Arbeit ordentlich gemacht hätten. Es war ja leider nicht das erste Hochwasser, bei dem wir Menschenleben zu beklagen hatten. Beim Oder-Hochwasser 1997 gab es 74 Tote; das Hochwasser an der Elbe und der Mulde im August 2002 riss 21 Menschen aus dem Leben. Viele Menschen fragen sich natürlich: Haben die Zuständigen nichts aus der Geschichte gelernt?

In dieser Situation, Herr Laschet – ich kann Ihnen das nicht ersparen –, fiel Ihnen nichts Besseres ein, als durch wirklich unpassendes Verhalten aufzufallen. Sie haben sich wie verrückt bei der Rede des Bundespräsidenten amüsiert. Das ist, glaube ich, beschämend, und das muss man auch so deutlich aussprechen. Was ich Ihnen auch vorwerfe – darauf komme ich später noch mal zu sprechen –, ist, dass Sie sich politisch beliebig geäußert haben, auch in dieser Rede: Alles läuft in Watte. – Ich kann Ihnen für meine Fraktion versichern: Wir sind der Auffassung: Ein Mann wie Sie darf nicht Kanzler werden.

Der Influencer Rezo hat das in einem Youtube-Video analysiert. Schon über 2 Millionen Menschen haben das gesehen: Es ist sehenswert; wahrscheinlich haben Sie es auch gesehen. Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, hat zumindest rückblickend festgestellt: Es war ein Fehler, kei-

nen landesweiten Krisenstab einberufen zu haben. Denn bereits am 14. Juli stiegen die Fluten im südlichen Rheinland rapide. – Wir müssen konstatieren: Diese Landesregierung aus CDU und FDP beherrscht einfachste handwerkliche Dinge nicht. Und was noch schlimmer ist: Sie haben keine Konsequenzen aus dieser Katastrophe gezogen.

Herr Laschet, am 15. Juli 2021 sagten Sie vormittags im WDR, dass jetzt mehr Tempo gemacht werden müsse beim Klimaschutz. Am Nachmittag machten Sie dann aber eine Kehrtwende und sagten: Jetzt ist nicht die Zeit, politische Forderungen zu stellen. – Doch! Ich sage: Gerade diese Katastrophe zeigt doch, dass grundsätzlich etwas geändert werden muss. Ich frage mich: Wo ist Ihr inhaltlicher und moralischer Kompass, Herr Laschet?

Aber leider hat auch die Bundesregierung keine intelligente Strategie entwickelt, um solche Katastrophen zu vermeiden oder zumindest einzugrenzen. Auch der zuständige Minister, Herr Seehofer, hat seit Jahren seine Aufgaben nicht erfüllt. Katastrophenschutz war für ihn nie ein zentrales Thema. Lieber hat er sich als Abschiebeminister profiliert. Ich sage Ihnen: Das war der falsche Schwerpunkt.

Es gibt ein Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Dieses Amt mit 400 Beschäftigten und 18 Hubschraubern muss bei Naturkatastrophen tatenlos zusehen. Das ist doch absurd. Sie hätten nur dann tätig werden dürfen, wenn unser Land militärisch angegriffen worden wäre. Für Naturkatastrophen sind in erster Linie die Bun-

desländer zuständig. Ich habe den Eindruck: Hier hat die Bundesregierung wirklich etwas verschlafen, nämlich das Ende des Kalten Krieges. Unser Überleben wird doch nicht durch feindliche Panzer bedroht, sondern durch Viren und Naturkatastrophen. Also müssen daraus die Schlussfolgerungen gezogen werden, meine Damen und Herren. Herr Schuster, ehemaliger CDU-Innenpolitiker, ist jetzt der Präsident dieses Bundesamtes. Er würde gern das Grundgesetz ändern und Zuständigkeiten der Länder auf sein Amt übertragen. Das ist eine typische Reaktion von CDU-Politikern: Zentralisierung. Und dann hat er noch eine Idee. Er möchte das Bundesamt so organisieren wie das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum. Das ist doch völlig absurd! Beim Antiterrorkampf geht es um die Suche nach möglichen Terroristen, um Feindbilder, um Geheimdienstarbeit. Katastrophenschutz ist doch genau das Gegenteil. Hier wird kein Feind gesucht; hier braucht es keine Feindbilder. Wir wollen die Natur nicht bekämpfen. Die Natur ist nicht unser Feind. Wir müssen uns alle so verhalten, dass wir mit der Natur zusammen gut leben können. Das ist die Aufgabe, meine Damen und Herren. In den Niederlanden hat man übrigens längst erkannt, dass es wichtig ist, möglichst viele Menschen in den Katastrophenschutz einzubeziehen und Nutzungskonflikte offen zu besprechen.

Aber ich komme noch einmal auf das grundlegende Problem zurück. Wenn Profit in Aussicht steht, dann lassen sich zum Beispiel Immobilienspekulanten viel einfallen, um Wasserstrategien zu durchkreuzen. Profit und Hochwasserschutz, das sind Widersprü-

Fortsetzung auf nächster Seite

Viele Betroffene sind zu Recht verbittert. Sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.

che. Wir brauchen eine Politik, die die Profite im Interesse des Überlebens der Menschheit begrenzt. Das ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren.

Um es in aller Klarheit zu sagen: Wir sind dafür, mit den geplanten 30 Milliarden, die bekanntermaßen dann von Bund und Ländern erbracht werden, den Menschen zu helfen, die vom Hochwasser

betroffen sind. Es muss schnell gehen, es muss wirksam sein, und es muss nachhaltig sein.

Meine Damen und Herren, ich will Sie auf etwas hinweisen, das mir in letzter Zeit aufgefallen ist, nämlich darauf, dass die Befürworterinnen und Befürworter der Schuldenbremse sehr ruhig geworden sind. Aber ich bin davon überzeugt, dass sie am 27. Sep-

tember, am Tag nach der Wahl, sofort an den Mikrofonen stehen und die Schuldenbremse einfordern werden. Darum wollen wir als Linke wissen, und zwar vor der Wahl: Wer soll die Pandemierechnung, die Hochwasserrechnung oder auch die Autogipfelrechnung bezahlen? In den Wahlprogrammen von CDU und FDP steht nur, dass Sie die Vermögenden finan-

ziell entlasten wollen. Wir als Linke wollen das verhindern. Wir wollen verhindern, dass wieder bei den Menschen gekürzt werden soll, die schon die Finanzkrise bezahlen mussten. Wir wollen die Vermögenden mehr heranziehen, und zwar so, dass diese Gesellschaft gut gestaltet werden kann. Mit dem Geld wollen wir in das Überleben der Menschheit inves-

tieren. Es geht um nichts Geringeres. Ob das gelingen wird, entscheidet die Wahl am 26. September.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Christian Dürr [FDP]: Die Barvermögenden machen Sie reich mit Ihrer Politik!)

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

Die Klimakrise schlägt bereits jetzt mit voller Heftigkeit zu



© DBP/Thomas Koehler

Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Die Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz war die schlimmste Naturkatastrophe seit der Hamburger Sturmflut von 1962. Sie hat unvorstellbares Leid mit sich gebracht. Mindestens 183 Menschen sind gestorben, Zehntausende haben ihr Zuhause verloren, die Schäden an der Infrastruktur, an der Wirtschaft sind gigantisch. Ich möchte mich insbesondere bei den Helferinnen und Helfern, bei den Rettungsorganisationen, bei all den Menschen, die unterstützt haben, für ihre wertvolle Arbeit bedanken.

Umso wichtiger ist es, dass wir heute gemeinsam umfassende Hilfe für den Wiederaufbau auf den Weg bringen. Ich hoffe, dass es den betroffenen Regionen und den Menschen dort wenigstens ein bisschen Trost und Hoffnung spendet, dass unser ganzes Land, Bund und Länder, die Bundesregierung, die demokratischen Parteien hier im Bundestag hinter ihnen stehen. Unser Versprechen aus dem Bundestag an diese Menschen muss sein: Wir werden Sie in den mühevollen Jahren des Wiederaufbaus nicht alleine lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Flutkatastrophe in unserem Land war dieses Jahr kein isoliertes Naturereignis. Wir erleben in diesem Jahr eindrücklich, in welche Lage wir uns als Menschen bereits gebracht haben: Hitzewellen in Kanada und den USA, Brän-

de in der Türkei, in Italien, in Griechenland, in Kanada, in Sibirien. Erstmals seit der Geschichte der Wetteraufzeichnung hat es auf dem höchsten Punkt des Grönländischen Eisschildes geregnet. Ja, Extremwetterereignisse gab es immer. Aber die Heftigkeit, die Häufung, die Zahl dieser Extremwetterereignisse weisen darauf hin: Die Klimakrise ist bereits da und schlägt mit voller Heftigkeit zu. Daran kann es keinen ernsthaften naturwissenschaftlichen Zweifel mehr geben. Das ist die bittere Hypothek, die wir bereits jetzt unseren Kindern und nachfolgenden Generationen hinterlassen. Und leider muss man sagen: Das ist erst der Anfang. Wenn man naturwissenschaftlich ehrlich ist, lautet die Frage nicht mehr: „Wie wird es in den nächsten Jahrzehnten besser?“, sondern: „Wie verhindern wir, dass es Jahr für Jahr, Jahrzehnt

für Jahrzehnt schlimmer wird?“ Es geht darum, die Klimakrise so zu begrenzen, dass die Anpassung an die neuen Bedingungen, unter denen wir leben müssen, überhaupt noch eine Chance hat, zu gelingen. Das sind wir unseren Kindern und Enkelkindern schuldig. Dafür müssen wir jetzt handeln, entschlossen und eigentlich gemeinsam. Das ist die existenzielle Dringlichkeit, die uns in diesen Tagen doch vor Augen geführt wird. Nur wer das Klima schützt, schützt das Überleben und die Freiheit in der Zukunft.

Doch leider, sehr geehrte Damen und Herren von Union und SPD, sind Sie beim Klimaschutz weit weniger entschlossen, als Sie es hier bei den Aufbauhilfen waren. Nach aktuellen Prognosen werden wir dieses Jahr die Klimaziele klar verfehlen. Das Umweltbundesamt rechnet deutlich vor:

Auch die Klimaziele für 2030 werden wir verfehlen, und bereits die Klimaziele für 2040 sind gefährdet. Diese Zahlen zeigen das Versagen der jetzt regierenden Bundesregierung, dieser Koalition aus SPD und Union. Und das Allerschlimmste ist: Sie sagen, dass Sie diese Politik, dieses Politikversagen sogar fortsetzen wollen. Herr Laschet und Herr Scholz verteidigen einen Kohleausstieg, von dem völlig klar ist, dass mit ihm die Klimaziele, die hier, im Deutschen Bundestag, im Juni beschlossen worden sind, nicht erreichbar sind. Wissen Sie, Herr Scholz, es macht es auch keine Spur besser, dass in dem Moment, da Sie die Lausitz verlassen haben, Sie plötzlich etwas anderes erzählt haben. Das zeigt überdeutlich Ihre Unernsthaftigkeit bei diesem existenziellen Thema. Das zeigt Ihr taktisches Verhältnis zu diesem wichtigen Menschheitsthema.

Auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien schaut es nicht besser aus. Sie haben ihn mit den Beschlüssen im Deutschen Bundestag über die letzten Jahre aktiv abgewürgt.

Herr Laschet, ich höre ja gerne, dass die Dinge schneller gehen

sollen. Aber vor Kurzem habe ich mit Projektierungsingenieuren gesprochen. Die haben mir erzählt, dass sie, als Rot-Grün regiert hat, für eine Windkraftanlage sechs bis neun Monate gebraucht haben, aber jetzt, nach 16 Jahren CDU-Regierung, brauchen sie sechs bis neun Jahre. Und Sie sprechen hier von Beschleunigung! Warum haben Sie denn die letzten 16 Jahre nichts gemacht? Es ist eigentlich noch schlimmer: Sie haben ja etwas gemacht. Sie haben die Planungszeiten von sechs bis neun Monaten auf sechs bis neun Jahre erhöht. Und dann reden Sie hier von Beschleunigung. Es ist längst an der Zeit, wirklich zu handeln und unser Land in den nächsten zwei Jahrzehnten klimaneutral zu machen. Das ist wahrscheinlich die größte Gestaltungsaufgabe, vor der wir je standen. Klar haben da Menschen Sorgen, weil sich Dinge grundlegend ändern müssen. Wir können niemandem versprechen, dass sich nichts ändert. Aber wir können versprechen, dass niemand überlastet wird. Und wir sehen die Chancen. Allein durch neue Technologien, durch gut gemachten Klimaschutz, durch Innovationen können 5 Millionen neue Arbeitsplätze in Europa entstehen. Deshalb: Retten wir unsere Lebensgrundlagen, sehen wir die Chancen, setzen wir auf Klimaschutz, setzen wir auf erneuerbare Energien, setzen wir auf modernste Technologie! Dann haben wir die Chance, das in den Griff zu bekommen. Aber dafür brauchen wir eine andere Bundesregierung; dafür brauchen wir eine andere politische Führung.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Keine einzige Einlassung zum Programm!)



Das Dorf Mayschoß in Rheinland-Pfalz. Wie hier hat die Hochwasserkatastrophe in Teilen von Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen erhebliche Zerstörungen hinterlassen. ©picture alliance/dpa | Boris Roessler

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Malu Dreyer (SPD, Ministerpräsidentin Rheinland-Pfalz), Peter Boehringer (AfD), Christian Haase (CDU), Otto Fricke (FDP), Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen), Sebastian Brehm (CSU), Lukas Köhler (FDP), Sebastian Hartmann (SPD), Mechthild Heil (CDU), Detlef Seif (CDU).

leicht
erklärt!

Hoch-Wasser im Westen Deutschlands

Wie wird der Wieder-Aufbau bezahlt?



Flut-Katastrophe



Mitte Juli gab es in Teilen von Deutschland starke Unwetter.

Es hat sehr viel geregnet.
Flüsse sind über die Ufer getreten.
Dadurch kam es in einigen Gebieten zu starkem Hoch-Wasser.

Vor allem in den Bundes-Ländern
Nordrhein-Westfalen
und Rheinland-Pfalz.



Das Hoch-Wasser war eine schwere
Katastrophe.

Viele Menschen haben ihre Häuser
verloren.

Straßen und Brücken wurden zerstört.

Betriebe wurden zerstört.

Mindestens 180 Menschen sind
gestorben.



Hilfe in höchster Not

Sofort nach der Katastrophe begann
die Hilfe.

Sie kam von verschiedenen Seiten.

Zum Beispiel:

- Feuer-Wehren
- Technisches Hilfs-Werk
Das ist eine Organisation für den
Katastrophen-Schutz.
- Hilfs-Organisationen wie die
Malteser, die Johanniter oder das
Rote Kreuz.
- Auch viele Freiwillige sind ins
Hochwasser-Gebiet gereist, um zu
helfen.

In den ersten Tagen und Wochen
ging es darum, die größten Probleme
zu beseitigen.



- Vermisste Menschen wurden
gesucht.
- Gefahren wurden beseitigt.
Zum Beispiel Gebäude, die vom
Einsturz bedroht waren.
- Menschen ohne Häuser wurden an
anderen Orten untergebracht.
- Die Versorgung mit Wasser und
Strom wurde wiederhergestellt.
- Trümmer und Müll wurden
weggeräumt.



In den nächsten Jahren muss man die Hochwasser-Gebiete nun wiederaufbauen.

Häuser müssen repariert oder neu gebaut werden.

Straßen müssen repariert werden.

Das werden dann vor allem Bau-Firmen übernehmen.

Kosten des Hoch-Wassers



Eine Katastrophe wie das Hoch-Wasser verursacht hohe Kosten.

Zum einen direkt nach der Katastrophe.

Zum anderen aber auch für längere Zeit.

Wie viel der gesamte Aufbau kosten wird, kann man nicht so einfach sagen.

Es gibt aber Vermutungen.

Die gehen davon aus, dass er viele Milliarden Euro kosten wird.

Schnelle Geld-Hilfen



Direkt nach der Katastrophe brauchen die Betroffenen erst einmal schnelle Geld-Hilfen.

Die kommen von verschiedenen Seiten.

Sofort-Hilfen

Zuerst einmal gibt es Sofort-Hilfen.

Dieses Geld ist für Menschen gedacht, die durch das Hochwasser Geld-Probleme haben.

Es soll den Betroffenen in den ersten Wochen helfen.

Sie sollen sich damit die wichtigsten Dinge kaufen können.

Zum Beispiel Kleidung, Essen und Trinken.

Auch kleinere Schäden kann man mit den Sofort-Hilfen schnell beseitigen.

Sofort-Hilfen sind normalerweise ein paar Tausend Euro.

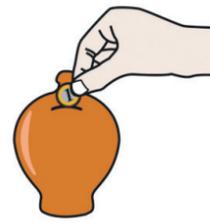


Sofort-Hilfen gibt es von verschiedenen Seiten.

Die Bundes-Regierung und die Bundes-Länder haben Geld bereitgestellt.

Zum Teil zahlen auch Städte und Gemeinden Sofort-Hilfen aus.

Spenden-Sammlungen



Schnelle Hilfe gibt es auch durch Spenden-Sammlungen.

Das Geld wird dann an die betroffenen Menschen ausgezahlt. Ganz ähnlich wie die Sofort-Hilfen vom Staat.

Es wird auch eingesetzt, um zum Beispiel die Arbeit von Helfern zu bezahlen.

Es gibt viele verschiedene Spenden-Sammlungen.

Zum Beispiel:

- Von Hilfs-Organisationen wie den Maltesern, den Johannitern oder der Aktion Deutschland Hilft.
- Vom Roten Kreuz.
- Von den Kirchen.
- Von Vereinen.

Man muss aber aufpassen: Neben den ehrlichen Spenden-Sammlern nutzen auch Betrüger die Situation aus.

Die sammeln auch Spenden.

Das Geld kommt aber nicht bei den Betroffenen an.

Kleinere Geld-Beträge von der Bank



Weitere Geld-Hilfen kommen von Banken im Hochwasser-Gebiet.

Bei ihnen können sich Betroffene kleinere Geld-Beträge leihen.

Normalerweise muss man dafür Gebühren zahlen.

Auf diese Gebühren verzichten die Banken nun zum größten Teil.

Geld für Wieder-Aufbau

Schnelle Hilfen gibt es also von verschiedenen Seiten.

Damit kann man die ersten Wochen und Monate nach einer solchen Katastrophe überstehen.

Danach wird es darum gehen, alle Schäden zu beseitigen.

Die zerstörten Gebiete müssen wiederaufgebaut werden.

Das wird viele Jahre dauern. Und es wird riesige Geld-Summen kosten.

Im Folgenden einige Infos dazu, woher das Geld für den Wieder-Aufbau kommen wird.



Versicherungen

Mit Versicherungen kann man sich gegen Schäden absichern.

Wenn es einen Schaden gibt, zahlt die Versicherung die Reparatur.

Solche Versicherungen gibt es zum Beispiel für Wohn-Häuser oder auch Firmen-Gebäude.

Und auch für die Gegenstände, die in den Gebäuden sind.

Ein Teil des Geldes für den Wieder-Aufbau wird also von den Versicherungen kommen.

Aber: Nicht alle Schäden sind versichert.

Zum Beispiel sind in Deutschland nicht mal die Hälfte aller Gebäude gegen Hoch-Wasser versichert.

Das bedeutet: Für diese Schäden wird es auch kein Geld von den Versicherungen geben.



Aufbau-Geld vom Staat

Vom Staat wird es Geld für einen Wieder-Aufbau geben.

Insgesamt sollen etwa 30 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden.



Dieses Geld kann man dann beantragen.

Das können zum Beispiel Firmen, Bundes-Länder, Gemeinden oder Privat-Personen machen.

Und zwar für ganz unterschiedliche Dinge.

Zum Beispiel:

Gemeinden können ihre Straßen wiederaufbauen.

Firmen können ihre Gebäude wiederaufbauen.

Privat-Personen können ihre Wohn-Häuser wiederaufbauen.

Das Geld gibt es aber nur für Schäden, die nicht von einer Versicherung bezahlt werden.



Ist Aufbau-Geld vom Staat gerecht?

Manche Menschen finden Aufbau-Geld vom Staat ungerecht.

Sie sagen:

Er ist ungerecht gegenüber Menschen, die eine Versicherung abgeschlossen haben.

Diese Menschen haben für den Notfall vorgesorgt.

Sie haben die Versicherung selbst bezahlt.

Wer sich aber nicht um eine Versicherung gekümmert hat, bekommt jetzt einfach so Geld vom Staat geschenkt.



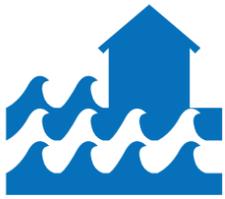
Große Geld-Beträge von der Bank

Von Banken kann man sich nicht nur kleine Geld-Beträge leihen.

Man kann bei ihnen auch große Summen bekommen.

Zum Beispiel, um ein Haus wiederaufzubauen.





Vorbereitung auf die nächste Katastrophe

Auf der Welt herrscht Klima-Wandel.

Eine Folge davon ist: Katastrophen wie das Hoch-Wasser können in Zukunft häufiger passieren.

Aber auch andere Not-Lagen sind möglich.

Zum Beispiel lange Trocken-Zeiten oder starke Schnee-Fälle.

Eine Frage lautet darum: Wie kann man sich besser auf solche Situationen vorbereiten?

Zum Beispiel: Wie kann man dafür sorgen, dass in diesen Fällen genug Geld zur Verfügung steht?

Dazu gibt es verschiedene Ideen, über die jetzt gesprochen wird.

Hier ein paar Beispiele.



Dauerhaft Geld vom Staat

Eine Idee ist: Der Staat sollte dauerhaft Geld für Katastrophen bereithalten.

Mit diesem Geld können dann Betroffene unterstützt werden. Und Schäden können behoben werden.

So ein Plan hätte mehrere Vorteile:

Das Geld steht dann sehr schnell zur Verfügung.

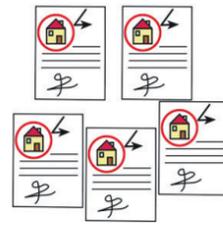
Die Politiker müssen nicht erst überlegen, ob sie Geld zur Verfügung stellen.

Und wie viel.

Und nach welchen Regeln es verteilt wird.

Außerdem kann der Staat das Geld bei seinen Ausgaben einplanen.

Wenn man darüber erst nach einer Katastrophe nachdenkt, fehlt das Geld vielleicht an anderer Stelle.



Mehr Versicherungen

Ein anderer Vorschlag ist: Mehr Menschen sollen eine Versicherung abschließen.

Sie sollen sich also selbst um die Kosten für einen Wieder-Aufbau nach einer Katastrophe kümmern.

Manche Menschen finden: Das wäre gerecht.

Denn dann ist jeder für sich selbst verantwortlich.

Eine Idee ist sogar: Es sollte Pflicht sein, eine Versicherung abzuschließen.

Der Vorteil: Wenn jeder zahlt, kann so eine Versicherung recht günstig für den Einzelnen sein.

Ein Problem ist aber: Versicherungen können sich aussuchen, wen sie aufnehmen.

Manche Menschen bekommen keine Versicherung gegen bestimmte Katastrophen.

Bei einer Versicherungs-Pflicht müssten also auch die Versicherungen verpflichtet werden. Sie müssten jedem eine Versicherung für Katastrophen anbieten.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Geisler-Fotopress / Christoph Hardt/Geisler-Fotopres. Piktogramm: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 35-36/2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 13. September 2021.